INTERIM

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

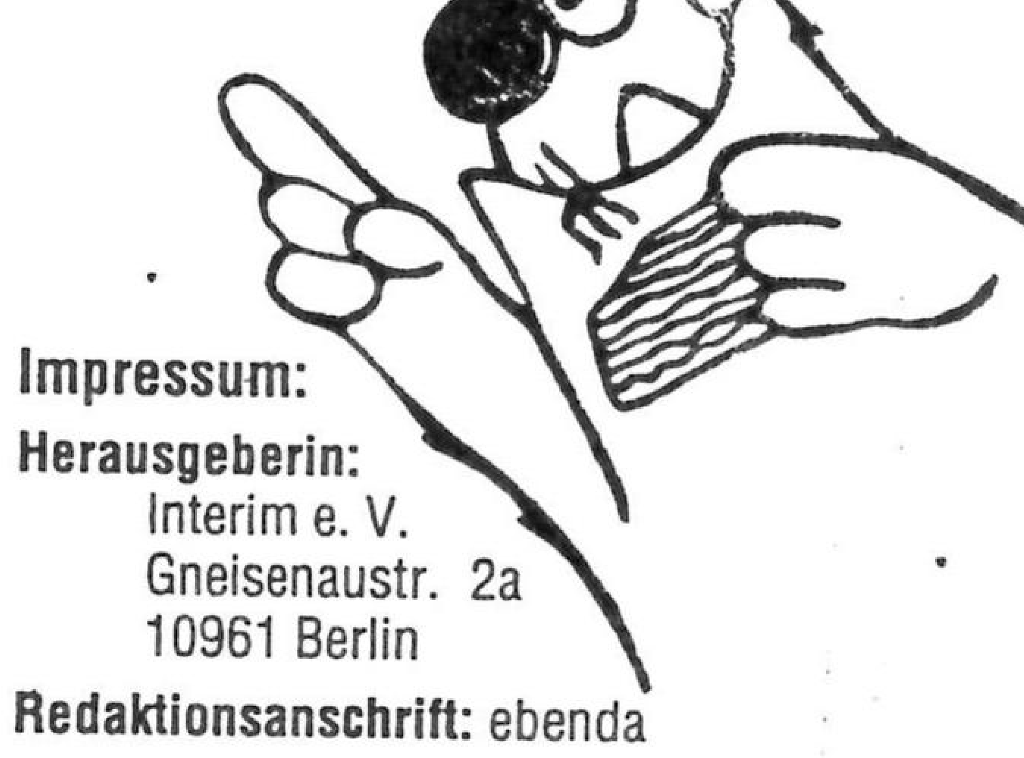


Nr. 373

25.4.1996

Hallo, hallo 800 Jahre Interim!!

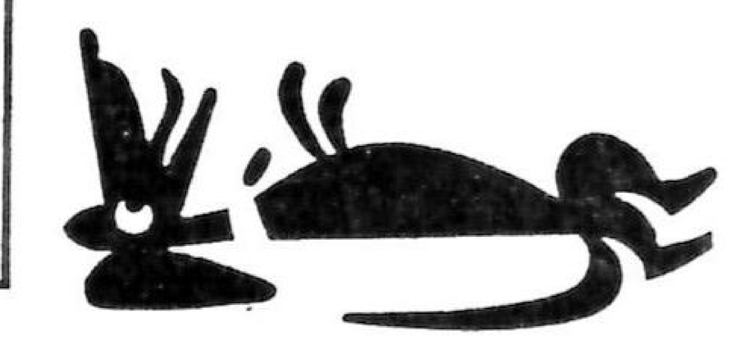
Der 1. Mai steht lachend vor der Tür und Europas größte autonome Wochenzeitung feiert nun schon ihr 8 jähriges Jubiläum! Dazu wollen wir uns allen gratulieren.
Leider war der Briefkasten so überfüllt, daß Beiträge aufgeschoben werden mußten bzw. in den Ordner gewandert sind. Hoffentlich kommen demnächst mal wieder etwas mehr inhaltliche Sachen und nicht nur Termine & Demoaufrufe. Gefreut hat uns, den Brief vom Bullereipräsidenten mehrmals zugespielt bekommen zu haben - herzlichen Dank allen unseren Maulwürfen.
Eigentlich wollten wir für dem am schlechtesten layouteten Beitrag einen Preis verleihen. Leider konnten wir uns aufgrund der überwältigenden Vielzahl an Einfallslosigkeit nicht entscheiden. Handschriftlich verfaßte BekennerInnen-Briefe mit "unproduktivem" Inhalt drucken wir nicht ab!!
Bezüglich des "nur für Frauen"-Beitrags: laßt uns doch bitte wissen, ob der Text wirklich zur Veröffentlichung bestimmt ist.
Herzlichen Dank übrigens allen Schoko-SpenderInnen. Scherze wie "Euch gehört alle Schoko von Schlecker" werden demnächst mit namentlichem Abdruck des Absenders bestraft.
Bundesweit wissen wir noch von den Demos in Stuttgart, Nürnberg und Wuppertal, die ebenfalls am 1. Mai stattfinden. Merkwürdig finden wir die "Gemeinsame Erklärung der Vorbereitungskreise für die rev. 1.Mai-Demos" hier in Berlin, da hier überhaupt nicht auf die vorangegangenen inhaltlichen Diskussionen eingegangen wird, warum es zu zwei Demos mit unterschiedlichen Inhalten/Herangehensweisen gekommen ist.
Zu den aktuellen Häuserräumungen in Friedrichshain sowie zu Wasserabstellungen in besetzten Häusern haben uns leider kaum Texte erreicht - dafür läßt die taz ja mittlerweile General Schönbohm für sich schreiben. Nun ja, da wächst zusammen, was zusammengehört.... Umso heftigere Grüße an alle Betroffenen.
See you on 1. Mai 13.00 at Rosa-Luxemburg-Platz + danach auf dem Humannplatz!!



Inhalt

Seite

Impressum:
Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: ebenda
V. i. S. d. P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



Ordner

- Wagenburg-Prozeß (schon vorbei)
- Brief von Steffen Hupka an Charlotte Schulz
- Spendenaufruf der Villa Courage e.V./Karlsruhe
- Stuttgarter 1. Mai-Aufruf, 9 Uhr in Heslach
- Anlage zum "intergalaktischen Kongreß"
- Studis-SchülerInnen-Demo-Aufruf zum 22.4.
- Freiheit für Kurdistan
- Belustigender Artikel aus der JF über die Interim
- Antirepressionsgruppe Karlsruhe
- Nürnberger Demoaufruf zum 1. Mai (bayernweit)
- FrauenLesben-Redebeitrag zur Plötze-Kundgebung
- Zeitungsartikel zum Castor
- §129a-Prozeß gegen kurdische GenossInnen
- Stattgeld statt Geld?!



Kampf für soziale Rechte!

In Berlin und nicht nur hier regt sich Widerstand gegen die drastischen Maßnahmen der Herrschenden, ihren „Standort Deutschland", das heißt die Maximierung des Profits einiger weniger, durchzusetzen. Lehrlinge, SchülerInnen und StudentInnen gehen für bessere Ausbildung auf die Straße. Hilfebedürftige, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen protestieren gegen die weitere Verschlechterung ihrer Lebenssituation. ArbeiterInnen kämpfen um ihre Löhne und Arbeitsplätze und greifen dabei auch zu Aktionsformen wie der Blockade von Straßen oder der Besetzung bedrohter Betriebe. Und während die Aktienkurse der Konzerne steigen, sollen ausgerechnet die „den Gürtel enger schnallen", die sowieso schon immer zuwenig hatten. **Schluß damit! Raus auf die Straße!**

Gegen patriarchale Unterdrückung!

Frauen werden durch diese Politik besonders getroffen, zusätzlich zum täglichen Sexismus in einer von Männern dominierten Gesellschaft. Bei der Suche nach Arbeit oder Ausbildung gehören erniedrigende Fragen der Personalchefs nach Privatleben, Kinderwunsch etc. zu ihrem Alltag. Um überhaupt noch Chancen auf einen Job zu haben, werden viele Frauen zum Schwangerschaftsverzicht gedrängt. Frauen dagegen, die sich zu einer Abtreibung entschlossen haben, werden durch den § 218 kriminalisiert. So oder so: Frauen müssen nicht nur unter schlechteren Bedingungen als Männer ihre Arbeitskraft verkaufen. Ihnen wird auch noch die Selbstbestimmung über ihren Körper abgesprochen. „Frauen zurück an Heim und Herd", so offen wird das von den Herrschenden nicht gesagt. Aber ihre Politik läuft genau darauf hinaus. Frauen müssen sich gegen patriarchale Unterdrückung eigenständig organisieren und zur Wehr setzen. Denn von Männern, die nicht mit der von ihnen ausgeübten Herrschaft brechen, haben sie nichts zu erwarten. **Frauen, organisiert Euch! Raus auf die Straße!**

Kein Friede mit dem Imperialismus!

Die Wirtschaftsmacht BRD versucht inzwischen auch auf militärischer Ebene den Griff zur Weltmacht. Deutsche Truppen stehen wieder dort, wo sie im II. Weltkrieg Hunderttausende ermordeten, in Jugoslawien. Dort soll die Bundeswehr einen Konflikt befrieden, den die BRD durch die einseitige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens maßgeblich ausgelöst hat. Durch die Zerschlagung Jugoslawiens schaffte sich die BRD nicht nur neue, ökonomisch von ihr abhängige Kleinstaaten. Sie stellte zugleich auch wieder ihre weltweite militärische Interventions- und Einsatzfähigkeit, z. B. in Euro-Corps unter deutscher Führung her. Egal ob in Somalia, Jugoslawien, Kurdistan oder anderswo: deutsches Militär wird in Zukunft wieder verstärkt für den Zugang zu Märkten und Rohstoffen für die imperialistischen Ziele der deutschen Wirtschaft morden. Noch regt sich wenig Widerstand dagegen, aber die wachsende Zahl von (Total)Verweigerern sind ein Anfang! Deutsche Waffen werden auch weiterhin reaktionären Regimen und Folterstaaten wie der Türkei zur Verfügung stehen, um strategische Interessen der BRD zu sichern. Doch zehntausende KurdInnen demonstrieren immer wieder gegen den mit deutscher Unterstützung geführten Krieg des türkischen Militärs in Kurdistan und wehren sich auch weiter gegen die Verbote ihrer Vereine und politischen Organisationen in der BRD. Noch zeigen hier viel zu wenig Linke ihre Solidarität mit dem kurdischen Befreiungskampf. **Solidarisch sein! Raus auf die Straße!**

Den nationalen Konsens brechen!

Den vor den Auswirkungen dieser Politik aus Elend und Krieg geflohenen Menschen wird der Kampf angesagt. Die Grenzen der BRD werden vom Bundesgrenzschutz militärisch vor Flüchtlingen abgeschottet, festgenommene über Monate in Abschiebehaft genommen. Angriffe von Rassisten und Faschisten auf ImmigrantInnen sind alltäglich geworden. Sie werden durch Übergriffe der Polizei und staatliche Hetzkampagnen zu „Ausländerkriminalität" und „terroristischen Kurden" ergänzt, in deren Folge das gesamte rassistische Ausländerrecht weiter verschärft werden soll. Dieser völkisch-rassistische Grundkonsens wird von einem Großteil der deutschen Bevölkerung mitgetragen. Eine Selbstorganisierung von MigrantInnen und Flüchtlingen zur Erkämpfung ihrer politischen und sozialen Rechte wird daher auch weiterhin notwendig sein, genauso wie sich linke Solidarität zu diesen Kämpfen entwickeln muß.
Offene Grenzen erkämpfen! Raus auf die Straße!

Widerstand organisieren!

Ihre Politik werden die Herrschenden nicht ohne Widerstand aus der Linken umsetzen können. Daher soll innenpolitisch jetzt wieder ein anderer Wind wehen, die „Innere Sicherheit" der Herrschenden bei der Umsetzung ihrer Pläne garantiert bleiben. Inzwischen ist mit General Schönbohm, Berlins neuem Innensenator, ein Militär beauftragt worden, mit den aufbrechenden sozialen und politischen Konflikten am zukünftigen Regierungssitz Berlin fertig zu wer-

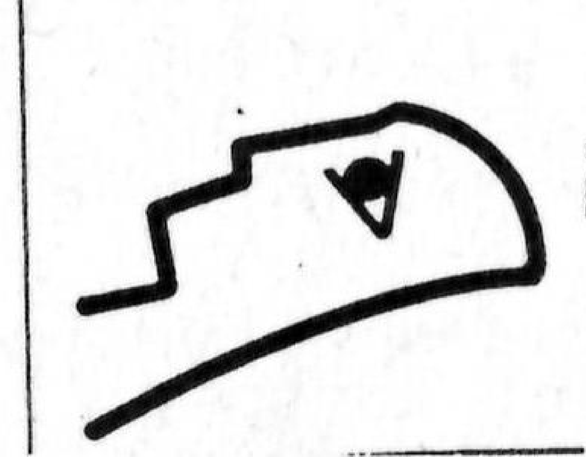
den. Wie er dabei vorzugehen gedenkt, zeigte er bereits wenige Wochen nach Amtsantritt durch die Räumung zweier seit langer Zeit besetzter Häuser. Einige weitere Häuser stehen unter dem Druck einer Räumungsandrohung. Dies kommt einer Kampfansage an alle gleich, die gegen unbezahlbaren Wohnraum, für kollektives Zusammenleben statt Vereinsamung in Mietskasernen kämpfen. Aber auch bundesweit ist eine Verschärfung der Repression gegen die Linke festzustellen. Linke Diskussions- und Organisierungsstrukturen werden, wie im Fall der Zeitung „radikal" oder der Autonomen Antifa (M), zu „kriminellen Vereinigungen" erklärt. Bundesweit werden Wohnungen durchsucht, politische Zusammenhänge überwacht und nach angeblichen Mitgliedern von Gruppen wie K.O.M.I.T.E.E und A.I.Z. gefahndet. In den Knästen sind hunderte von kurdischen politischen Gefangenen inhaftiert, ebenso noch immer Gefangene aus der RAF und dem Widerstand. **Holen wir sie raus! Raus auf die Straße!**

Für eine befreite Gesellschaft!

Das deutsche Kapital versucht nach zwei verlorenen Weltkriegen im dritten Anlauf, endgültig eine weltweite Führungsrolle zu übernehmen. Dabei ist den Herrschenden zur Erreichung dieses Ziels jedes Mittel recht. Im Wettlauf um die Führungsrolle der BRD in Europa und der Welt bleibt für reformistische Parteien und Gewerkschaften nur noch wenig Platz. Inzwischen nehmen sie noch nicht einmal mehr ihre traditionellen Rollen im Rahmen einer „Sozialpartnerschaft" wahr, sondern machen sich z. B. mit dem „Bündnis für Arbeit" zu aktiven Erfüllungsgehilfen für Kapitalinteressen. Ihnen kommt lediglich noch die Aufgabe zu, die Auswirkungen der imperialistischen Politik etwas abzumildern, zu verschleiern und in der Konsequenz Unruhen wie in Frankreich im Winter 95/96 zu verhindern. Wenn sie den „sozialen Frieden" gefährdet sehen, dann bangen die Herrschenden in erster Linie um ihre eigene Sicherheit, ihre Macht, die sie durch die aufflammenden Kämpfe und Proteste dahinschwinden sehen. Durch Wahlen und Hoffnung auf den Parlamentarismus wird sich jedenfalls nichts Grundlegendes ändern.

Nur durch eine revolutionäre Veränderung kann eine soziale, gerechte Gesellschaft für die gesamte Menschheit erreicht werden. Nur durch den Bruch mit kapitalistischer Ausbeutung ist freie, umfassende Bildung für alle und ein selbstbestimmter Arbeitsprozeß, der sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an Profitinteressen ausrichtet, möglich. Nur durch die Beseitigung sexistischer und rassistischer Unterdrückung wird eine wirklich befreite, gleichberechtigte Gesellschaft möglich werden. Für dieses Ziel gehen am 1. Mai weltweit Menschen auf die Straße! Noch laufen viele dieser Kämpfe getrennt voneinander. Die revolutionäre 1. Mai-Demonstration ist eine Möglichkeit, die Kämpfe zusammenzubringen und gemeinsam weiterzuführen!

I cannot sleep



Gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
Zusammen kämpfen! Solidarität ist eine Waffe!

Revolutionäre 1. Mai-Demo

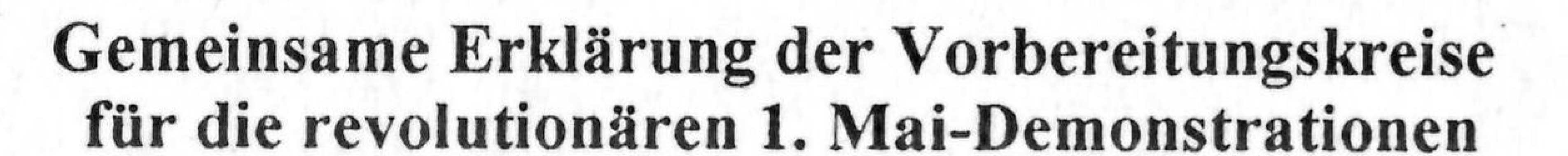
13.00 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz Berlin

Kinderbetreuung: Kita Adalbertstr. 7 (HH) ab 12 Uhr

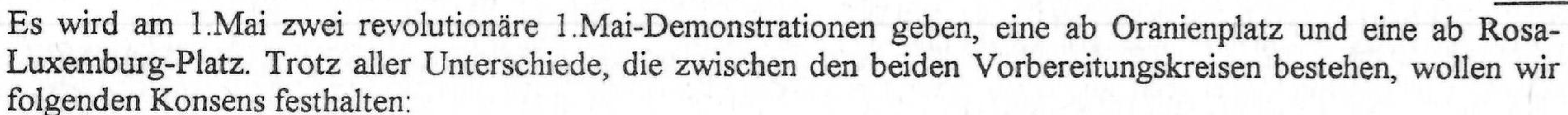
Bündnis für die revolutionäre 1. Mai-Demo 1996 Rosa-Luxemburg-Platz

I cannot sleep





Gemeinsame Erklärung der Vorbereitungskreise für die revolutionären 1. Mai-Demonstrationen



Es wird am 1.Mai zwei revolutionäre 1.Mai-Demonstrationen geben, eine ab Oranienplatz und eine ab Rosa-Luxemburg-Platz. Trotz aller Unterschiede, die zwischen den beiden Vorbereitungskreisen bestehen, wollen wir folgenden Konsens festhalten:

Beide Demonstrationen sind gegen die herrschenden Zustände gerichtet. Daher ist es (nicht nur) an einem Tag wie den 1. Mai, an dem die Stadt voll mit Bullen und daher mit Angriffen auf beide Demonstrationen zu rechnen ist, wichtig, Solidarität zwischen den Demonstrationen zu üben. Beide Demonstrationen werden sich am Kollwitzplatz treffen und dort eine Kundgebung abhalten.

Wir rufen daher alle auf, sich trotz aller Unterschiede solidarisch zueinander zu verhalten. Wir lehnen unsolidarisches Verhalten wie Angriffe oder gegenseitiges Ausgebuhe ab. Auch in der Mobilisierungsphase wollen wir nicht gegeneinander arbeiten (Plakate abreißen, Übersprühen...). Dies dient nur der Gegenseite!

In diesem Sinne:

Heraus zum revolutionären 1.Mai! Hoch die internationale Solidarität!

Bündnis für die revolutionäre 1. Mai-Demo 1996 Rosa-Luxemburg-Platz
(Demo 13 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz)

Revolutionärer 1.Mai! - Bündnis
(Demo 13 Uhr Oranienplatz)

Laßt uns unregierbar sein!

Aufruf zum antiautoritären-sozialrevolutionären Block
auf der "revolutionären 1.Mai-Demo" in Berlin
13 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz

Soziale Revolution weltweit!

Wir schreiben das Jahr 1996. Das patriarchale und kapitalistische System regiert die Welt, täglich setzt sich die HERRschaft des Menschen über den Menschen fort, in all ihren Formen: eine Produktionsweise, die den gesellschaftlichen Reichtum bei wenigen konzentriert und alle ausgrenzt, die nicht mehr verwertet werden können, die patriarchale HERRschaft über Frauen, die Ausplünderung der Menschen im Trikont, der rassistische Konsens in dieser Gesellschaft, die Ausbeutung, die Unterdrückung, die fortschreitende Naturzerstörung ... die Liste ließe sich lange fortsetzen! Was wir brauchen ist eine Soziale Revolution, um endlich menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.
Doch: oft genug landeten antiautoritäre und sozialrevolutionäre Kräfte auch in der Geschichte der Linken vor einem Erschießungskommando, in der inneren Emigration oder im Exil. Ob wir die Revolution getragen haben oder ob wir auf Volksfrontparolen reingefallen sind, wir waren am Ende immer die Idiotinnen, die es nicht vermochten, Kader der Partei- und Staatsraison rechtzeitig zu stoppen.

Ohne Unbehagen ging es in den letzten Jahren nie zum 1. Mai. Die roten Fahnen mit Lenin/Stalin/Mao, die Oranienstraße als Mao-Gedenkstätte: das alles verströmte den Modergeruch eines Mausoleums, welches an das "Ende der Geschichte" erinnerte. Jaja, der Kult. Was uns blieb war die Einsamkeit des Streitens gegen das System - doch - mit wem will ich für welche Revolution mit welchem Resultat kämpfen (remember Kronstadt, die Spanische Revolution, ...)?

Also, liebe antiautoritäre Linksradikale, MigrantInnen, Einzelpersonen, FreigängerInnen, Freaks, TräumerInnen, Frustierte, zeitlose Outlaws, PunX, JobberInnen, Arbeitslose, Lohn-, Methadon-, Schokoladen-Abhängige (!), HaschischrebellInnen, Lebenshungrige, SystemgegnerInnen - liebe StaatsfeindInnen - im antiautoritären-sozialrevolutionären Block wird es keine Parteikader mit Götzen-Bannern geben. Er soll der Vernetzung der undogmatischen linksradikalen Menschen dienen. Lernen wir uns kennen!

Warum ein solcher Block?

Um mit allen Menschen, die sich als antiautoritär & revolutionär verstehen, ein entschlossenes Auftreten zu erreichen, das die sozialrevolutionären Inhalte auf der Straße verdeutlichen soll und das sich von Betonkopfen abgrenzt.

Warum eine Soziale Revolution?

Um es kurz zu machen: eine nur politische oder nur ökonomische Revolution reicht nicht aus. Wir wollen viel mehr! Für uns bedeutet "Soziale Revolution", sämtliche Ebenen des Systems umzuwälzen. Es gibt für uns keine Haupt- oder abgeleiteten Nebenwidersprüche; HERRschaft an sich muß auf allen Ebenen bekämpft werden: Staat, MännerHERRschaft, Kapitalismus, Rassismus, Nationalismus, Erwachsenendiktatur, Umweltzerstörung, ...
Die Soziale Revolution kann nur anational und global sein.
Ein solches Konzept steht im Widerspruch zu Partei- und Staatssozialistischen Revolutionsmodellen, die mit einer selbsternannten Avantgarde, mit Staatssicherheitsdiensten und ParteipolizistInnen operieren, kurz: von oben Veränderungen diktieren wollen und somit lediglich Formen der HERRschaft austauschen, sie aber nicht abschaffen. Aufgrund diverser historischer Erfahrungen & Analysen sind wir der Meinung, daß auch eine sich als antiautoritär verstehende revolutionäre Bewegung einer verläßlichen Organisierung bedarf. Sie muß versuchen, Lebens- und Politikformen zu praktizieren, die emanzipatorisch sind und wirken, die den Zielen der Aufklärung, der gegenseitigen Hilfe, der solidarischen Kollektivität, dem Prozeß des Lernens ("Alle müssen alles lernen können/dürfen") verpflichtet sind.

Laßt uns ein antiautoritäres & sozialrevolutionäres Plenum gründen, das eine Diskussionsplattform für alle interessierten Gruppen und Einzelpersonen bieten soll.



Antiautoritär, Organisiert & Linksradikal ins nächste Jahrtausend!

UnterstützerInnen: der Revolutionäre Funke, die Rote Luzi, AntiFa Marzahn-Hellersdorf, Ökologische Linke Berlin, FAU Hellersdorf, HUSD (herrschaftsfreundspaßdabei), einige vom Anti-Atom-Plenum, Anarchistischer Laden, Einzelpersonen

Antiautoritäres 1.Mai-Plenum c/o Nachladen, Waldemarstr. 36, Berlin
nächstes Treffen: 9. Mai, 19 Uhr, im Nachladen

V.i.S.d.P.: Juliane Weber, Noller Weg 36, 14089 Berlin

WIDERSPENSTIG UND LEBENDIG

1.Mai 1996, 10 - 19 Uhr, Humannplatz

Straßenfest

Seit über 100 Jahren feiern Lohnabhängige, Erwerbslose und andere an den Rand der Gesellschaft gedrängte Menschen den ersten Mai. Dieser Aktions- und Kampftag ist immer wieder Anlaß, die gesellschaftlichen Widersprüche anzuprangern. In Berlin ist es Tradition, nicht nur zu demonstrieren, sondern auch gemeinsam fröhliche Straßenfeste zu feiern.

Zum Kämpfen gibt es Gründe genug:
Während in unglaublichem Ausmaß Büroleerstand produziert wird, steigen die Wohnraummieten ins Unbezahlbare. Gleichberechtigung der Frauen: Ein leeres Wort. Die Arbeitslosigkeit steigt. Löhne und Sozialleistungen sinken. Für viele entstehen ausweglose Lebenssituationen. Und dabei werden einige wenige, werden die großen Unternehmen und die Banken immer reicher auf Kosten der anderen.
Bei Schulen, im Jugend- und Kulturbereich werden Gelder auf Teufel komm raus gestrichen. Die AusländerInnengesetzgebung und Abschiebepraxis verletzen die Würde der davon betroffenen Menschen und gefährden nicht selten ihr Leben. Nazis prügeln auf den Straßen, während Saubermänner zunehmend unwidersprochen ihre reaktionäre und rassistische Propaganda verbreiten können.
Die Herrschenden in der BRD bereiten innen- und außenpolitisch die militärische Option zur Durchsetzung ihrer Großmachtinteressen vor.

Laßt uns gemeinsam an diesem 1.Mai im Prenzlauer Berg ein Fest feiern! Zugleich wollen wir darüber beraten, was wir - mit all unserer Buntheit und Unterschiedlichkeit - gemeinsam tun können, um uns zur Wehr zu setzen.

Dazu wird bisher vorbereitet:

Musikdarbietungen
Fußballturnier
Ausstellungen
Informationsstände
Essen und Trinken
Grafitti-Wände
Kinderfest
Diskussionen

Themenschwerpunkte der Diskussionen sind:

- Militarismus und deutsche Außenpolitik: **13.00 - 14.30 Uh**
- Kapital und Arbeit: Bündnis von unten statt Bündnis für Arbeit: **14.30 - 16.00 Uh**
- Sozialabbau und Haushaltskürzungen: **16.00 - 17.30 Uh**
- Abbau demokratischer Rechte und Repression: **17.30 -19.00 Uh**

Uns ist wichtig, ein Fest 'von unten' zu feiern!

Aufrufer: Vorbereitungskreis Straßenfest 1.Mai - Prenzlauer Berg

Eventuelle Mehreinnahmen kommen solidarischen Zwecken zugute

V.i.S.d.P.: Heiner Fried

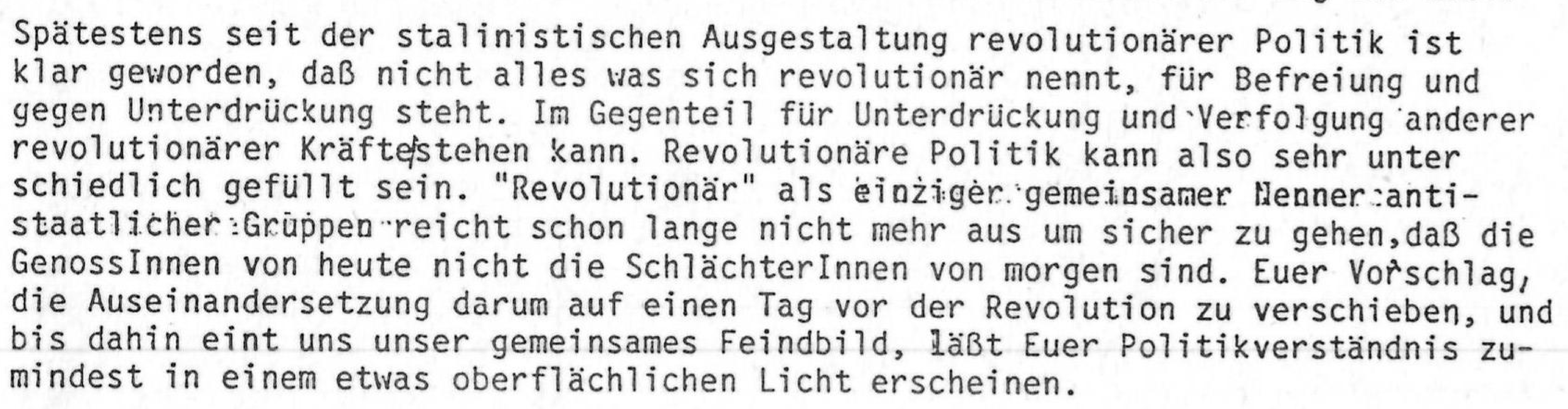
Einige kritische Bemerkungen zu der Stellungnahme der FARA zur 1. Mai Demo (Interim Nr. 371, S.12 ff)

I must vomit

Wir sind zwar weder in dem einen noch in dem anderen Bündnis zur 1.Mai-Demo organisiert, denken aber trotzdem zu der Stellungnahme von FARA etwas sagen zu können, da hinter den konkreten Positionen von FARA ein Politikverständnis durchschimmert, daß wir an manchen Punkten für recht fragwürdig halten.
Der 1. Mai ist bald und somit stehen wir unter einem gewissen Zeitdruck. Deshalb können wir nicht auf alle Punkte, an denen wir Kritik haben eingehen. Wir beschräken uns also auf die, die uns zentral erscheinen.

Eine längere Einleitung sparen wir uns jetzt.
Unsrer Meinung nach, benutzt Ihr die Begriffe "revolutionär","Revolution" sehr undifferenziert, wobei wir den Eindruck haben, daß die gemachten historischen Erfahrungen mit revolutionärer Politik, bei Euch nicht einfließen.
Revolutionäre Politik umfaßt für uns zwei zentrale Aspekte:
1.) die radikale Veränderung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse
2.) die Art der Gesellschaftsorganisation, die angestrebt wird
Beide Aspekte sind gleichwichtig und auch ohne daß "morgen Revolution ist" müssen sie heute diskutiert werden. Denn bekanntlich bestimmt der Weg das Ziel.

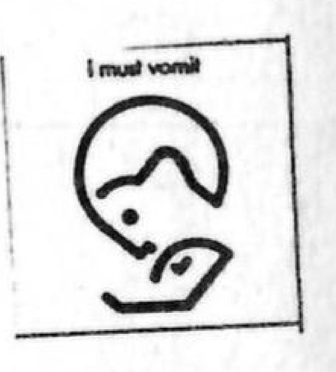




Spätestens seit der stalinistischen Ausgestaltung revolutionärer Politik ist klar geworden, daß nicht alles was sich revolutionär nennt, für Befreiung und gegen Unterdrückung steht. Im Gegenteil für Unterdrückung und Verfolgung anderer revolutionärer Kräfte stehen kann. Revolutionäre Politik kann also sehr unterschiedlich gefüllt sein. "Revolutionär" als einziger gemeinsamer Nenner antistaatlicher Gruppen reicht schon lange nicht mehr aus um sicher zu gehen, daß die GenossInnen von heute nicht die SchlächterInnen von morgen sind. Euer Vorschlag, die Auseinandersetzung darum auf einen Tag vor der Revolution zu verschieben, und bis dahin eint uns unser gemeinsames Feindbild, läßt Euer Politikverständnis zumindest in einem etwas oberflächlichen Licht erscheinen.

Die Unterstellung von der "Verschiebung des Feindbildes", in dem Augenblick, in dem, sich revolutionär nennende Gruppen, kritisch hinterfragt werden, ist so blockierend wie langweilig. Dieser Vorwurf, oder besser, dieser taktisch geschickte Griff in die "Freund-Feind-Trickkiste", diente jahrzehntelang dazu, Auseinandersetzungen innerhalb der "radikalen Linken" zu verhindern und Widersprüche zuzukleistern. Das Resultat ist bekannt: diese Umgangsweise, bzw. Strategie führte nicht zu einer Stärkung der"radikalen Linken", sondern ist unserer Meinung nach mit dafür verantwortlich, daß diese Linke zu politischer Bedeutungslosigkeit verkam.

Was Ihr als Ausgrenzungs- und Spaltungspolitik gegenüber den RK (so aufschlußreich war Eure Aufklärung in der Fußnote leider nicht, eher formal, aber das Inhaltliche wäre interessant zu wissen) bezeichnet, ist für uns eine Auseinandersetzung über politische Unvereinbarkeiten. Stalinismus läßt sich nicht mit unseren Vorstellungen von Gesellschaftsveränderung vereinbaren. "Von Stalin lernen, heißt siegen lernen - RK", diese Parole zierte die letzten Jahre viele Kreuzberger Mauern. Es ist hier kein Platz und wir haben auch keine Zeit lang und breit historische Erörterungen über den Stalinismus zu führen - der Hitler-Stalin-Pakt, die Politik gegen die spanischen Anarchisten und die stalinistische Innenpolitik dürften zumindest in Grundzügen bei allen politisch Interessierten bekannt sein. Das allein müßte ausreichen um einzusehen, daß es für viele Linke auch am 1.Mai kein revolutionäres, buntes Nebeneinander mit StalinistInnen geben kann!!!



In diesen Zusammenhang gehört auch Eure Diffamierung der Kritik an Kommunistischen Gruppen, als antikommunistische Hetze. Auch Ihr werdet hoffentlich nicht abstreiten wollen, daß wenn auch nicht alle, so doch wohl die meisten sich kommunistisch nennenden Organisationen und Gruppen autoritär und hierarchisch strukturiert sind. Was Kommunismus ist und wie er durchgesetzt wird, läßt sehr unterschiedliche Vorstellungen und Interpretationen zu. Der Marxismus-Leninismus, mit seiner unangefochtenen Führungsrolle der Partei, ist in seiner Ausrichtung natürlich autoritär und hierarchisch strukturiert. Das "Kommunistische Manifest"spricht für sich. Gruppen, die sich erstmal undifferenziert und pauschal als kommunistisch bezeichnen, beziehen sich ungebrochen auch auf eine Tradition, die für Unterdrückung und Repression steht. Es obliegt eben solchen Gruppen sich zu erklären, sich mit der Geschichte, auf die sie sich, über ihre Namensgebung beziehen, kritisch auseinanderzusetzen, und deutlich zu machen, was sie unter Kommunismus verstehen. Ungeachtet historischer Erfahrungen einfach davon auszugehen, daß schon alle wissen, was gemeint ist, läuft natürlich Gefahr, daß auch tatsächlich alle sich irgendwas denken. Nur ist das nicht jenen anzulasten, sondern den Gruppen, die es offensichtlich nicht nötig haben ihr Politikverständnis näher zu erläutern.



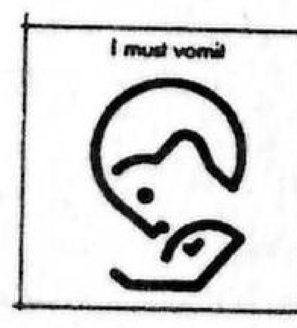
Im übrigen haben wir den Eindruck, daß ihr zwei verschiedene Diskussionen, nämlich, die um Stalinismus und die, um Kommunismus in einen Topf werft. Bei der 1. Mai Auseinandersetzung geht es aber erstmal ganz eindeutig darum mit einer stalinistischen Gruppe, den RK, nicht zusammen zu demonstrieren, geschweige denn mit ihnen eine Demo gemeinsam vorzubereiten. Das Verhältnis zu kommunistischen Gruppen steht nochmal auf einem ganz anderen Blatt.

Zum Schluß: indem Ihr den Konflikt um O-Platz oder R.L.-Platz als einen zwischen MigrantInnen und weißen Deutschen darstellt, verlagert Ihr die Diskussion auf eine völlig falsche und verwirrende Ebene. Es gibt z.Bsp. MigrantInnen, die eine Demo am R.L.-Platz vorziehen, wie es umgekehrt weiße Deutsche gibt, die es nicht stört mit StalinistInnen zusammen zu demonstrieren. Die Gründe hierfür sind inhaltlicher Natur. Diese inhaltlichen Unterschiede in kulturelle umzudefinieren, mit einem latent versteckten Rassismusvorwurf, erzeugt natürlich moralisch Druck. Wir lehnen diese Art von Politik ab und denken, daß sie nicht im Interesse antirassistischer Kämpfe ist.

Auch wir freuen uns auf eine kritische, lebendige und solidarische Streitkultur, die sich aber auch nicht davor scheut bei fundamentalen politischen Unvereinbarkeiten, Konsequenzen zu ziehen. Eine Konsequenz ist, daß wir nicht mit StalinistInnen zusammen demonstrieren werden und auch nicht gewillt sind auf der Abschlußkundgebung unter der Fahne Stalins zu stehen

Zur Auseinandersetzung um Rassismus und politische Unterschiede empfehlen wir die Broschüre " den Faden weiterspinnen" vom "Internationalistischen Frauenplenum".

, eine Frauen-Lesbengruppe; Berlin



Heraus zum 30. April '96!

Walpurgisnacht
MädchenFrauenLesbenDemo

Am Dienstag um 18.00 Uhr ALEXANDERPLATZ (Kaufhof)

Gründe auf die Straße zu gehen gibt es jeden Tag und viel zu viele!

Schwerpunkte dieser Demo sind

Illegalisierung und Kriminalisierung von Flüchtlingen/Migrantinnen

das heißt für die Betroffenen u.a.
- massenhafte Abschiebung
- untertauchen müssen
- kaum Zugang zu Arbeit, Wohnung, Geld
- Abhängigkeit von weißen deutschen...

Gesellschaftliche Mißachtung bzw. Billigung der zusätzlichen Bedrohung, der FrauenLesben ausgesetzt sind

das heißt für Flüchtlinge u.a.
- keine Anerkennung lesben- und frauenspezifischer Fluchtgründe (wie z.B. staatliche Verfolgung lesbischer Lebensweise, sexuelle Gewalt als politisches Druckmittel, keine Möglichkeit sich scheiden zu lassen)
- Bleiberecht ist häufig an die Ehe geknüpft, FrauenLesben werden damit von Männern abhängig gemacht

Sexkolonialismus

(sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit internationaler Ausbeutung) heißt u.a.
- Bei „Partner"vermittlung per Katalog absolute Abhängigkeit der FrauenLesben von deutschen Männern
- FrauenLesben werden unter Vorspiegelung falscher Tatsachen nach Deutschland gelockt und hier zur Prostitution gezwungen
- Deutsche fahren als Sextouristen z.B. nach Thailand, Brasilien oder Rußland und „kaufen" dort Frauen und Kinder

Sexuelle Gewalt

heißt u.a.
- Angst
- nicht dahingehen können wo DU willst
- fremdbestimmte Sexualität

Streichung oder Kürzung der Gelder von FrauenLesbenprojekten

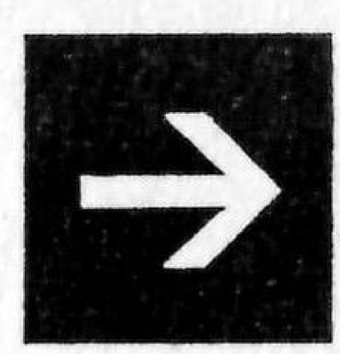
heißt u.a.
- Einschränkung der Arbeit z.B. von Frauenhäusern
- Schließung z.B. von Migrantinnenprojekten, Beratungsstellen, Treffpunkten
- Vereinzelung von Lesben und Frauen

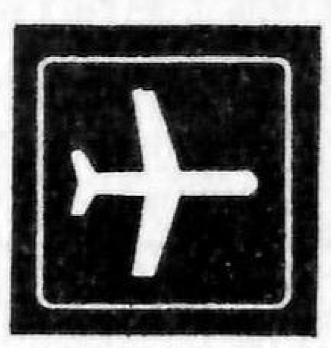
Wir wünschen uns und Euch eine powervolle, fetzige Demo und freuen uns darauf, Euch alle zu sehen!

und wie jedes Jahr ist ab 20.00 Uhr die Walpurgisnachtfete, diesmal in der Alten TU-Mensa in der Hardenbergstraße. Der Erlös ist für den Notruf für vergewaltigte FrauenLesben und Mädchen

see you...

V.i.S.d.P.: Martha Mutig, Niederkirchnerstr. 12





Go to Platz der Luftbrücke!

Alle Jahre wieder, pünktlich zum 1.Mai ist es soweit; die „revolutionäre" O.S.T.B.L.O.C.K.-"Gruppe" meldet sich zu Wort. Anscheinend besteht diese „Gruppe" einzig und allein zu dem Zweck, jeglichen Versuch, eine linksradikale Mai-Demonstration zu organisieren, zu diffamieren und in den Dreck zu ziehen. Ansonsten ist nämlich zu den anderen 364 Tagen des Jahres von dieser „Gruppe" nichts zu hören, und sie ist auch nicht aus den Vorbereitungen von konkreten politischen Projekten (Demos, Aktionen) in der Stadt bekannt. Um demobilisierend auf die 1. Mai-Demo zu wirken, ist offenbar jedes Mittel recht, was von Unterstellungen, Verdrehungen, übler Stimmungsmache bis hin zu dreisten Lügen geht. Im folgenden ein paar Beispiele; aber wer die Interims der letzten paar Wochen aufmerksam gelesen hat, wird auch hoffentlich so schon gemerkt haben, daß von den Behauptungen der O.S.T.B.L.O.C.K.-"Gruppe" nicht allzuviel von Substanz übrigbleibt. Da wird z.B. behauptet, daß die Demo nach Prenzlauer Berg „irgendwo ausgeheckt wurde". Ein Blick in die Interim oder Kontaktaufnahme z.B. zum Baobab hätte genügt, um zu erfahren, daß es 1. Anfang März eine Vollversammlung gab und 2. danach sich ein Vorbereitungskreis gebildet hat, der allen Gruppen und interessierten Einzelpersonen offenstand. Im übrigen wurde noch bis Ende März über den Anfangsort der Demo gestritten, ebenfalls öffentlich über Interim.



Purer Blödsinn ist ferner die Behauptung, die „RIM/RK (...) durften die Demo sogar mit vorbereiten". Auch hier hätte ein einziger, kleiner Blick in eines der Vorbereitungsprotokolle genügt, um festzustellen, daß zumindest bei der Demovorbereitung für Rosa-Luxemburg.Platz die RK nie beteiligt waren. Aber um die Wahrheit oder eine solidarische Kritik an der Vorbereitung geht es den „revolutionären" O.S.T.B.L.O.C.K.-"Gruppen" ja auch gar nicht. Wie sich die RK, die an der O-Platz-Demo beteiligt sind, dieses Jahr konkret verhalten werden (ob sie ihr eigenes O-Platz-Bündnis über den Haufen rennen oder nicht), da sind auch wir gespannt. Die Chance, ihr Verhalten zu ändern, sollte mensch ihnen allerdings lassen, auch wenn ihr politischer Ansatz, gelinde gesagt, „dubios" ist (aber auch nicht dubioser als der des „revolutionären" O.S.T.B.L.O.C.K.).

Es gibt dieses Jahr also zwei revolutionäre 1. Mai-Demos, eine in Mitte/Prenzlauer Berg und eine andere, die dort endet (Interim 372). Für wahr ein schrecklicher Gedanke, daß „euer" Stadtteil mit „sektiererischer Ghetto-Kacke" beschmutzt wird. Aber vielleicht gelingt es ja wenigstens euren Freunden, den Bullen, „großfressige Revolutionsattitüden" zu verhindern. Immerhin war es ja 1993 „allein der Berliner Polizei zu verdanken, die die Demo am Alex aufrieb", daß die linksradikalen „Kolonisatoren" und „Okkupanten" nicht bis in die Nähe „eures" Stadtteils gelangten (alle Zitate Interim 372). Die weitere Auflistung derartiger Zitate sparen wir uns hier. Leute, die auf Geschmacklosigkeiten aller Art stehen, könne sie ja in der Interim 372 nachlesen. Nun aber noch ein paar allgemeinere „Merkwürdigkeiten" aus den Texten der O.S.T.B.L.O.C.K.-"Gruppen", die uns zu dem Schluß kommen lassen, daß es sich bei den „Mitgliedern" dieser „Gruppe" entweder um durchgeknallte Bärbel-Bohley-Fans handelt, oder aber um Counter!

Besonders interessant ist es ja, daß eure Aussage, die Festvorbereitung würde laufend von der Demovorbereitung übergangen und ignoriert werden, von der Festvorbereitung selbst Lügen gestraft wird. Die schreiben nämlich (auch Interim 372), daß „bereits seit Beginn diese Jahres informelle Kontakte zwischen VorbereiterInnen der Demo vom Rosa-Luxemburg-Platz und den FestvorbereiterInnen" bestehen. Seltsam auch, daß die Festvorbereitung euch noch nicht mal kennt! Tja, dieses Eigentor hat nicht nur die O.S.T.B.L.O.C.K.-"Gruppe" verschuldet, sondern auch die „Gruppen im Prenzlauer Berg zum 1.Mai", die den selben Mist verbreiten. Fast schon unheimlich, wie in Prenzlauer Berg zum 1.Mai die Gruppen aus dem Boden sprießen. Und alle sind sie offenbar nicht an der Festvorbereitung beteiligt! (Wird das Fest etwa auch von West-Okkupanten vorbereitet?).

Apropos Ost-West-Konflikt. Das es diesen Konflikt (und sehr starke Arroganz von Seiten der West-Linken) tatsächlich (vor allem Anfang der 90er) gab und er in einigen Bereichen heute immer noch schwelt, ist kein Geheimnis. Aber was ihr betreibt, ist pure Schwarz-Weiß-Malerei. Vollständig ignoriert wird die Tatsache, daß an der Demovorbereitung Gruppen aus dem Ostteil der Stadt beteiligt sind, ebenso wie die Tatsache, daß die Grenzen zwischen Ost-West-Gruppen längst viel fließender geworden sind. Etliche Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind, wohnen inzwischen im Westteil der Stadt und arbeiten dort in politischen Gruppen mit, ebenso wie Leute mit Westsozialisation im Ostteil in Gruppen mitarbeiten. Euer starres Bild der krassen Ost-West-Trennung entspringt wirklich der Mottenkiste. Aber es geht euch ja auch nicht um Argumentation und Kritik, sondern bloß um Stimmungsmache. Besonders bezeichnend dafür ist auch, daß die O.S.T.B.L.O.C.K.-"Gruppen" laufend die Aussagen aus dem Papier „einiger Massenmilitanter" („Go to Prenzlauer Berg", Interim 371) der Demovorbereitung zuschreiben („eure Demo", „Abgedroschene Revolutionsparolen wie in eurem Aufruf..."). Hier wird einer Kriminalisierung der Demo-Vorbereitungsgruppe direkt Vorschub geleistet, denn damit gebt ihr nicht nur den bürgerlichen Medien, sondern auch dem Staatsschutz Munition für Hetzkampagnen (a la „Massenmilitante bereiten Demo vor", „An der Vorbereitung sind folgende militante Gruppen beteiligt..."). Oder wie wär's z.B. mit der BZ-Schlagzeile „Militante Hausbesetzer aus der Kreutziger Straße bereiten Krawall-Demo vor". Innensenator Schön(Räum)Bohm wird's euch zu danken wissen!





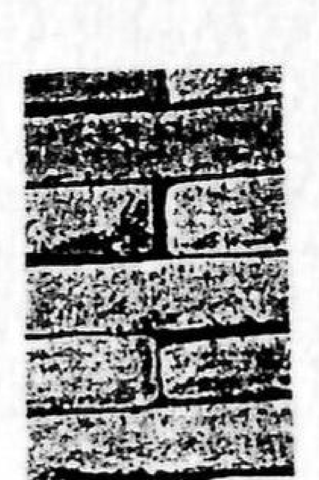
So weit, so schlecht. Wir haben uns nun zu den Papiern in der letzten Interim schön länger ausgelassen, als sie es eigentlich wert wären. Bleibt zu hoffen, daß dieser unsolidarischen Stimmungsmache, die einzig und allein dem Zweck dient, die Demo in ein schlechtes Licht zu stellen und Leute von der Teilnahme abzuhalten, niemand auf den Leim geht. Die einzigen, die davon etwas haben, sind tatsächlich die Bullen.

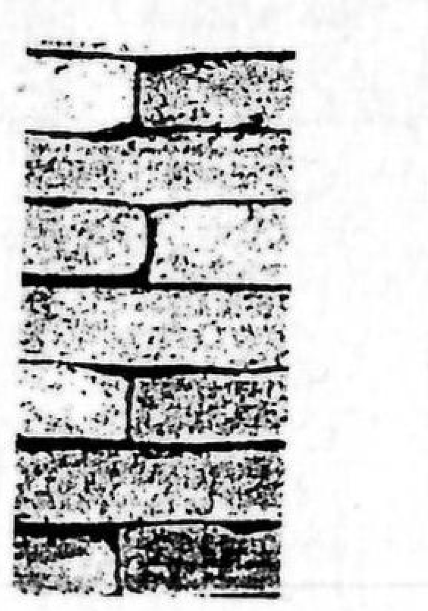
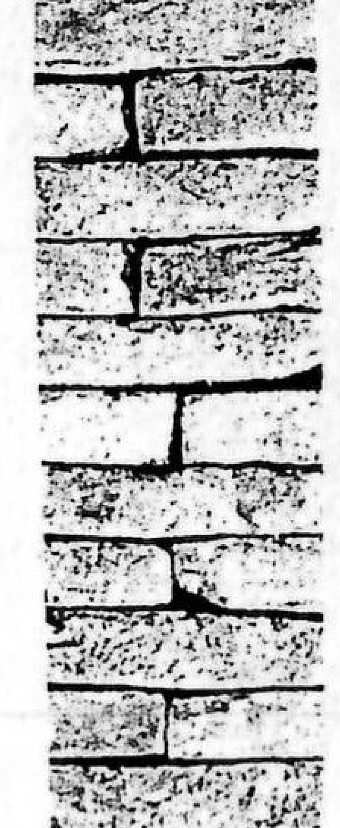
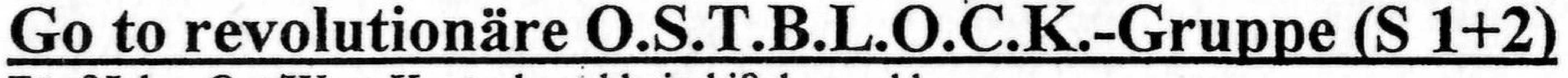
Also: „revolutionäre" O.S.T.B.L.O.C.K.-"Gruppe", go to Platz der Luftbrücke,

alle anderen gehen zum Rosa-Luxemburg-Platz, 13 Uhr!

See you on the street!

revolutionärer R.O.T.Z.B.L.O.C.K.



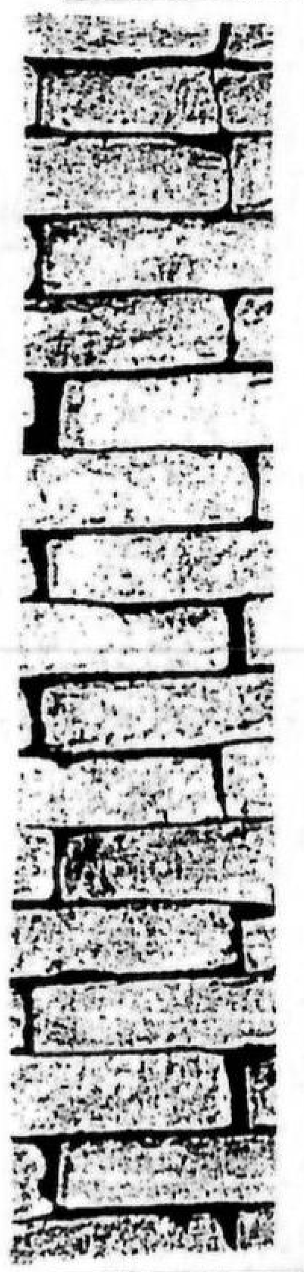
Go to revolutionäre O.S.T.B.L.O.C.K.-Gruppe (S 1+2)

Fünf Jahre Ost/West-Knatsch und kein bißchen schlauer

Die Kritik anderer O.S.T.B.L.O.C.K.-Gruppen an der Organisation des 1.Mai teilen wir grundsätzlich.
Es ist uns jedoch sehr wichtig einige Dinge zum Papier. "Go doch to Kreuziger Street" (Interim 372) zu sagen.



In dem Text ist die Aussage: >>Eine türkische ML-Gruppe sprühte noch in der Nacht zum 1.Mai die ganze Warschauer Straße mit Losungen wie "Stalin lebt" zu und ...<<.
Da genau beschrieben wird das es sich um eine türkische ML-Gruppe handelt, gibt es nun mindestens zwei Möglichkeiten der Interpretation: Entweder die Aussage ist eben nicht genau einer Gruppe zuzuordnen, dann wird hier durch diesen Erläuterungsdrang Rassismus und Antikommunismus transportiert. Oder die Gruppe ist bekannt. .Dann ist die Frage warum sie nicht benannt wird, wenn in ihr politische GegnerInnen sind. Was bleibt ist, das so allen türkischen ML-Gruppen der Vorwurf gemacht wird, sich positiv auf Stalins HERRschaft zu beziehen, beziehungsweise ihn als Klassiker im Marxismus/Leninismus zu verwenden. Auch das muß als rassistisch und antikommunistisch bewertet werden.



Der Satz: >>Das dies nicht stattfand, ist allein der Berliner Polizei zu verdanken, die die Demo am Alex aufrieb.<< hat uns dann erst einmal die Sprache verschlagen. Ein positiver Bezug auf die Bullen ist nur möglich, wenn sie gerade den Straßenverkehr regeln, ansonsten dürfte doch klar sein das auch die >>Berliner Polizei<<einen Teil der Staatsmacht verkörpert, und keinerlei Lob und Beifall verdient.

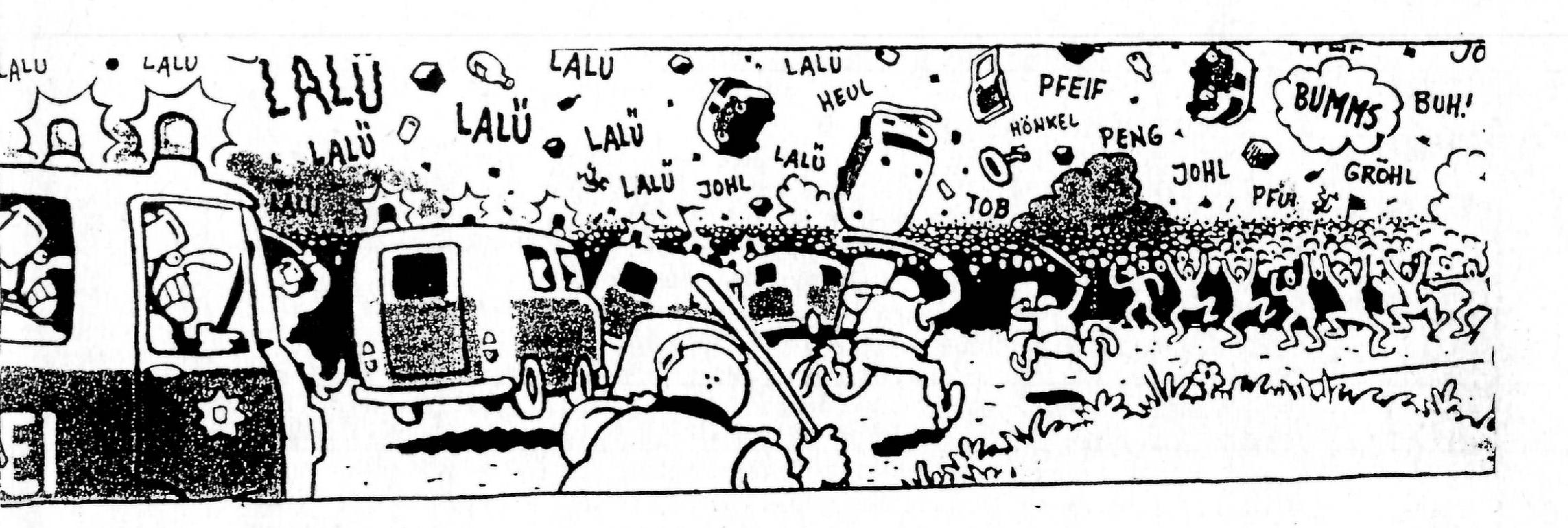
Schlußendlich lehnen wir den unsachlichen Stil des Textes ab.
Verleumderisch zu verstehende Totschlagwortgruppen (siehe Betitelung von Personen und Gruppen) lassen die Wesentlichen Fakten hinter Hetzerei verschwinden. Außerdem ist genau dies etwas, was an sogenannten Autonomen aus dem Westen schon länger kritisiert wird.

rev. O.S.T.B.L.O.C.K.-Gruppe (FF 1+2, F2, A1, LK1)



P.S.: Wir finden es anstrengend, wie die Diskussionen um die Walpurgisnacht & den 1.Mai`96 geführt werden. Für uns läuft alles auf Spaß am Anpissen hinaus, deshalb werden wir uns nicht an diesem Geschwätz beteiligen.
An die Demo-Leitungen und deren DemonstrantInnen: **Bleibt drüben! Euch will hier KeineR!**
In diesem Sinne: **Go together in Kreuzberg**

rev. O.S.T.B.L.O.C.K.-Gruppe (FF 1+2, F2, A1, LK1)



Der Polizeipräsident in Berlin
Direktion 7

BERLIN

Eingegangen
14. APR. 1996

Der Polizeipräsident in Berlin · Poelchaustr. 1, 12681 Berlin 404

alle BA Mitglieder
Fraktionsvors.
BVV-Vorsteher
mit Bitte um
Rückmeldung bis 18.4
bei Frau Schmoleck 2303

Herrn
Reinhard Kraetzer
Bezirksbürgermeister von
Berlin-Prenzlauer Berg

Per Fax: 4240210

Gesch.-Z. (bitte immer angeben) | Zimmer | Fernruf (030) Apparat | Intern | Datum

Dir 7 (V) - 05551 | 54788-301 | 12.04.1996

Betrifft: Walpurgisnachtfest auf dem Kollwitzplatz am 30. April 1996

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister!

Anläßlich der Erörterung von Einzelheiten zum Walpurgisnachtfest auf dem Kollwitzplatz am 30. April 1996 beim Bezirksamt Prenzlauer Berg am 12. März 1996 hatten wir ein spezielles Training für die auf dem Festplatz in Zivil eingesetzten Polizeiangehörigen angekündigt. Dieses Training ist für die Zeit vom 22.-25. April 1996 vorgesehen.

Am 25. April 1996, 13.00 Uhr, werden die Trainingsinhalte in der

Landespolizeischule Biesdorf
Cecilienstraße 92
12683 Berlin

rekapituliert und vorgestellt.

Zu dieser Veranstaltung laden wir Sie herzlich ein. Diese Einladung erstreckt sich auch auf die weiteren Mitglieder Ihres Bezirksamtes und die Fraktionsvorsitzenden, die am 12. März 1996 zugegen waren.

Sofern gewünscht, sind wir gern bereit, für den Transfer zu sorgen. Wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie uns bis zum 23. April 1996 wissen ließen, ob und ggf. mit wieviel Teilnehmern wir rechnen dürfen, und ob ein Zubringerdienst in Anspruch genommen wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Im Auftrag

Holst

>>Zu dieser Veranstaltung laden wir Sie herzlich ein<<

Walpurgisnacht ´96, Kollwitzplatz

Am 9.April abends, organisierte die Polizei einen Übungseinsatz auf dem Kollwitzplatz. Mehrere Hundertschaften wurden daran beteiligt, um die Einsatzkräfte für den 30. April / Walpurgisnacht ortskundig zu schulen. Auf irritierte Nachfragen von Anwohnerinnen und Anwohnern an den Bezirksbürgermeister von Berlin - Prenzlauer Berg kam keine Antwort.
Aus "für gewöhnlich wohlinformierten Kreisen" wurde uns ein Schreiben der Berliner Polizei vom 12.April ´96 an den Bezirksbürgermeister dennoch zugespielt.
Dieses Schreiben zeigt, daß der Bezirksbürgermeister in die "Fest"-Vorbereitung des Bündnisgrünen Nilsen Kirchner und der Polizei sehr wohl involviert ist! Gleichzeitig zeigt dies, daß die sogenannte "Bürger-" Initiative Walpurgisnacht ´96 mit den Anwohnerinnen und Anwohnern des Kollwitzplatzes nichts zu tun haben kann. Die Ausbildung der "Jungen Grünen" und der "JungsozialistInnen in der SPD" (Jusos) zur, als sogenannter Ordnungsdienst getarnten Hilfspolizei, zeigt den repressiven Charakter der geplanten offiziellen Veranstaltung zur Walpurgisnacht am 30.April abends, auf dem Kollwitzplatz, Berlin Prenzlauer Berg., der auf Widerstand stoßen muß.

Käthe & Georgij

Vorwärts zur mittelfristigen Einsparung der herrschenden Klasse!

Nun ist es soweit - der "Nachkriegskompromiß". auf den sich der "soziale Friede" der letzten 50 Jahre in der BRD gestützt hatte, ist aufgekündigt. Nicht, daß wir weniger ausgebeutetet waren, aber die Ausbeutung erschien mit einem "menschlichen Gesicht" und wurde so gestaltet, daß sie - zumindest in Westeuropa - erträglich war. Ob der "Sozialstaat" aufgebaut wurde, weil die Arbeiterklasse für ihn kämpfte, oder weil der Osblock ein Sozialkonkurrent des Westblocks war, oder weil es in Aufschwungszeiten für die Bourgeoisie ein Klacks war, die Mehrausgaben zu tragen, oder weil sonst die Arbeiter gleich nach dem Krieg verreckt (und damit nicht ausbeutbar) wären, sei dahingestellt. Fakt ist, daß wir in einem relativen Wohlstand gelebt haben, der unsere blanke Abhängigkeit von den Interessen der herrschenden Klasse vernebelt hat. Bei allem Gerede über "Sozialpartnerschaft" und "Mitbestimmung" - bestimmt haben immer die Unternehmer, aber jetzt werden die guten Manieren dabei wegrationalisiert.

Mit immer rascheren Tempo erfahren wir, was alles "eingespart" werden soll...auf unserem Rücken:

- Völlige Flexibilisierung der Arbeitszeit nach den Profitinteressen der industriellen Kapitalisten (Überstunden oder Kurzarbeit, Wochenendarbeit, Rentenalter, etc.)
- Kürzungen der Sozialleistungen (Arbeitslosenhilfe, Verschärfungen in der Sozialhilfe verbunden mit rassistischer Hetze gegen Immigranten wie jüngst die Initiative von Lafontaine gegen Aussiedler, wo immer Gruppen sozial besonders Schwacher als Sündenböcke benutzt werden)
- Erhöhung der Eigenanteile in Kultur, Erziehung und Gesundheitsbereich
- Schließung von sozialen Einrichtungen (Jugendzentren, Kürzungen im Schul- und Unibereich, Streichung von Planstellen, Etatkürzungen bis totaler Wegfall von Geldmitteln)
- Massenentlassungen und rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit, die mit einer "Entwertung" und "Entqualifizierung" der Arbeitskraft einhergeht
- Preiserhöhungen im allgemeinen aber vor allem im öffentlichen Dienstleistungen (BVG, Telekom etc.) bei gleichzeitig sinkenden Reallöhnen
- etc., usw., pp.

Jedes, Jeder, JederIn ist inzwischen betroffen!!

Der gegenwärtige Abbau des Sozialstaates ist aber nicht (nur) auf die Boshaftigkeit der jetztigen Regierung zurückzuführen, sondern ist Ergebnis der veränderten internationalen Konkurrenzsituation, der auch eine "Linksregierung" (SPD, PDS, Grüne) mit Austerität und Krisenmanagement begegnen würde. Wie sonst wäre zu erklären, daß auch in Schweden, Frankreich, Spanien, Italien, Griechenland - wo "sozialistische" und teilweise "kommunistische" Kräfte auf nationaler oder regionaler Ebene mitverwalten - sich ähnliche Szenarien abspielen?

Das sichtbarste Zeichen der strukturellen Krise der Gesellschaft ist die fortschreitende Massenarbeitslosigkeit (die inzwischen die Zahl der großen Wirtschaftskrise von 1929 überschritten hat), die für die Betroffenen eine psychische Belastung und unmittelbare materielle Bedrohung bedeutet, insbesondere bei weiteren Kürzungen der Sozialleistungen im Zuge der "Sparmaßnahmen". Dies führt zu der paradoxen Situation, daß diejenigen, die noch (Lohn)Arbeit haben und im wesentlichen den gesellschaftlichen Reichtum produzieren, auch die Bedingungen ihrer Beherrschung und den zunehmenden Ausschluß vom Genuß dieses Reichtums produzieren. Sie akzeptieren die verschärfte Ausbeutung, in der Hoffnung "ihren" Arbeitsplatz zu retten.

Dennoch hat das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit auch eine andere Bedeutung, die wichtig ist für die Eröffnung einer möglichen gesellschaftlichen Alternative. Sie offenbart nämlich, daß der gesellschaftliche Reichtum mit einem geringeren Einsatz von Muskel- und Nervenkraft produziert werden kann, ohne daß Einbußen in der Versorgung entstehen müssen. Darum empfinden wir als immer lächerlicher und entwürdigender, daß unser individueller Zugang zum Reichtum weiterhin über den Verkauf der Ware Arbeitskraft vermittelt ist. Die Arbeitslosigkeit ist in den Schranken der sozialen Marktwirtschaft ein Fluch, außerhalb dieser Schranken liefert sie einen Vorgeschmack von der Befreiung der Gesellschaft von der "Naturnotwendigkeit Arbeit" (Charlie), die bereits heute in unserer kreativen Arbeitsscheu angelegt ist.

Um das Realität werden zu lassen, ist es notwendig die herrschenden Eigentumsverhältnisse, die durch den Staat und unsere eigene Betrachtung der sozialen Verhältnisse als naturgegeben (obwohl sie von Menschen geschaffen wurden und daher durch Menschen abgeschafft werden können) aufrechterhalten werden, zu beseitigen.

Die Gesellschaft muß sich den direkten Zugang zu den Produktionsmitteln verschaffen, um die Diktatur der menschlichen Bedürfnisse über die Wirtschaft zu errichten - was u. a. die Abschaffung des Geldes beinhaltet. Dies erfordert die Enteignung der HerrscherInnen und die Organisation der Produktion und Verteilung durch die Produzenten selbst, was auf die Beseitigung von jeglicher Form von Herrschaft und die Auflösung des Staates hinausläuft.

Es geht also nicht darum, neue Arbeitsplätze zu fordern oder zu schaffen, sondern um die Umorientierung der menschlichen Tätigkeit auf die sich entfaltenden Bedürfnisse des Individuums selbst, wobei die Erhaltung der natürlichen Umwelt selbstverständlich Teil unserer Bedürfnisse ist. Das Ziel heißt möglichst wenig zu arbeiten und so viel wie möglich zu genießen - und zwar für alle und weltweit!!!

Aber warum sind wir so wenige und warum sind wir so passiv? Wir müssen einsehen, der Traum vom gemütlichen Leben mit der Perspektive der grenzenlosen Verbesserung ist zu Ende. Aber unser Kopf ist lahm, unsere Glieder sind erschlafft und unser Herz ist trocken - der 40jährige Film ist aus, die Lichter gehen an und die wirkliche Welt mit ihrem totgesagten Klassengegensatz tritt wieder hervor.

Wann stehen wir von dem gepolsterten aber morschen Sitz auf und gehen auf die Straße? Demnächst werden immer mehr Menschen auf der Straße sein und vielleicht entsteht aus dem häufigen Treffen in der frischen Luft ein Abenteuer, das darin besteht, eine neue Gesellschaftlichkeit ins Leben zu rufen. Hoffentlich verlassen wir den Raum bevor er über uns zusammenbricht.

Aus alledem ist zu folgern, daß wir dem "Bündnis für Arbeit" den (verlängerten) Rücken kehren und eine durchschlagende Verbindung gegen die Lohnarbeit bilden müssen.
Nehmen wir die Überflußgesellschaft beim Wort (denn sie ist längst überflüssig geworden)...und schaffen den kollektiven Freizeitpark für alle, sofort und umsonst (etwas Phantasie, Lebenslust, Leidenschaft und Einsatzbereitschaft sind dennoch dazu erforderlich)!!!!!!!!



DIE ANSPRUCHSDENKERINNEN / HEDONISTISCHE FRAKTION

April 1996

Kontaktadresse: Revolutionärer Funke (Glimmlämpchen) PLK 00 23 63 B, 10623 Berlin
Veranstaltung: am 6. Mai im A-Laden um 19Uhr (altbekanntes Thema: Spontaneität und/oder Organisation ?)

Und bei gutem Wetter sind wir am 1. Mai um 13.00 Uhr am Rosa Luxemburg Platz beim sozialrevolutionären Block dabei.

V.i.S.d.P.: Heike Baur, 10407 Berlin

Erklärung zu den Ereignissen am So., 7. und Di., 9.4. in X-Dorf

Liebe Leute!Wir sind ziemlich spät dran,und leider haben sich schon viele Gerüchte breitgemacht.Trotzdem versuchen wir jetzt noch,die Dinge klarzustellen.
Am Sonntag über Ostern-bundesweite Wagentage- standen viele Wagen aus dem gesamten Bundesgebiet auf dem Mauerstreifen Bethaniendamm.Am Nachmittag kamen Leute mit einem SoundSystem und veranstalteten eine extrem laute Party.Die Bullen tauchten 2x auf und drohten jedesmal mit Auflösung,da die Party zu laut sei. Die Partyleute ignorierten diese Drohungen.Und auch unsere mehrfachen Beschwerden (wir waren auch genervt von der überlauten Mucke) und Warnungen,daß die Bullen auf jeden Fall was machen wenn's nicht ruhiger wird.Beim 3. Mal kamen ca. 50 Bullen und nahmen nach einigem Gerangel die Anlage mit.Bei dieser Aktion wurden einem Wagen-Tage-Besucher von den Bullen die Zähne eingeschlagen.
Etwas später machten einige Mitglieder der Partyfraktion uns oder/und das Rauchhaus für die Bullenaktion verantwortlich, schlugen einen von uns nieder,schmissen eine Axt und Steine in Rauchhausfenster.Und schließlich schlugen sie eine Frau mit einer Eisenstange krankenhausreif.
Am Dienstag kam einer der Typen wieder.Wegen seinem extrem agressiven Auftreten und seiner Weigerung das Gelände zu verlassen,wurde er runterbefördert.Er drohte,bewaffnet und mit Verstärkung wiederzukommen.Die Folge war unser planloses Mobilisieren von Schutz.Unser Platz glich einem aufgeschreckten Hühnerhaufen.

Es tut uns leid,daß einige Leute wieder Mal nicht geschnallt haben,daß es besser ist,in so einer Situation nüchtern zu bleiben,und wir das nicht gestoppt haben.Durch die Biertrinkerei wurden verständlicherweise einige Leute abgeschreckt,uns zu unterstützen.Wir bedanken uns trotzdem bei allen,und wissen, daß wir in einer ähnlichen (hoffentlich nicht!!) Situation überlegter und bewußter handeln müssen.

Resumee:
Es gibt nur 3Typen aus dieser Gruppe,die maßgebend an der Gewaltaktion beteiligt waren.Sie werden aber von den anderen gedeckt.
Wir wehren uns gegen Formulierungen wie "die Eastsider" oder "die "die Engländer".Das stimmt nicht!Uns stinkt der Tratsch. Überlegt genau WIE und WEM ihr WAS erzählt (Nase eigene!!!).
Inzwischen ist uns bekannt,daß es auch schon an anderen Plätzen und Häusern Streß mit dieser Gruppe gab.
Diese Leute haben spätestens nach dieser Aktion bei uns ,in unseren Zusammenhängen nichts mehr zu suchen!

X-DORF

Bündnis von Unten - statt Bündnis für Armut und Profit

1. Mai - für eine Umverteilung von Oben nach Unten

Die Koppers, Stihls und Stumpfes und ihre SymphatisantInnen in der Politik agieren gegen den Rumpf-Sozialstaat. Sie schmieden einen gesellschaftlichen Block gegen alle, die diese Politik des sozialen Kahlschlags nicht mitmachen wollen. Gleichzeitig steigen die Unternehmergewinne, die Aktienmärkte boomen ebenso wie die Arbeitslosenstatistik. Das Ganze ist verbunden mit Massenentlassungen und Senkung der Reallöhne, während das Vermögen der 100 reichsten Personen dieser Welt das Hab und Gut von mehr als 1 1/2 Milliarden Menschen übersteigt. Was haben wir zu erwarten ?

* Mehr Arbeit für weniger Lohn
* rasant steigende Erwerbslosigkeit und gekürztes Arbeitslosengeld und -hilfe
* Frauen räumen die Arbeitsplätze zugunsten von Männern
* Repressalien durch Plegeversicherungsgesetz und Sozialhilfekürzungen
* Studium nur durch hohe Verschuldung und undemokratische "Elitenbildung" an Schulen und Unis
* wenige Ausbildungsplätze und noch weniger Übernahmechancen für Jugendliche.

Wie lautet die Strategie der Gewerkschaftsspitzen in dieser Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit? "Bündnis für Arbeit" - der sozialen Krise ein Ende bereiten, indem man ein Bündnis schmiedet mit denen, die für die soziale Krise verantwortlich sind!
Der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit soll durch "Vernunft der Unternehmer und ihre Gemeinwohlorientierung" zivilisiert werden. DGB-Vorsitzender Schulte hat den Schritt zur nationalistischen "Standortsicherung" der Kanzlerrunden schon vollzogen. Die Gewerkschaften werden eingebunden in den Klassenkampf von Oben.

Wir - das Bündnis gegen Sozialkürzung und Ausgrenzung, getragen von 120 Initiativen und Projekten - setzen auf ein **Bündnis von Unten** der Lohnabhängigen, SchülerInnen, Erwerbslosen, StudentInnen, Sozialhilfe-EmpfängerInnen, Diskriminierten, Ausgegrenzten und Unterdrückten.
Wir fordern: Die Stadt den Menschen, nicht den Konzernen - und eine materielle Grundsicherung von DM 1500 + Miete für alle!
Auch in der Gewerkschaftsbewegung regt sich Widerstand gegen die neue Form der "Interessenvertretung".

Deshalb rufen wir auf zur Teilnahme am Demonstrationszug der Gewerkschaft HBV Berlin innerhalb der DGB-Demo und zur Kundgebung am Roten Rathaus.

Laßt uns diese Kriegserklärung der Kapitaleigner, ihres politischen Personals und einiger Gewerkschaftsspitzen **gemeinsam abwehren mit Phantasie und Protesten**

am **1. Mai 1996 um 10 Uhr**
Ort: **Engeldamm 70**
Berlin-Mitte
Treff: **HBV-Lautsprecherwagen**



Polizei räumte besetztes Haus

Innensenator Schönbohm befürwortete Aktion

100 Berliner Polizeibeamte haben gestern abend zwei Häuser in Alt-Stralau in Friedrichshain geräumt.

Die Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain (WBF) hatte die Aktion gefordert. Anträge von Hausbesetzern, nicht zu räumen, waren vom Verwaltungsgericht abgelehnt worden. Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) begründete die Räumung damit, die Fortsetzung des Hausfriedensbruchs zu beenden. Schönbohm betonte, die Räumung entspreche der sogenannten Berliner Linie. Die Behauptung, wonach diese Richtlinie Ausschlußfristen für polizeiliche Maßnahmen enthalte, sei ebenso falsch wie die Annahme, Hausbesetzer könnten daraus irgendwelche Rechte für sich ableiten. Zu den Besetzern gehörte auch der PDS-Abgeordnete Freke Over.

Nach Aussagen der Polizei verlief die Räumung ohne Zwischenfälle. Acht Personen wurden erkennungsdienstlich erfaßt. Laut Augenzeugen holten die Polizisten auch zwei Schweine aus dem Haus.

Auf der gestrigen Bezirksverordnetenversammlung stellten Abgeordnete der PDS-Fraktion den Antrag, die Sitzung wegen der Räumung abzubrechen. Der Antrag wurde abgelehnt. Darauf verließen die PDS-Abgeordneten die Sitzung.

Die um 1900 gebauten Häuser mit derzeit 34 Wohnungen liegen im Entwicklungsbereich der Rummelsburger Bucht. ls/hs

Kleine Presseschau 1



SONNABEND, 20. APRIL 1996

Nach Büro-Besetzung: CDU erstattet Strafanzeigen

Mit Strafanzeigen wegen Hausfriedensbruchs und Nötigung hat die CDU-Fraktion auf die Stürmung eines ihrer Büros im Preußischen Landtag durch Friedrichshainer Hausbesetzer am Donnerstag reagiert. Die sieben Personen, die mit Kleinkindern auch in ein Grünen-Büro eingedrungen waren, mußten am Abend zuvor mit dem PDS-Abgeordneten Frederik Over zwei besetzte Häuser räumen.

CDU-Fraktionsgeschäftsführer Volker Liepelt: „Die offensichtliche Nähe krimineller Hausbesetzer zu PDS-Abgeordneten ist unvereinbar mit der Würde eines Parlaments." Die „Politik des offenen Hauses" für das Abgeordnetenhaus müsse überdacht werden, nachdem die Besetzung eine „Reihe von Sabotageakten" fortgesetzt habe.

In der CDU-Fraktion gibt es auch Unmut über die Verwaltungsspitze unter Abgeordnetenhaus-Präsident Herwig Haase (CDU). Obwohl sich die Hausbesetzer stundenlang im Parlament aufhielten, sei man nicht darüber informiert worden. Mit Verwunderung wurden Äußerungen von Haase-Sprecher Jörg Nackmayr aufgenommen, der verlauten ließ, das Parlamentspräsidium habe den Hausbesetzern zugesichert, nachts nicht auf der Straße kampieren zu müssen. Liepelt: „Es ist rührend, wie man sich um Besetzer kümmert, aber nicht um Mitarbeiter."

Das Parlamentspräsidium plant keine Strafanzeigen. Man werde aber „bei Besetzungen unverzüglich reagieren", so Nackmayr. SPD-Fraktionsgeschäftsführer Hans-Peter Seitz warnte davor, das „Offene-Haus-Konzept" aufzugeben. Statt dessen müsse gegen Politiker wie Over vorgegangen werden. Over hatte die Nacht zu Freitag nicht – wie angekündigt – in einem PDS-Fraktionsraum verbracht. Vor dem geräumten Haus Alt Stralau 46 kam es nach einer Demonstration zu Zusammenstößen zwischen Hausbesetzern und Polizei. Es gab drei Festnahmen. *kru*

Geprügelt wird am besten im Dunkeln

Berliner Polizei überfiel HausbesetzerInnendemo in Alt Stralau. SPD-Senator mit Farbeiern eingedeckt

Bei einer Demonstration von Berliner HausbesetzerInnen von der Innenstadt vor das geräumte Haus auf der Spree-Halbinsel Alt Stralau am Donnerstag abend ist es bei der Abschlußkundgebung vor dem Haus zu massiven Übergriffen der Polizei gekommen. Willkürlich oder wegen angeblich geäußerter Beleidigungen (»Schwammhirne«, »BSE-Bullen«) gegenüber BeamtInnen griffen sich Polizeitrupps einzelne DemonstrantInnen aus dem Demozug heraus, schlugen sie nieder, traten auf sie ein und zerrten sie an den Haaren über den Boden.



Die PolizistInnen warteten am Donnerstagabend mit ihrem Überfall, bis die DemonstrantInnen auf der abgelegenen Halbinsel Stralau angekommen waren

Auch die Insassen des Lautsprecherwagens, auf dem das Mitglied des Abgeordnetenhauses Freke Over (PDS) saß, wurden mit Faustschlägen attackiert; eine Scheibe des Fahrzeugs ging dabei zu Bruch. Dabei war die Demonstration von anfangs rund 400 und später noch etwa 200 Friedrichshainer HausbesetzerInnen ausnahmslos friedlich verlaufen, obwohl die in mindestens dreifacher Zahl angetretene Polizei immer wieder durch ein enges mehrreihiges Spalier provoziert e.

Für ihre Prügelorgie hatte die Polizei offensichtlich bewußt gewartet, bis die Demo auf der dunklen und abgelegenen Halbinsel ankam. Zwar wurden mehrere DemonstrantInnen festgenommen, doch wurde auch beobachtet, wie PolizistInnen Leute zusammenschlugen und sie anschließend laufen ließen. Es gab zahlreiche verletzte DemonstrantInnen.

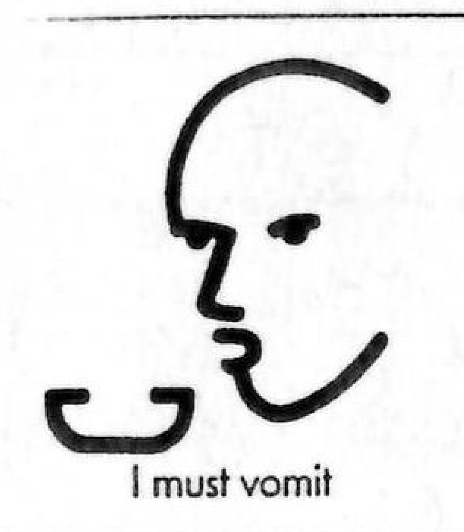
Die geräumten HausbesetzerInnen und SympathisantInnen hatten schon am Nachmittag im Abgeordnetenhaus und bei der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain gegen die Räumungsoffensive des CDU-SPD-Senats protestiert. Den Senator für Stadtentwicklung, Peter Strieder (SPD), stoppten sie auf der Elsenbrücke im Bezirk Treptow, als er in einem Reisebus gemeinsam mit Investoren auf dem Weg nach Alt Stralau war, wo er nur einen Tag nach der Räumung das Entwicklungsgebiet besichtigen wollte. Alt Stralau soll zum lukrativen Wohngebiet für Wohlbetuchte werden. Bis auf die Halbinsel gelangte er allerdings nicht, weil Autonome den Reisebus mit Farbeiern eindeckten und aufhielten. Eine Hundertschaft PolizistInnen, die kurz darauf in ihren Mannschaftswagen angebraust kam, fuhr aber glatt am Ort des Geschehens vorbei nach Alt Stralau, wo sie keine autonome Wegelagerer antraf. Strieder mußte schließlich auf ein Taxi zurückgreifen. Die BesetzerInnen haben weitere Aktionen angekündigt. *Ivo Bozic*

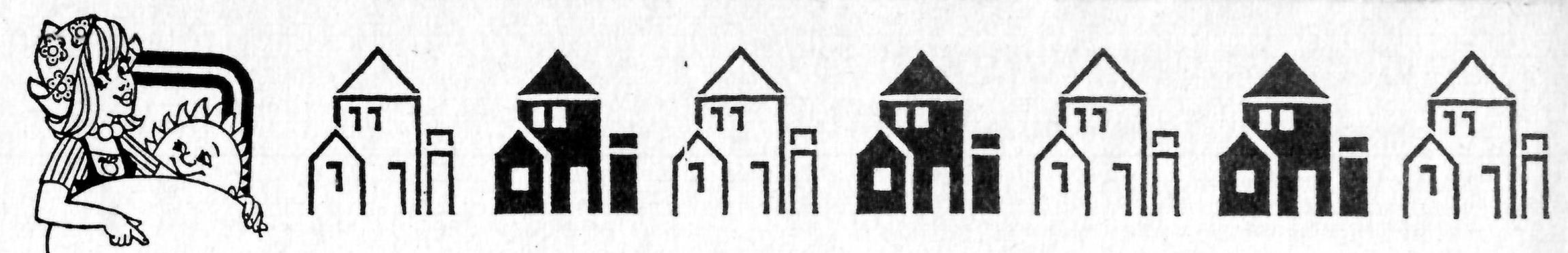
Anschlag gegen Auto-Pavillon

Ihre Zerstörungswut richteten Sonnabend kurz nach Mitternacht etwa 15 vermummte Jugendliche gegen einen BMW-Pavillon in der Karl-Marx-Allee (Mitte). Sie warfen Steine auf das Gebäude und zerschlugen die Fensterscheiben.

„Es grenzt an ein Wunder, daß die Autos nicht getroffen wurden", meinte BMW-Verkäufer Hans-Jürgen Krüger. Er könne sich nicht erklären, warum die Täter den BMW-Pavillon zerstören wollten. „Es war der erste Anschlag auf unser Geschäft", so Krüger.

Die Polizei geht davon aus, daß die Täter aus der linken Szene stammen. Sie konnten unerkannt entkommen, obwohl mehrere Anwohner den Anschlag bemerkt hatten. Als die alarmierten Polizisten am BMW-Pavillon eintrafen, hatten die Randalierer allerdings schon die Flucht ergriffen. *banjo*





Vrije Keyser Radio: Räumungen besetzter häuser in Amsterdam (1.Teil)

Journalisten von allen niederländischen TV-sendern und zeitungen versammelten sich am frühen dienstagmorgen, den 2.April. Jahrelang wurden berichte über „die räumung des letzten großen besetzten haues in Amsterdam" verbreitet, aber die einst berühmte Amsterdamer besetzerbewegung war wieder da. Die journalisten bekamen, wofür sie gekommen waren: gewalt, drama, einen zirkus. Aber das durchschnittliche alter der besetzer war 20 oder noch darunter. Wegen der kürzungen bei der sozialhilfe, bei stipendien, wegen der hohen arbeitslosenrate und der mietpreiserhöhungen um 6% jedes jahr sehen mehr und mehr junge leute keinen anderen weg mehr ein dach über ihren kopf zu bekommen, ohne ein haus zu besetzen. Nach dem riesen einfluß der besetzer in den 80er jahren, ihrem niedergang in der mitte der 80er jahre, scheint es jetzt eine neue generation von besetzern zu geben, die ihren platz in der niederländischen gesellschaft verlangt.

Das erste an diesem dienstag war das besetzte haus in der Heerengracht 584 im zentrum vom Amsterdam. Es war nur drei tage vorher besetzt worden und sollte gemäß art.429 geräumt werden, diesem 1 1/2 jahre alten anti-besetzergesetz, das aussagt, daß das besetzen eines hauses verboten ist, wenn es während des letzten jahres benutzt worden war. Es kann ohne einschaltung eines richters geräumt werden. Besetzer haben gesagt, es hätte schon 3 jahre leer gestanden. Eigentümerin ist die ING-Bank (diejenige, die Nick Leesons bankrotte Barclays Bank gekauft hat). Als die polizeikolonne an diesem frühen dienstagmorgen ankam, waren keine besetzer mehr da: alle wasserhähne waren offen und der ort sah aus wie ein postmoderner schwimmingpool. Das nächste war ein ehemaliger supermarkt im osten der stadt. Viel publikum sah der polizei dabei zu, wie sie die türen öffnete: nichts.

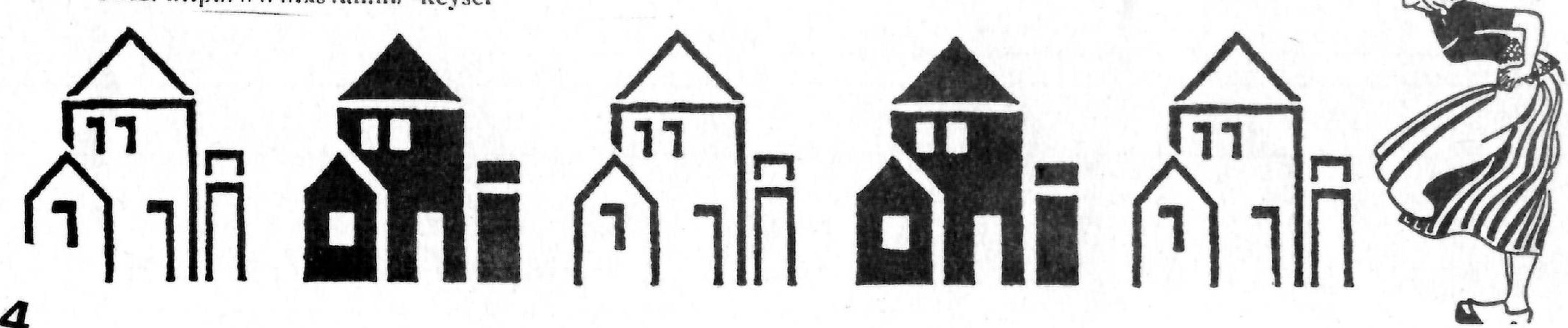
Nur weniger 100 meter von diesem supermarkt entfernt ist die Zeeburgerpad. Diese häuser und (kleinen) industriegebäude sollten abgerissen werden, weil der stadtrat von Amsterdam dort eine straße bauen will, die das entwicklungsgebiet neuer osten mit dem älteren teil der stadt verbinden soll. Seit 10 jahren haben die leute in dem alten osten gegen diese straße protestiert, die noch mehr verkehr in der bereits überfüllten city verursachen würde. 1994 haben besetzer die letzten gebäude dort übernommen, die für diesen plan abgerissen werden sollten und sie haben versucht, ein referendum gegen diesen plan zu organisieren. Für diesen zweck haben sie 7000 unterschriften gesammelt, aber der stadtrat hat sich geweigert, die volksbefragung mit der behauptung durchzuführen, einige der leute, die unterschrieben hatten, seien nicht länger auffindbar. Während die besetzer dort lebten, verwandelten sie dieses stück stadt in ein soziokulturelles projekt: sie organisierten konzerte und diskussionen, sie organisierten suppenküchen und schafften eine atmosphäre der selbstorganisation.

Die Zeeburgerdijkbesetzer bauten barrikaden in der nacht vor der räumung. Eine dieser barrikaden wurde um 7.30 uhr morgens angezündet, direkt unterhalb der eisenbahnkreuzung in der nähe. Der zugverkehr war dadurch für eine stunde unterbrochen. Die polizei ist nicht sofort erschienen, sie entschied sich, die zwei oben erwähnten häuser zuerst zu räumen. Das feuer auf der barrikade wurde durch die feuerwehr um ca. 8.30 gelöscht, ohne störung durch die besetzer. Nachdem die polizei den supermarkt um 10 uhr geräumt hatte, erzählte der polizeisprecher Wilting der presse, die räumung der Zeeburgerpadgebäude würde wie ein stück kuchen sein. Um 11.30 uhr rückten polizeikolonnen mit wasserwerfern, bulldozern und hubschraubern an. Der Widerstand war größer als die polizei erwartete. Nach der ersten barikade gabs noch eine zweite, die stahl enthielt, eine autowrack und einen caravan. Vom dach des ersten gebäudes warfen die besetzer verfaultes obst. Als das obst alle war, schmissen sie steine. Andere schlugen auf öltonnen. Der wasserwerfer sprühte seine stinkende ladung über die besetzer auf dem dach aus. Da die toiletten in der Zeeburgerpad schon seit wochen kaputt waren, wurden eimer voll von scheiße von den gebäuden auf die köpfe der bullen gekippt, die unten in reihen standen und da keine steine mehr verfügbar waren.

Ein besetzer innerhalb des gebäudes berichtete life per telefon und erzählte dem Vrije Keyser Radio, er sei bereit, selbst das telefon aus dem fenster zu schmeißen, um die räumung aufzuhalten. Nach einer stunde gelang es der polizei, hinten in das gebäude einzudringen und die besetzer wurden eingekesselt, aber erst nachdem einer von ihnen vom dach gefallen war (die besetzer sagen er, sei gestoßen worden, aber er ist nicht mehr im krankenhaus." 36 besetzer wurden festgenommen. Sie wurden mit dem vorwurf „gewalt in der öffentlichkeit" (art.141)zum polizeihauptquartier.

In der nacht demonstrierten ungefähr 100 besetzer aus solidarität mit ihren eingesperrten genossen. Zu der zeit wußte niemand, was mit dem besetzer geschehen war, der vom doch gefallen war. Die demonstranten schmissen fenster im polizeihauptquartier ein, drehten ein auto aufs dach und ließen etwas stahl auf dem pflaster. Dann liefen sie zur Prinsengracht-polizeistation, wo sie die vorderfront des gebäudes beschmissen: das schild, das vor dieser station hing, ist nun in der nahegelegenen besetzerbar zu bewundern. Eine person wurde in dieser nacht verhaftet. In den folgenden stunden wurden die meisten wieder entlassen. Immerhin sechs sind immer noch im Knast. Am 11.4., neuen tage später,wurden sie dem richter zugeführt. Polizeibeamte behaupteten, sie hätten sie als steinewerfer erkannt etc. etc. Der staatsanwalt verlangte 10 tage knast. Sie wurden entlassen. Eine verurteilung zu neun tagen (die zeit, die sie ohnehin schon im knast saßen) wird erwartet. Die anderen 30 besetzer werden später vor gericht gestellt. Aber sie sind jetzt alle obdachlos und suchen neue orte zum leben. Deshalb sind in den letzten paar tagen neue gebäude besetzt worden, alle diese besetzungen könnten demnächst auch wieder geräumt werden, und es gibt noch mehr häuser und gebäude, die die räumung erwarten. Diese räumungen werden aber nur neue besetzungen nach sich ziehen.

email: keyser@xs4all.nl
URL: http://www.xs4all.nl/~keyser

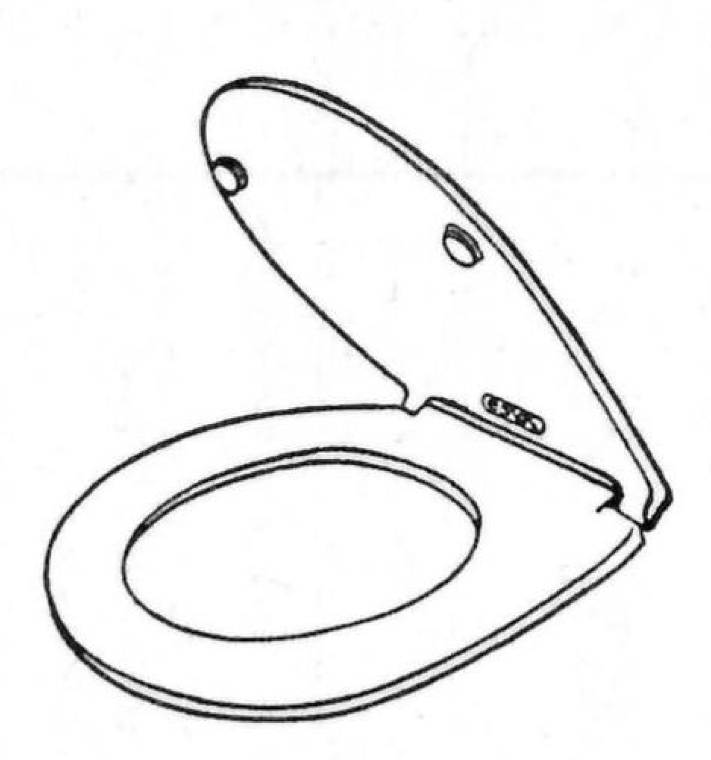


Kleine Presseschau 2

Haft für Angriff auf Neonazi-Anwalt

HAMBURG. Ein 22jähriger Architekturstudent ist am Dienstag vom Hamburger Amtsgericht zu einem Jahr und drei Monaten Freiheitsstrafe verurteilt worden, weil er zusammen mit mehreren unbekannt gebliebenen Tätern einen Rechtsanwalt von Neonazis zusammengeschlagen hatte. Das Gericht wertete die Tat als gemeinschaftliche gefährliche Körperverletzung. Der junge Mann hatte im August vergangenen Jahres nach einem Prozeß gegen die Betreiber des rechtsradikalen »Nationalen Infotelefons Hamburg« den ebenfalls zum rechten Spektrum gerechneten Anwalt Jürgen Rieger gemeinsam mit mehreren Unbekannten vor dem Gericht mit Holzstöcken verprügelt und verletzt. *(AP/jW)*





Neonazis feierten Hitler

Nazi-Aufmärsche am 20. April. Gegendemos von AntifaschistInnen in mehreren Städten

In mehreren Städten kam es am Sonnabend, dem Jahrestag von Hitlers Geburtstag, zu Angriffen und Feiern Rechtsradikaler. Ein Angolaner wurde in Erfurt von einer Gruppe Neonazis zusammengeschlagen. Nach Polizeiangaben wurden die Täter festgenommen und Antrag auf Haftbefehl gestellt. Auch in anderen Orten Thüringens trafen sich Rechtsradikale, um den Geburtstag ihres Führers zu feiern. In Nordhausen und Artern sind Faschisten »Heil Hitler« und »Sieg Heil« grölend durch die Straßen gezogen. Im Raum Sonnenberg haben 30 bis 40 rechte Jugendliche ein Gedenkfeuer abgebrannt, 22 von ihnen wurden vorläufig in Unterbindungsgewahrsam genommen.

In verschiedenen Orten Brandenburgs ist die Polizei gegen die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorgegangen. Entgegen dem Vorjahr sei es laut Lagedienst des Innenministeriums relativ ruhig gewesen. Lediglich in Cottbus sei eine Feier mit 33 Personen aufgelöst worden.

Ruhig blieb es auch in Magdeburg. Nach den rechtsradikalen »Himmelfahrts-Krawallen« von 1994 hatten sich AntifaschistInnen dieses Jahr entschlossen, im Vorfeld Präsenz zu zeigen. »Das Konzept ist aufgegangen«, sagte der PDS-Landtagsabgeordnete Matthias Gärtner gegenüber *jW*. Rund 300 DemonstrantInnen zogen unter dem Motto »Faschistische Strukturen bekämpfen – Rassistische Pogrome stoppen!« durch die Landeshauptstadt. »Bonn hat mit der Verschärfung des Ausländerrechts und Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zu wachsender Fremdenfeindlichkeit beigetragen«, so eine Sprecherin der von der »Unabhängigen Info-Gruppe« organisierten Demonstration. Neben autonomen Gruppen aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen nahmen auch AsylbewerberInnen teil. Rund 300 Menschen zogen am Sonnabend in Potsdam »gegen alltäglichen Rassismus« durch die Straßen. Am Sonntag trafen sich in Wittenberg AntifaschistInnen zu einer Spontandemonstration gegen die zunehmenden faschistischen Strukturen in der Region. *jW*



Nazi-Terror in Wurzen eskaliert

Antifa Leipzig, JW 6,9.4.'96 - In der Nacht zum 5 April '96 kam es in der Nazi-Hochburg Wurzen zu schweren Zwischenfällen zwischen Nazis und Antifas. Die Nazis haben seit einigen Monaten ein Haus im stillgelegten Industriegebiet besetzt, welches von Polizei und Stadtverwaltung geduldet wird, und für die örtliche wie überregionale Struktur zu einem wichtigen Stützpfeiler geworden ist. Auch die ***NPD*** agiert von dort aus. Inzwischen gibt es nicht mal mehr eine Handvoll Menschen, die sich offen als Antifaschisten bekennen können. Sie werden kontinuierlich auf der Straße und in ihren Privatwohnungen (andere Treffpunkte kommen für sie seit ca. einem Jahr nicht mehr in Frage) bedroht. Nach diversen Angriffen in den vorhergegangenen Wochen wurde in der Nacht zum 5 April '96 ein Brandanschlag auf eine dieser Wohnungen verübt und zwei Autos zerschlagen. Einige Nazis griffen auf offener Strasse zwei Antifas ab, schlugen sie zusammen und entführten sie in ihr Haus. Einigen Antifas gelang es, unter Einsatz ihres Lebens, die Entführten zu befreien. Beide sind verletzt, einer davon schwer, er liegt im Krankenhaus. Im Laufe der Tage versammelten sich dann mehrere hundert Nazis im Haus. Am 6 April '96 versammelten sich dann rund 200 antifaschistische Jugendliche in Wurzen um gegen den Naziterror zu demonstrieren, was von den Behörden untersagt wurde. Daraufhin gingen die Demonstranten mit Molotow-Cocktails und Steinen gegen die Polizei vor und verletzten dabei fünf Polizeibeamte. Der Polizei gelang es zwei Jugendliche zu verhaften. Die Behörden beschlossen daraufhin aber die Demonstration kurzfristig doch zu genehmigen, um eine Eskalation zu verhindern. Sie verhinderten allerdings, das die Antifas zu dem Nazi-Haus in die Käthe-Kollwitz-Straße gelangton.

VS auf Spitzelsuche

Magdeburg: Verfassungsschützer bedrängen Mitglied der Kurdistan Solidarität. Kleine Anfrage der PDS

Guten Tag, erschrecken Sie nicht, wir sind vom Verfassungsschutz.« Mit diesen Worten empfingen ein älterer Herr und eine etwas jüngere Frau am Donnerstag, den 7. März, den 21 Jahre alten Magdeburger Pascal B., als der gerade aus der Internationalen Bibliothek in der Magdeburger Einsteinstraße kam. Obwohl Pascal B. sofort erklärte, daß er prinzipiell nicht mit dem Verfassungsschutz (VS) rede, versuchte das Pärchen dennoch, ein Gespräch zu beginnen. Er, Pascal B., sei doch kompetent in Sachen Kurdistan, und er müsse doch ein Interesse haben, sie zu informieren, damit sie ihren Horizont erweitern könnten. Allgemein hätten sie schließlich die gleiche Meinung zum Thema Kurdistan, auch wenn sie nicht alle Aussagen des »Herrn Öcalan« für richtig hielten. B. verweigerte das Gespräch, worauf man ihm vorwarf, »intolerant« gegenüber anderen zu sein.

Zum Abschluß wollten die VS-Mitarbeiter dem Studenten noch einen »Rat« mit auf den Weg geben, doch B. fuhr ihnen mit seinem Fahrrad davon. Pascal B. ist Mitglied der Kurdistan Solidarität Magdeburg und nahm während des Newroz an der Kurdistan-Delegation teil, die in Elazig von faschistischen Grauen Wölfen überfallen wurde.

Der PDS-Landtagsabgeordnete Matthias Gärtner kündigte *jW* gegenüber eine eingehende Untersuchung des Vorfalls an. Außerdem forderte er die Auflösung des Geheimdienstes. Das Anwerben von Spitzeln sei ein Teil der Strukturen, mit denen immer wieder regierungskritische Äußerungen kriminalisiert würden. Am Freitag reichte Gärtner als erste Reaktion eine Kleine Anfrage an die rot-grüne Landesregierung Sachsen-Anhalts ein. *Ivo Bozic*

I must vomit

Brutale Kameradschaft

»Paramilitärisch organisiert«: Rechtsradikale in Wittenberg greifen AntifaschistInnen an

Nicht nur im sächsischen Wurzen und Delitzsch, sondern auch im benachbarten Wittenberg (Sachsen-Anhalt) spitzt sich die Situation zwischen Rechtsextremisten und Antifas zu. Anfang des Monats griffen etwa 30 Mitglieder der Kameradschaft Elbe-Ost 15 Jugendliche der linken Szene an. Unter den Angreifern befanden sich Kameradschaft-Chef Danny Thüring und der stadtbekannte Neonazi Andreas Neugebauer. Bewaffnet waren die Neonazis mit Hieb-, Stich- und Schußwaffen sowie mit Wurfgeschossen. Zu der Auseinandersetzung kam es, als die linken Jugendlichen gegen 23 Uhr nach dem Verlassen der Kneipe »Piesteritzer Hof« den Heimweg antraten. Die Neonazis versperrten ihnen den Weg und liefen zielstrebig auf die Linken zu.

Offensichtlich war der Angriff geplant. Ein beteiligter Jugendlicher aus der linken Szene: »Der Angriff vermittelte das Gefühl, daß er paramilitärisch organisiert und durchgeführt worden ist. Über den Platz schallten ständig Befehle wie ›Angriff‹, ›Rückzug‹ und ›Sammeln‹.« Bei der anschließenden Flucht der linken Jugendlichen kam es zum Handgemenge, in dessen Folge ein Neonazi durch einen Messerstich schwer verletzt wurde. Der in Notwehr handelnde Jugendliche sitzt seit dem 5. April 1996 im Dessauer Knast in U-Haft. Ermittelt wird wegen versuchten Totschlags.

Seitdem kommt es regelmäßig zu Observationen, Überfällen und Einschüchterungen von Wittenberger AntifaschistInnen durch Neonazis aus der Lutherstadt und Umgebung. Von der örtlichen Naziszene wurde mit Rache für den verletzten Kameraden gedroht. Für das kommende Wochenende kündigten die Neonazis weitere Aktivitäten in der Region an.

Mittlerweile ist die Kameradschaft Elbe-Ost zum Gegenstand nichtöffentlicher Beratungen in der Parlamentarischen Kontrollkommission, welche angeblich den Verfassungsschutz kontrollieren soll, geworden. Offen gibt Kameradschaft-Chef Danny Thüring zu, daß sie von der Berlin-Brandenburger Neonaziszene, besonders vom Chef der »Nationalen«, Frank Schwerdt, nicht nur bei Flugblattaktionen durch Druck und Transport, sondern auch durch Rechtsberatungen und Schulungen unterstützt werden. *Uwe Loos*

Nützt ja nix

Die Aktion in Lüneburg



Tag X 2

...dieser Castor ist zwar drin, aber wären wir, die Anti-Atom-Bewegung, nicht gewesen, wäre er schon vor 11 Jahren gekommen.[1]
NÜTZT JA NIX...
...es laufen zwar immer noch AKWs, aber wären wir nicht gewesen, gäb es noch mehr.[2]
NÜTZT JA NIX...
...Volkes Meinung zählt immer noch nicht in diesem Land, aber unser Atem ist länger als eine Legislaturperiode.
NÜTZT JA NIX...
...angebliche Ausstiegsparteien einigen sich mittlerweile wieder auf Atomkurs, aber ohne uns gäb es noch nicht einmal die Grünen.[3]
Deshalb stecken wir den Kopf nicht in den Sand.[4] Denn wenn wir nicht wolllen, daß noch weitere Atommülltransporte stattfinden, noch mehr AKWs gebaut werden, mit denen dann auch ständig weiterer Atommüll produziert wird, wenn wir keine Atombomben-(versuche) wollen und auch nicht, daß das Atomgeschäft reibungslos funktioniert und so unsere Zukunft verkauft wird,
dann müssen wir handeln !
NÜTZT JA NIX !

WIR GEHEN GEGEN AN NÜTZT JA NIX !

Der Castor ist zum Symbol geworden. Einerseits für die menschen- und naturverachtende Politik, für das Entsorgungsdesaster der Atomwirtschaft und für die Profitinteressen unserer Volks(ver)treterInnen. Andereseits für das verantwortungsvolle Handeln der BürgerInnen, die sich nicht mehr darauf verlassen wollen, daß sich von alleine alles zum Guten wendet.
Die jahrtausendlangen Konsequenzen aus der Atomwirtschaft, und allein der schon entstandene Atommüll bedeuten: Mittlerweile haften Kinder und Enkel und Urenkel und ... für das, was wir heute fabrizieren. Ebenso haften wir BürgerInnen für das, was unsere PolitikerInnen ausfressen. Diese sind entweder nicht zuständig, oder sogenannte Sachzwänge nehmen ihnen angeblich die Handlungsmöglichkeiten. Wie sie selbst nicht müde werden zu beteuern: Sie können nichts tun.

ALSO TUN WIR ES.

Gewaltfrei und mit den Mitteln des zivilen Ungehorsams werden wir dem Castor an den Verbindungslinien ins Wendland (Lüneburg und Uelzen) die ungestörte Fahrt vermiesen.

Wir beginnen schon jetzt mit der
1. AUFFORDERUNG:
"Ehrenwerte Atommafia, sehr geehrte Angestellte und VolksvertreterInnen ! Verlassen Sie den Weg in den Atomstaat ! Transportieren Sie keinen Atommüll !"

Da wir nicht davon ausgehen, daß sie unserem weisen Rat folgen werden, fangen wir jetzt an, neue MitstreiterInnen zu finden und eine immer größere Öffentlichkeit auf unsere Seite zu bekommen. Seit bestehen des Atomprogramms ist eine deutliche Mehrheit in diesem Land gegen Atomkraft. Wir werden sie in den nächsten Wochen und Monaten immer wieder daran erinnern, daß sie nicht im Konsens mit uns handeln, sondern gegen unseren erklärten Willen.

WIR RUFEN ALLE AUF, DIE GEGEN ATOMKRAFT SIND, DIES IN IHREM STIL DEUTLICH ZU MACHEN. DER WIDERSTAND HAT VIELE FARBEN UND FORMEN; UND ALLE AKTIONEN, DIE KEINE MENSCHEN GEFÄHRDEN, SIND WILLKOMMEN, WICHTIG UND NOTWENDIG, UM DIESEN WAHNSINN ZU STOPPEN.

Sollten sich unsere VertreterInnen ein weiteres Mal unserem Willen und damit ihrer Aufgabe widersetzen und unser Leben und unsere Gesundheit mißachten und sollte bekannt werden, daß sie einen weiteren Castor-Transport schikken wollen, folgt von uns die
2. AUFFORDERUNG :
"Planen Sie keinen weiteren Castor-Transport, sondern verlassen Sie diesen Irrweg und bewegen Sie sich in Richtung Zukunft !"

Sollten PolitikerInnen und BetreiberInnen dieser Aufforderung ebenfalls nicht nachkommen, startet
AM FREITAG VOR DEM ANGEKÜNDIGTEN TRANSPORTTAG AB 16 UHR VOM LÜNEBURGER MARKTPLATZ AUS DIE AKTION "UNFAßBAR": Im Mittelpunkt steht die Anti-AKW-Stadtralley, mit Aktion, Theater, Spiel, Spaß und Spannung. Bringt Fässer, Ideen und Tatkraft mit. Lüneburg soll an diesem Tag, gemeinsam mit den Städten Uelzen, Salzwedel und Dömitz, Aktionsort für die hoffentlich vielen, vielen widerständigen Anreisenden und Einheimischen sein.

AM SAMSTAG RUFEN WIR ALLE AUF MIT UNS ZUSAMMEN DEM AUFRUF DER FREIEN REPUBLIK WENDLAND ZU FOLGEN UND ZUR DEMONSTRATION NACH DANNENBERG ZU FAHREN. Treffpunkt ist der Lüneburger Bahnhof um 10 Uhr, Beginn der Kundgebung in Dannenberg ist um 12 Uhr. Anschließend nehmen wir auch Auswärtige gerne wieder mit zurück um sich an folgenden Aktionen

in Lüneburg zu beteiligen:

AM SONNTAG MORGEN TREFFEN WIR UNS UM 10 UHR ZUM FRÜHSTÜCK WIEDER AUF DEM LÜNEBURGER MARKTPLATZ, UM ANSCHLIEßEND IN EINEM DEMONSTRATIONSZUG DURCH DIE STADT ZUM BAHNHOF ZU GEHEN UND VON DIESEM ZEITPUNKT AN DEN BAHNHOF ZU UNSEREM STÄNDIGEN AUFENTHALTSORT UND TREFFPUNKT ZU MACHEN.

(Bis der Castor kommt oder abgesagt wird.) Hier können Informationen ausgetauscht und so verbreitet werden. Leute können sich finden und Aktionen überlegen oder für überlegte Aktionen Leute finden. Wenn wir nicht daran gehindert werden, werden wir dort mit möglichst vielen Menschen übernachten oder uns spätestens jeden Morgen (um 10 Uhr) zum Frühstück dort treffen. (Bringt Brötchen und mehr !) In der Innenstadt kann ständig auf unseren Treffpunkt am Bahnhof aufmerksam gemacht werden und gegebenenfalls das dort stattfindende Kulturprogramm bekanntgegeben werden. Welche Band, welcheR SchauspielerIn, KabarettistIn, welcheR DichterIn sieht dies als reizvolle Aufgabe ? Wer kennt tolle Spiele für Kinder und deren Erwachsene ? Was kann man/frau auf diesem Gelände noch so veranstalten, damit Lüneburg nicht wieder wirkt wie im Dornröschenschlaf während 60 km weiter die Polizei den BürgerInnen des Wendlandes den Krieg erklärt ?

Sollten sie trotzdem den Castor auf die Fahrt schicken, kommt von uns die

DRITTE UND LETZTE AUFFORDERUNG:

"Noch haben Sie die Möglichkeit den Transport zu stoppen. Manche Einsicht kommt spät aber doch. Meinen Sie nicht, den "starken Mann" makieren zu müssen. Umso größer Ihr Polizeiaufgebot ist, je höher ist auch der politische Preis und desto größer ist unser Sieg."

SPÄTESTENS IN DEM MOMENT, IN DEM DER CASTOR RAUSFÄHRT, KOMMEN ALLE MITSTREITERiNNEN UND NEUGIERIGE SO SCHNELL WIE MÖGLICH (WIEDER) ZUM BAHNHOF.

Denn zu diesem Zeitpunkt hat die Gegenseite die Eskalation soweit getrieben, daß wir zur Notwehr greifen und dem Castor auf dem Weg ins Wendland (gemeinsam mit den UelzenerInnen) die Tour vermasseln. Dies können wir auf vielfältige Art und jedeR auf ihre/seine Weise tun. Ab diesem Zeitpunkt werden auch entschlossenere Widerstandsformen ihren Platz finden.

NÜTZT JA NIX ! WIR GEHEN (wieder) GEGEN AN .

Auch hierfür ist der Bahnhof unser Treffpunkt. Vielleicht werden wir ja beim nächsten Mal noch mehr als bei dem ersten Castor?! (Achtet auf Termine für Vorbereitungstreffen und evtl. Aktionstrainings !!!)

Wir fordern aber auch alle Menschen auf, die daran nicht teilnehmen wollen, zum Bahnhof zu kommen und ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. Auch für andere Aktionen wird Raum sein, und auch Menschen, die einfach nur beobachten, was dort geschieht, sind wichtig, um mit uns gemeinsam darauf zu achten, daß die Staatsgewalt nicht gewalttätig wird.

Der **LÜNEBURGER BAHNHOF** (sollte dies zu irgendeinem Zeitpunkt nicht möglich sein, der **MARKTPLATZ**) wird Info- und Sammelpunkt bleiben, egal wo der Castor langfährt. Mit unseren direkten Aktionen werden wir dort sein, wo er fährt, und uns ggf. der Uelzener Aktion anschließen oder ins Wendland fahren.

NÜTZT WOHL WAS !!!

INFOTELEFON: 04131/ 4 85 99

Lüneburger Initiativen gegen Atomanlagen (LIgA), c/o Heinrich-Böll-Haus, Katzenstr. 2, 21335 Lüneburg, Ktonr. 100 629 000, BLZ 240 900 41, Volksbank Lüneburg, Kennwort: wegen LIgA"
V.i.S.d.P.: Phil Sand, Im Getriebe 13, 21335 Lüneburg

Kleine Presseschau 3

Wannsee: Anschlag auf Bahn-Oberleitung

BERLIN (Ha). Ein Anschlag hat gestern die Bahnstrecke zwischen Wannsee und Griebnitzsee lahmgelegt. Dem Bundesgrenzschutz zufolge wurde nahe dem Bahnhof Wannsee ein steinbeschwertes Seil über die Oberleitung geworfen. Jedoch entdeckten Eisenbahner das Hindernis noch rechtzeitig. Der Fernverkehr mußte zwischen 14 Uhr 05 und 15 Uhr 14 unterbrochen werden. Nach Jörg Haslinger vom Berliner BGS kommen Kinder oder Atomkraftgegner als Täter in Betracht.

„Castor"-Transport

Kanther fordert mehr Polizei für Gorleben

BONN, 18. April (rtr/dpa). Nach Sabotageakten von Atomkraftgegnern an Bahngleisen im Raum Gorleben hat Bundesinnenminister Manfred Kanther (CDU) eine Verstärkung der Polizei angeordnet. Der Bundesgrenzschutz, der als Bahnpolizei tätig sei, solle Störer konsequent fernhalten und unter Anwendung unmittelbaren Zwangs festnehmen, sagte Kanther am Donnerstag in Bonn.

Rädelsführer sollten verstärkt in Unterbindungsgewahrsam genommen werden. Der Minister sprach von „sogenannten Demonstranten" und „Kriminellen", mit denen die Polizei fertig werden müsse.

Weitere Nachrichten lesen Sie auf Seite 7

In der Nacht zum Donnerstag hatten Gegner der geplanten Atommülltransporte am Bahnhof des niedersächsischen Dannenberg erneut Bahngleise beschädigt. Die Polizei konnte nach eigenen Angaben dieses Mal Brände verhindern. In der Nacht zum Mittwoch waren Polizei und Feuerwehr machtlos gegenüber gewalttätigen Demonstranten gewesen: Sie hinderten die Wehrleute, die Brände zu löschen.

In Hamburg wurden am frühen Donnerstag morgen Fensterscheiben von zwei Kundenzentren der Hamburger Elektrizitätswerke eingeworfen. Die Polizei teilte mit, es seien Flugblätter mit der Aufforderung „Stoppt Castor" gefunden worden.









„Bombe" und Äste

Personenzug beschädigt

jg Dannenberg. Eine Bombe? Diese Frage stellten sich Ostermontag Polizeibeamte, die zu einem Fund nach Braasche gerufen worden waren. Gegen 10 Uhr hatte jemand an der Bahnunterführung einen Feuerlöscher entdeckt, – an ihm befestigt eine Uhr, von der Drähte zum Löscher führten. Auf diesem pappten zwei Aufkleber mit der Aufschrift „Castor-Alarm Tag X", jetzt erst recht." Wie die Polizei gestern mitteilte, untersuchten Delaborierer die „Bombe" und stellten rasch fest, daß es sich um eine Attrappe handelte.

Auch zwei Drohungen sind Ostermontag bei der Polizei eingegangen: Gegen 21.15 und 23 Uhr meldete sich eine anonyme Anruferin und gab Hinweise auf Bomben im Dannenberger Ostbahnhof und am Viadukt bei Pudripp. Beide Örtlichkeiten wurden durchsucht, die Beamten fanden jedoch nichts. Die B 191 mußte für etwa eine Stunde gesperrt werden

Um einen gefährlichen Eingriff in den Bahnverkehr mußte sich die Polizei ebenfalls am Montag kümmern. Bei Leitstade hatte unbekannte Täter einen kleinen Baumstamm und Äste auf die Gleise der Strecke Lüneburg-Dannenberg gelegt. Gegen 21.15 Uhr überfuhr ein Personenzug das Hindernis, wobei das Drehgestell beschädigt wurde. Der Zugführer hatte den Stamm zwar gesehen und sofort eine Schnellbremsung vorgenommen, doch kam die Bahn nicht rechtzeitig zum Stehen. Die Fahrt wurde – mit zehn Minuten Verspätung – fortgesetzt.



Immer wieder

Ausrangiert!

z. B. am 28. April in Gundremmingen

Wir wollen die „Mahnwache Gundremmingen" bei ihrer Schienen-Demo tatkräftig unterstützen.

Da es von Magdeburg – wohin wir am 27. 4. mit Bussen fahren – nur ein Katzensprung nach Bayern ist, könnten wir nach der Tschernobyl-Kundgebung gleich durchstarten.

Wer mitmachen will, melde sich bitte rechtzeitig bei den Ausrangierten, Telefon (0 58 41) 27 42 oder Fax 69 76.

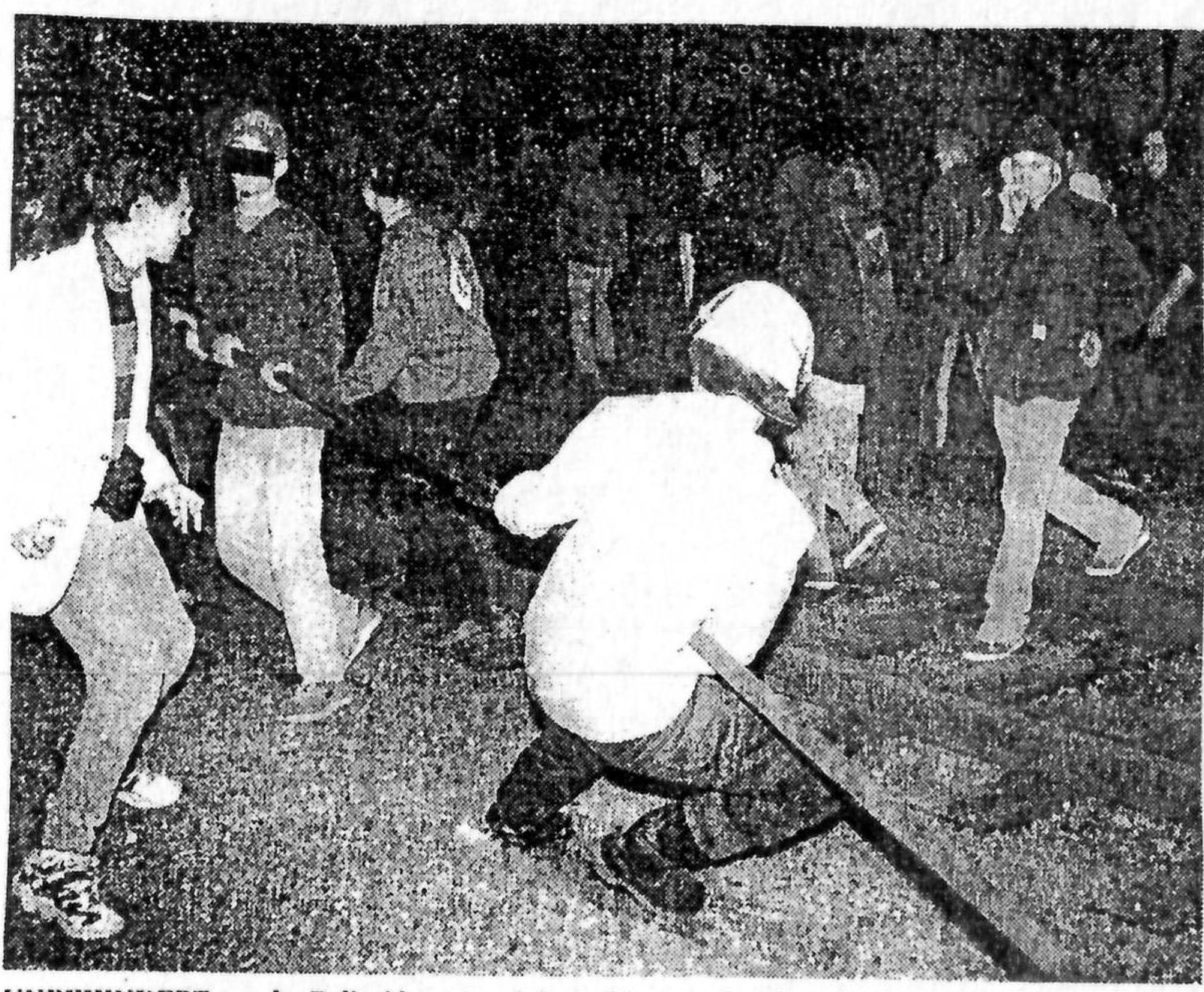
Genaue Zugverbindungen und andere Details werden noch bekanntgemacht.

In turbulenten Zeiten greifen wir auf unsere Kraftreserven zurück – und siehe:

Wir schaffen es!

Die Unbeugsamen
Spendenkonto: K. H. Schmitz, Nr. 2 208 395, KSK Lüchow (BLZ 258 513 35)





UNBEHINDERT von der Polizei konnten sich am Dienstagabend rund 200 Atommüllgegner auf den Gleisanlagen vor dem Castor-Verladebahnhof bei Dannenberg bewegen. Sie entfachten Feuer und unterhöhlten den Gleisstrang. Aufn.: T. Janssen

Donnerstag, 18. April 1996

vg. 14. 4. 96

AUSRANGIERT!!!
Gedächtnisprotokolle von Festnahmen und Polizei-/BGS-Übergriffen an das Institut für Kommunikation und Demontage, Meuchefitz Nr. 11, 29482 Küsten.
Sonderkonto Nr. 2 208 395 KSK Lüchow, BLZ (258 513 35)

Atommüllgegner setzten Aktion „Ausrangiert" fort

„Tauziehen" mit Feuerwehr

tj **Dannenberg.** Anfangs überlegten die rund 200 meist jüngeren Demonstranten, die sich am Dienstagabend in der Nähe des Atommüllverladebahnhofs bei Dannenberg eingefunden hatten, die ins Auge gefaßte Schienendemontage pantomimisch zu symbolisieren. Doch in der Realität hinderten die rund 20 anfangs eingesetzten Polizisten die Demonstranten nicht am Betreten der Gleisanlage. So dauerte es nur wenige Minuten, bevor die ersten Atommüllgegner auf den Transportgleisen saßen, Schotter entfernten und begannen, Holzstücke auf und unter den Gleisen zu häufen und dies in Brand zu setzen.

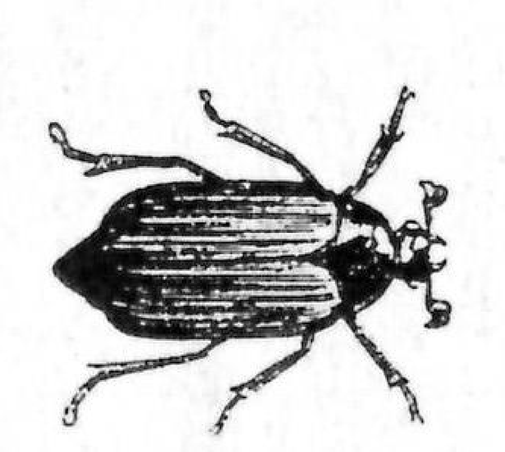
Als die Polizeibeamten in Helm und Schild dann per Megaphon einen Platzverweis aussprachen, quittierten die Demonstranten das mit Lachen und begannen – „Heute machen wir mal einen Kessel" – auf die Beamten zuzulaufen, was diese zum schnellen Rückzug veranlaßte. Ein paar Minuten später traf die Feuerwehr Dannenberg am Castor-Bahnhof ein, der Versuch, die fünf größere Feuer auf dem Atommüllgleis zu löschen, scheiterte mit einer Ausnahme: Die Demonstranten stellten sich zwischen Wehr und Feuer, als die Blauröcke einen handfesten Versuch unternahmen, mit Unterstützung hiesiger Polizeibeamter durch diese Menschenkette zu den Bränden auf den Gleisen zu gelangen, kam es zu kleinen Rangeleien, die in einem „Tauziehen" mit einem Feuerwehrschlauch gipfelten. Nach Polizeiangaben soll gedroht worden sein, den Schlauch zu zerstechen.

Am Rande dieser Szene kam es erneut zur Behinderung journalistischer Arbeit durch die Polizei: Ein Ordnungshüter aus Lüchow-Dannenberg unternahm den Versuch, einem Journalisten mit den Worten „Aufhören, sonst beschlagnahme ich die Kamera" diese zu entreißen – die Absicht scheiterte, auch die Demonstranten protestierten.

Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es nicht, stattdessen sogar zu einigen Gesprächen zwischen Polizei und Atommüll-Gegnern. Versuche einiger Beamter, die Feuer durch Auseinanderziehen der Holzstapel zu löschen, scheiterten: „Schmeiß rein, was du hast", meinte ein Beamter resignierend, als Demonstranten das Holz wieder auf das Feuer warfen. Beim Rückzug berichteten Demonstranten, daß an einer anderen Stelle in der Nähe an einem Gleis gesägt würde.

Davon war bei der Deutschen Bahn bis gestern offenbar nichts bekannt. Sie bezifferte den Schaden auf über 10 000 DM: 36 Schwellen müßten ersetzt, das Gleis neu unterstopft werden. Derzeit sei es nicht befahrbar.

Später, etwa gegen 23.30 Uhr, so teilt die Polizei mit, seien auf den Gleisen im Bereich des Bahnhofs Dannenberg-West die Personalien von fünf Personen festgestellt worden, die zuvor beim Eintreffen der Polizei geflüchtet waren.




DER CASTOR KOMMT

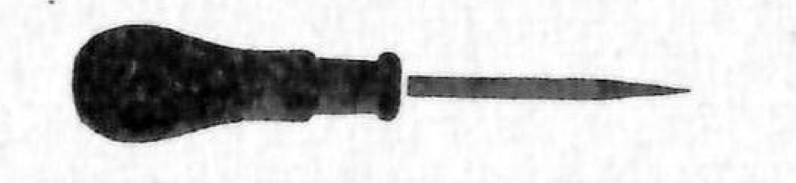
Tag

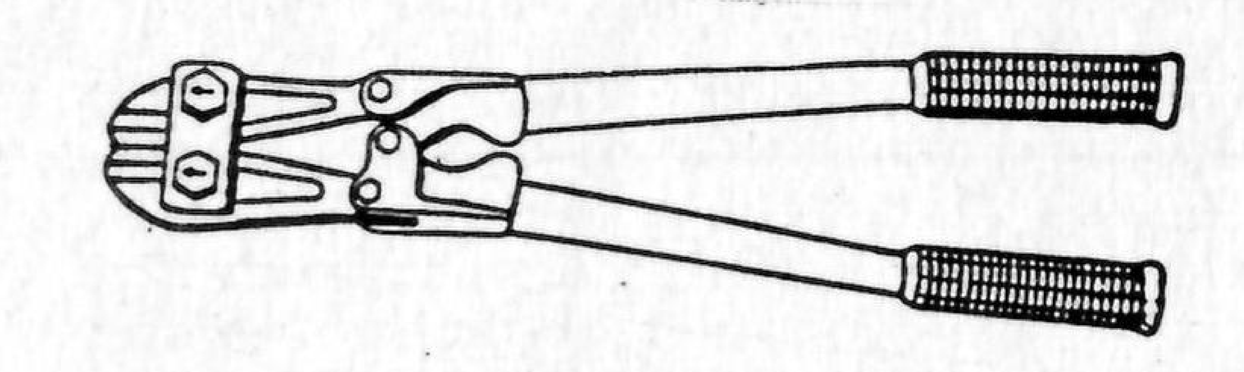
2



Wir auch!


blockieren
demonstrieren
sabotieren
Gorleben
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info



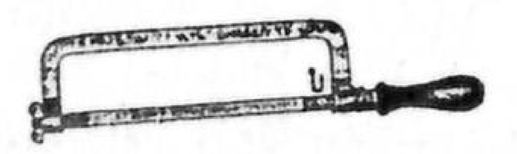


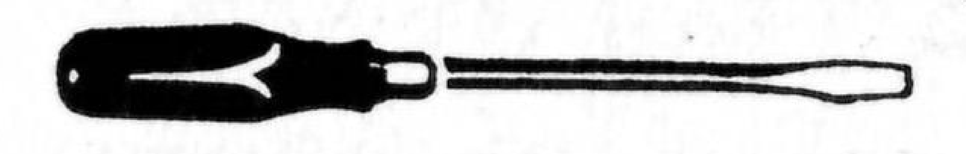
Der Tag X² ist unser Tag

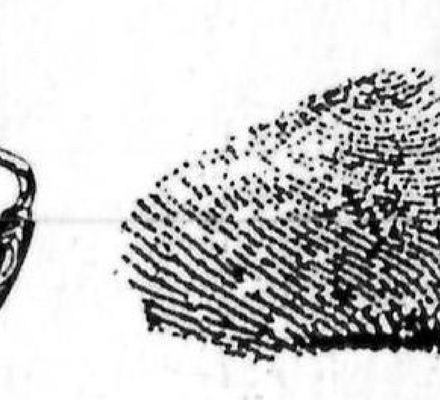
Der letzte Castortransport hat`s uns gezeigt: Eine 30.000 Mann starke Bullenarmee hat gegen den Willen der Bevölkerung und trotz des gewaltlosen Widerstandes den Castor durchgeprügelt. Das Vorgehen der Bullen in Deutschland und Europa gegen gewaltlose DemonstrantInnen wird immer brutaler.
Wir haben es satt, kriminalisiert, zusammengeknüppelt und wie Schlachtvieh weggeschleift zu werden. Wir, Aktive aus verschiedenen Städten, halten die Zeit für reif, eine neue Qualität des politischen Widerstandes zu profilieren.

Zitat (Vorsitzender der Polizeigewerkschaft Deutschlands): „Während des letzten Castortransportes nach Gorleben war durch den massiven Polizeieinsatz die Innere Sicherheit in Deutschland nicht mehr gewährleistet."
Das ist unsere Chance. Wenn die Bullen aus dem Haus sind, tanzen die Mäuse auf dem Tisch! Die Bullen können nur auf den Castortransport oder die Innere Sicherheit aufpassen! Schlagt den Atom- und Bullenstaat, wo ihr Ihn trefft - Chaos in allen Städten!
Ob Demo, Randale oder Anschläge - unserer Phanstasie sind keine Grenzen gesetzt!
Das ist ein Aufruf zur Gewalt! Laßt die Atombonzen, ob in Politik oder Wirtschaft und ihre Schergen vor uns zittern.
Dazu braucht es nur ein wenig Phantasie, kriminelle Energie und ein paar nette Leute...

castorchaos







P.S.: Den Termin des nächsten Catortransportes erfahren wir ja aus der Tagespresse



AusländerInnenGesetz, AsylbeschleunigungsGesetz, BullenÜbergriffe, AsybewerberleistungsGesetz, BehördenSchikane, FreßPakete, KlassenJustiz, Illegalisierungs- und Kriminalisierungskampagnen, Abschiebungen, AbschiebeKnast.
Schließung der Grenzen .... das Faß ist schon längst übergelaufen !

Nicht jammern & picheln ....
.... es gibt Dringendes zu tun !!

Wo ? Friedrich-Krause-Ufer im Wedding:
AusländerBehörde (LandeseinwohnerAmt) und demnächst auch Zentrale Aufnahmestelle für AsylbewerberInnen.

Wir suchen dringend große oder kleine Gruppen oder Einzelpersonen, die sich 1x die Woche (oder 1x in 14 Tagen) an unserem Info-Stand beteiligen. Wir suchen Unterstützung zu den Öffnungszeiten der Behörde, d.h. vormittags - außer mittwochs - ca. 2 Stunden.

Was wird verteilt ?
Allgemeine und spezielle Infos und Warnhinweise zum Umgang mit den Behörden und zum Umgang mit offiziellen Papieren; Adressen von Beratungsstellen, in denen kostenlose Beratung läuft; Tips bei rassistischen oder / und polizeilichen Übergriffen .... und das alles in ca. 25 Sprachen. Außerdem verteilen wir aktuelle Flugis zu Veranstaltungen, Demos; Zeitschriften und Broschüren usw. usw.

Durch frühzeitige Information können viele Gefahren (z.B. Festnahme in der Behörde, Abschiebeknast oder Abschiebung) abgewendet werden.

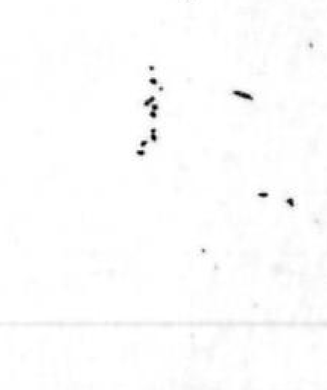
Also Leute, wenn Ihr den Kampf gegen strukturellen Rassismus praktisch unterstützen wollt, dann sorgt dafür, daß die Opfer dieser Gewalt die Möglichkeit bekommen, sich zu wehren.

Fragen ? **Antirassistische Initiative**
785 82 81



08. März 1996

Die Abschottungspolitik der EU und insbesondere der BRD hat vor allem den Effekt, daß hier lebende Migrantinnen illegalisiert werden. Allein in Berlin leben nach offiziellen Schätzungen ca. 100.000 Menschen ohne legalen Status. Illegalisierte Migrantinnen leben hier ausgeschlossen vom sozialen Netz, medizinischer Versorgung und Bildungsmöglichkeiten, sind rechtlosen und oft ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen ausgeliefert und immer mit der Angst konfrontiert, von der Polizei aufgegriffen und abgeschoben zu werden. Unter diesen Bedingungen organisieren sie Tag für Tag ihr Überleben und ihren Widerstand.



Das ♀-♀♀-Bündnis zur Unterstützung illegalisierter Flüchtlingsfrauen und ihrer Kinder arbeitet am Aufbau von Strukturen, die die Privilegien von weißen/dt. Leuten für Migrantinnen nutzbar machen können und eine Umverteilung, wenigstens in Ansätzen ermöglichen. Dazu gehört z.B. Schaffung und Aufspüren von sicheren Verdienstmöglichkeiten, medizinische Versorgung, (Aus-) Bildungsmöglichkeiten, Geld, sichere Unterkünfte/Wohnungen, juristische Unterstützung etc.



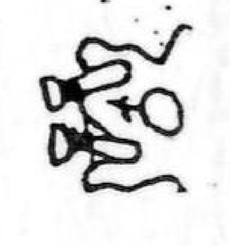
Solidarität muß praktisch werden!!! Dazu sind auch Phantasie und Zivilcourage nötig.

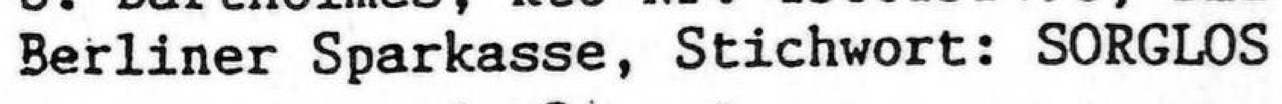
HEILPRAKTIKERINNEN + ÄRZTINNEN!	- behandelt anonym und umsonst!
KRANKENVERSICHERTE!	- gebt eure Kassenkarten weiter!
ERZIEHERINNEN + LEHRERINNEN!	- setzt euch über die deutsche Bürokratie hinweg und betreut und unterrichtet auch illegalisiete Kinder und Erwachsene!
KOLLEKTIVE!	- scheißt auf die Steuerkarte und stellt Illegalisierte ein!
DRUCKERINNEN!	- wir haben schon lange keine gefälschten Dokumente mehr gesehen!
ARBEITGEBERINNEN!	- überlegt, wie ihr sichere, gut bezahlte Arbeitsplätze zur Verfügung stellen könnt!
ANWÄLTINNEN!	- beratet und unterstützt Illegalisierte umsonst und so gut ihr könnt!
STUDENTINNEN!	- kämft für die Anerkennung von Schul- und Studienabschlüssen aus allen Ländern!
ALLE!	- mietet Wohnungen und gebt sie an Illegalisierte; wenn ihr mehr als 1.000,- monatlich habt, verteilt um!



Organisiert euch! Nur wenn viele an diesem Netz mitarbeiten und viele Migrantinnen es nutzen können, wird diese Arbeit einen politischen Effekt haben.

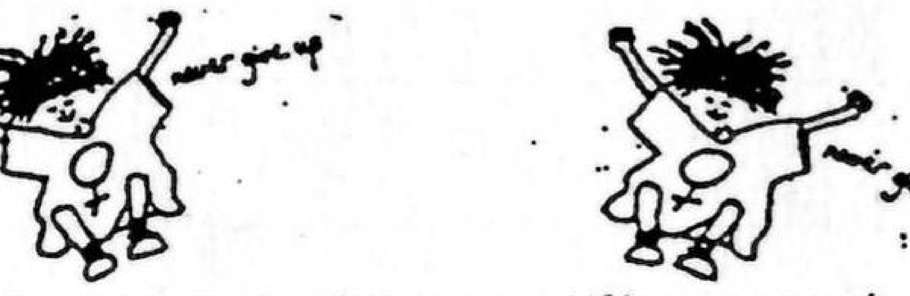
KOMMT HEUTE ABEND INS SO36 AUF DIE SOLIFETE FÜR'S SORGLOSKONTO!





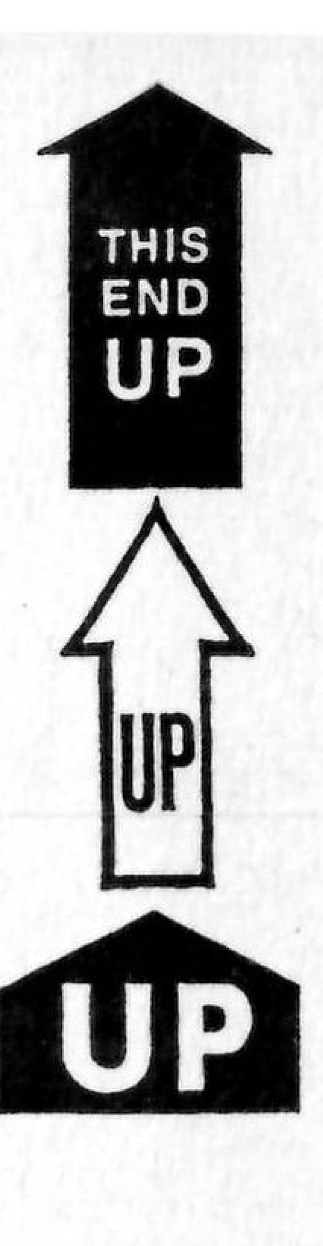
♀-♀♀-Bündnis zur Unterstützung illegalisierter Flüchtlingsfrauen und ihrer Kinder - GRENZEN AUF FÜR ALLE!, c/o Antirassistische Initiative, Berlin
Spendenkonto: S. Bartholmes, Kto-Nr. 1500151498, BLZ 10050000
Berliner Sparkasse, Stichwort: SORGLOS







Thesen zur Volksabstimmung in Berlin + Brandenburg zwecks Länderfusion am 5. Mai 1996



In den letzten Wochen fanden fast alle InhaberInnen deutscher Päße in Berlin die Einladungen zur Volksabstimmung in ihren Briefkästen; und an den WG-Tischen entwickelten sich zaghaft Diskussionen, zu was mensch sich denn da nun wieder verhalten soll. Im Folgenden einige Gedanken zum Thema:



1. Mit der geplanten Fusion sollen Verwaltungsreformen auf zwei Ebenen durchgezogen werden: auf Landes- und auf Bezirksebene. Getragen von einer sich neu formierenden Technokratenschicht, die den Ausbau Berlins zur Haupt- und Weltstadt im Blick haben, dient die Verwaltungsreform auf Landesebene nur dazu, den Apparat für „ihre" Investoren und Kapitalisten zu effektivieren und Hemmnisse im Apparat abzubauen. Auf längere Sicht betrachtet geht es darum, die alte westberliner Baumafia von den Fleischtrögen der Macht zu vertreiben und nun die „neuen" Seilschaften (repräsentiert z.B. von Daimler-Benz und Sony) ranzulassen. Deshalb unternimmt der rechte CDU-Flügel (Landowsky, u. a.) auch indirekt alles, um die Fusion nicht zustande kommen zu lassen, obwohl sie vordergründig ihr zustimmen. Dasselbe gilt für die Reform der Bezirke. Aus dem Blickwinkel der Zentren der Macht betrachtet, haben die Berliner Bezirke immer noch viel zu viel Macht und können gegensteuern; diese soll durch die Zusammenlegung von Bezirken (z.B. Tiergarten und Mitte oder Kreuzberg und Friedrichshain) weiter beschnitten werden. Außerdem werden damit die eingespielten lokalen Bürokratien aufgemischt, die wie jede Bürokratie die Tendenz haben, sich mittels eines „Leben und Leben lassen" mit der Bevölkerung zu arrangieren. Sogenannte „neue Besen" werden dann z.B. gegen die **relativen** Privilegien Kreuzberger SozialhilfeempfängerInnen vorgehen. Auch könnten so CDU und SPD auf der verwaltungstechnischen Ebene Grüne/B'90 bzw. PDS BürgermeisterInnen verhindern.



2. Genauso wie sich der deutsche Nationalismus erst richtig entfalten konnte, als BRD und DDR zusammen kamen, fehlt zur Zeit dem preußischen Geist ein Ort. Berlin bzw. Brandenburg allein ist jeweils zuwenig, aber vereint dauert es keine fünf Jahre, bis wir hier mit einer Preussenrenaissance ganz anderen Ausmaßes konfrontiert wären. Und die Pläne gehen noch weiter: am Freitag, den 12.1.96 spricht sich der konservative Verleger Jost Siedler im Tagesspiegel für eine Zusammenlegung von Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Berlin-Brandenburg zu einem großen und mächtigen Bundesland aus. Auch in der taz vom 13.1.96 werden solche Pläne zitiert. Diese Pläne laufen langfristig auf eine Zerschlagung der förderalen Strukturen der BRD hinaus, um Herrschaftshemmnisse und Reibungsverluste vor allem durch den Bundesrat und die Bundesländer (z.B. Kultur-und Polizeihoheit der Länder) abzubauen.



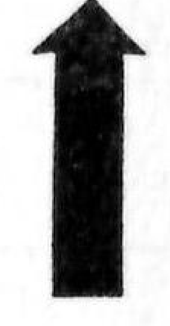
3. Den Menschen unten nützt es meistens mehr, wenn in ihrer Nähe zwei Verwaltungen in Konkurrenz zu einander stehen. Dies ermöglicht immer wieder ein (minimales) Ausspielen gegeneinander. Welchen Druck zu sozialen Kompromissen allein der soziale Anspruch der DDR auf die Eliten der BRD ausgeübt hat, erleben wir seit dem Wegfall der DDR. Übt nicht die Brandenburger Verfassung (mit ihren nicht nur ideellen Rechten) einen ähnlichen (minimalen) Druck auf Berlin aus?



4. Bei einer Vereinigung bekommen nicht wir BerlinerInnen die Brandenburger Verfassung, sondern der bereits ausgehandelte Kompromiß ist die bei den Abgeordnetenhauswahlen am 22. Okt. verabschiedete überarbeitete Berliner Verfassung (wieder nur mit ideellen, aber nicht materiellen sozialen Rechten). Gleichzeitig sollte aber auch nicht übersehen werden, daß das neue Brandenburger Polizeigesetz um einiges härter ist als das Berliner ASOG.



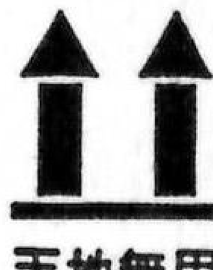
5. Es gibt berechtigte Hoffnungen, daß der Fusionsvertrag im Land Brandenburg keine Mehrheit findet. In den zehn um Berlin gelegenen Städten bildete sich in den letzten Jahren ein neues Bürgertum mit einer relativ gleichberechtigten internen Struktur heraus. Dieses Bürgertum ist zumindest in den hiesigen Relationen das "Fortschrittlichere", da es relativ stärker als in anderen Bundesländern von moderaten (SPD) oder echten (PDS) sozialdemokratischen Ideen geprägt ist (siehe z.B. den Streit um LER und Religionsunterricht an Schulen). Diese neuen städtischen Bürgerschichten würden bei einer Fusion mit Berlin zu Satelliten von Berlin degradiert, da sie den Ort ihrer Macht, das „Land Brandenburg" verlieren würden.



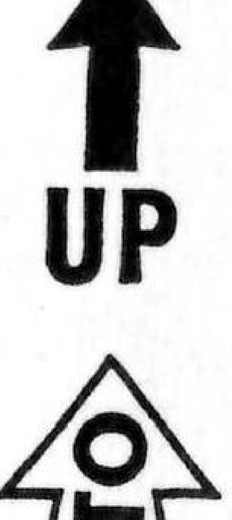
6. Auch in Berlin hält sich die Zustimmung sehr in Grenzen; inzwischen bei knapp unter 50%. Doch viele Menschen haben im Augenblick das Bedürfnis, der großen Koalition in Berlin mal so richtig eins vor den Karren zu fahren, ohne daß es sie einen richtigen Preis kostet. Deshalb werden viele Zuhause bleiben (die Herrschenden brauchen mindestens 25% „Ja"-Stimmen bezogen auf alle Wahlberechtigten) oder gar mit „Nein" stimmen.



7. Bleibt die Frage, was dies nun für uns bedeutet? Insbesondere die mit dem Länderfusionsvertrag verknüpfte Bezirksreform in Berlin gilt es zu verhindern, da hier reale (Gegen-)machtpositionen gekippt werden sollen. Deshalb, und wegen der weiteren oben aufgeführten Punkte, würde ich allen ein „Nein" empfehlen. Aber auch einfach nicht hingehen finde ich diesmal nicht falsch, da wegen des Quorums von 25% aller Wahlberechtigten selbst 52% Zustimmung bei 45% Wahlbeteiligung ein „Nein" bedeutet.

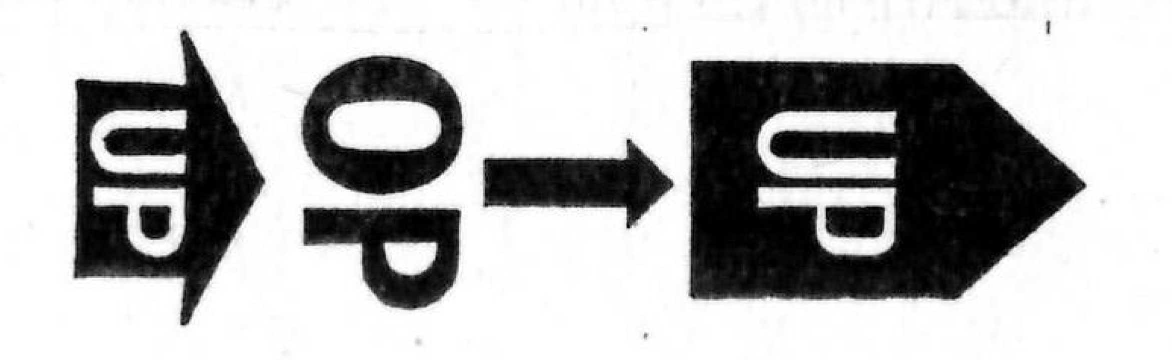


Hugo Häberle, im April 1996









Was Sie schon immer über Sex wissen wollten...

(Teil 1 einer Trilogie)

In dieser Trilogie geht es um die Auseinandersetzung der radikalen Linken mit Sexualität. Anhand der aktuellen Arranca! mit ihrem Schwerpunkt SEXualmoralischer Verdrängungszusammenhang will ich diese Debatte dokumentieren, ergänzen, diskutieren. Der vorliegende Teil 1 ist von Zettelknechts Artikel: "Die Linke und die sexuelle Revolution" inspiriert. Teil 2 + 3 folgen in den nächsten Interim-Ausgaben, (sofern sie veröffentlicht werden).
Die Arranca! hat sicherlich viel zur linken Diskussion beigetragen und sie bereichert. Meine Kritik soll daher solidarisch gemeint sein und richtet sich nicht gegen Fels/Arranca! als solche. So finde ich es lobenswert, daß sich Fels mit ihrer Ausgabe auf das Glatteis begeben, um über Sexualität zu diskutieren.

Seit nunmehr 8 Ausgaben kennen wir sie, das Stiefkind der autonomen Szene: die Arranca!. Einst mit dem Anspruch, sich von autonomer Politik zu lösen und auf anderen Pfaden für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu kämpfen hat die Gruppe Fels ("Für eine linke Strömung") diese schön gelayoutete, 3-monatige Zeitschrift ins Leben gerufen. Spätestens mit ihrer Austrittserklärung aus der AAB/0 ist denn auch klarer geworden, daß ihnen die inhaltliche Auseinandersetzung mehr am Herzen liegt, als der Organisationsfetischismus, der ihnen immer wieder vorgeworfen wurde.
Mit ihrer neuesten Arranca!- Ausgabe will Fels linke Tabus zum Thema Sexualität brechen. In ihrem Vorwort schreiben die HerausgeberInnen, sie finden

> *"solche Diskussionen, wie sie in den autonomen und linksradikalen Publikationen ausführlich geführt werden, zwar notwendig, aber die Gewichtung erscheint uns trotzdem seltsam. Wer die Debatten verfolgt, kann den Eindruck gewinnen, der radikalen Linken gehe es vor allem um die Durchsetzung moralischer Tabus und nicht etwa um ein lustvolles, sexuelles Leben."*

Damit gebe ich ihnen einerseits Recht - andererseits kommen sie selber nicht umhin, die Gradwanderung zwischen "freier Liebe" und Doppelmoral zu umgehen.

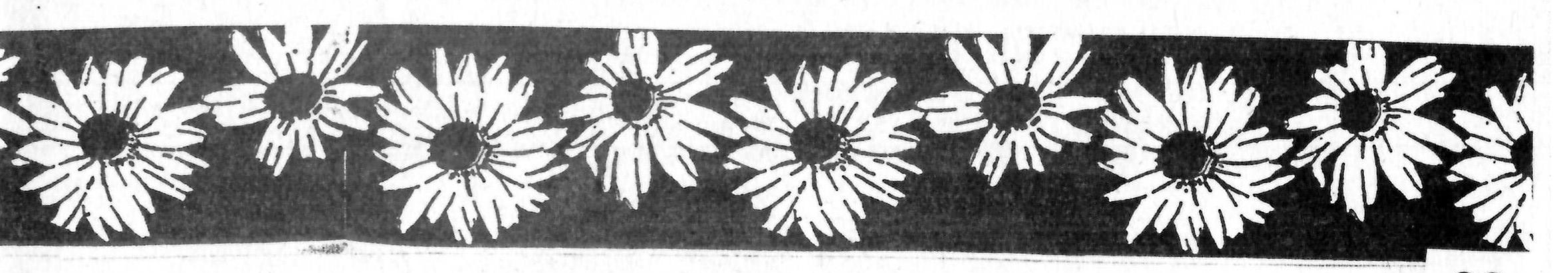
Arrancas! Schwerpunktthema beginnt mit dem Artikel "Die Linke und die sexuelle Revolution". Der Autor Zettelknecht will hiermit einen Überblick über die linke Auseinandersetzung mit dem Thema Sexualität bieten, wie er schreibt.
In seinem Streifzug über die "Ursprünge der Sexualunterdrückung" durchquert er die Geschichte linker Auseinandersetzungen zum Thema Sexualität von Engels, über Reich bis zur Frankfurter Schule, fügt dem noch eine kurze Betrachtung der historischen-kirchlichen Sexualmoral an und streift die feministische Diskussion. Soweit handelt es sich sicherlich um sehr interessante Ausführungen. Doch dem, was er sich vorgenommen hat (die linke Diskussion historisch zu untersuchen), wird er kaum gerecht, da seine Betrachtungsweise einseitig auf das marxistische Spektrum beschränkt bleibt.
Schade finde ich es, daß sich Zettelknecht nicht auf die autonomen Auseinandersetzungen zu dem Thema bezieht. Hier gab es sowohl in der Radikal wie auch in der Interim durchaus spannende Diskussionen, die auch über das Moralinsaure hinausgingen. Zu nennen wären hier die "Kirschkerndiskussion" und die "Jenseits von Eden-Diskussion" in den Interims der letzten Jahre oder beispielsweise die entsprechenden Artikel im Männerrundbrief, in der Radikal z.B. Nr.138, Nr.147, Nr.149. Diese sind schließlich ein Bestandteil der gemischten linksradikalen Geschichte. Doch das scheint wohl trotz der Solidaritätsbekundung zur Radikal eine rudimentäre Trotzhaltung aus alten Tagen zu sein... (Aber dazu noch am Ende dieser Trilogie)
Anarchistische Geschichtsschreibung, im Guten wie im Ärgerlichen, als wesentlicher Bestandteil linker Erfahrungen blendet Zettelknecht vollends aus. Der Ergänzung halber will ich hierzu einen groben Überblick geben.
Weiterhin möchte ich an drei Punkten anknüpfen, die Zettelknecht über die Thematisierung von Sexualität in der (radikalen) Linken einwirft: Der erste Punkt bezieht sich auf Foucaults Ansatz über die "Unterdrückung der Sexualität", die zweite Überlegung beinhaltet die Schwierigkeit ihres Diskurses und drittens dabei der Umgang mit Pornographie, die ich aber nur kurz thematisiere.

ANARCHISMUS UND "FREIE LIEBE"

Anarchismus und "freie Liebe" ist ein Thema, das - wie soll es anders gewesen sein - vor allem von Frauen thematisiert wurde/wird. Leider gibt es zu den Auseinandersetzungen wenig Schriftliches. Einiges über die anarchistischen Vorstellungen von "freier Liebe" möchte ich kurz darstellen.
Die Diskussion um die "freie Liebe" war in der anarchistischen Bewegung ein zentraler Punkt. Ein Gedicht vom anarchistischen Autor John Henry Mackay (der schrieb auch 1891 das Buch "Die Anarchisten") aus dem Jahr 1911 dokumentiert den Wunsch nach einer - jedoch einseitig heterosexuell ausgerichteten - "freien Liebe":

> "Frei sei die Liebe! Keine Kette binde
> Die Hände, die der freie Wille fügt!
> Vielleicht, daß einst das Auge dir, das blinde,
> Die Wahl des ersten, heißen Fühlens rügt.
>
> Dann sollst Du frei sein! Kommen soll und gehen
> Der Mann zum Weibe, und das Weib zum Mann,
> So frei wie droben frei die Winde wehen!
> Frei sei die Liebe - Wahrlich erst dann:
>
> Dürft Ihr von Liebe sprechen, Sittenwächter,
> Die Ihr uns unser Liebesglück nicht gönnt,
> Und - echter Lebensluft arme Verächter -
> zu tadeln wagt, was nicht verstehen Ihr könnt.
>
> Hinweg mit Euch! - gezählt sind Eure Tage.
> Natur, die Starke, ist in uns erwacht,
> Und sie zermalmt mit einem Flügelschlage
> Gesetze, Sitten, euch und Eure Macht!"

Was auch immer mit "frei" gemeint war, so richtete sich dieser Begriff gegen die damalige Sexualmoral und ihre Institutionen, d.h. speziell gegen die "äußere Unfreiheit". Wenn nur die äußeren Ketten der Liebe gesprengt werden würden, dann käme die "wahre", "natürliche" Liebe zum Vorschein, die selbstverständlich all das Gute, Herrschaftsfreie umfaßt... oder?! Abgesehen von der Bezeichnung "Weib" für Frauen waren diese Verse für die damalige Zeit wahrscheinlich sehr progressiv und provokant, eben revolutionär. Sie ermöglichten eine Auseinandersetzung, die mit Unterbrechungen heute fortgesetzt wird. (Sicherlich könnte dieses Gedicht zu heutiger Zeit geschrieben genausogut eine Antwort der rechten "Wildmen"-Bewegung auf das puritanische Nordamerika sein.)
Doch nun zurück zur Geschichte.
Die Ursprünge anarchistischer Literatur reichen wohl auf William Goldwin (1756-1836) zurück. Der lehnt die Institution Ehe als das schlimmste aller Monopole ab, die jene männliche Selbstsüchtigkeit fördert, eine Frau für sich besitzen zu wollen. Das war im puritanischen England mehr Utopie als Realität für ihn, zumal er Englands erste Frauenrechtlerin Mary Wollstonecraft heiratete, nachdem sie ein Kind von ihm erwartete.
Die Tatsache, wer nun der Vater eines Kindes ist, hält Goldwin für ebenso unwichtig, wie den Familiennamen. Jedoch bleibt die Kindeserziehung Sache der Frau. In einer "freien" (heterosexuellen) Liebesbeziehung spielt für Goldwin Sex eine untergeordnete Rolle als die tiefe Freundschaft.
Den Höhepunkt frauenverachtender anarchistischer Literatur bildet sicherlich Proudhons peinliches, sexistisches Buch "Von der Anarchie zur Pornokratie". Dieses war ursprünglich als Erwiderung auf die Attacken zweier Schriftstellerinnen geplant, die seine krasse Haltung bezüglich der Frauenfrage in seinem Hauptwerk "De la Justice" kritisierten. Darin setzt er jegliche (sexuelle) Emanzipationsbestrebungen von Frauen mit "Hurerei" (die er ebenfalls viktorianisch kritisiert) gleich.
"Anarchistische Köpfe" wie Peter Kropotkin (1842-1921) hingegen vernachlässigen das Thema "freie Liebe" oder Sexualität weitgehend. So bringt es Kropotkin fertig, in seiner fast 600 Seiten umfassenden Autobiographie nicht auf "seine" Ehe bzw. Ehefrau Sophie einzugehen, geschweige denn über seine Vorstellung von Sexualität zu schreiben!! Frauenbefreiung verknüpft er mit der Modernisierung der Küchengeräte, selbst wenn für ihn das Prinzip der Gleichheit in der Ehe zentral sein soll.



Neben den "Köpfen" wurde die damalige, heterosexuell dominierte Auseinandersetzung um "freie Liebe" auch von eher unbekannten AkteurInnen des Anarchismus geführt. Beispielhaft hierfür ist die Diskussion zwischen Victor Yarros und Sarah E. Holmes (dieselben: "Die Frauenfrage", Treptow b. Berlin: 1914), die jeweils zwei "extreme" Positionen vertreten haben. Victor Yarros ist der Meinung, daß die Frau von "Natur her" dem Mann gegenüber benachteiligt ist, da sie im Falle des Schwangerseins und der Mutterschaft "ihre Unabhängigkeit verliert". Die gesetzliche Ehe töte jede Liebe ab, während die "freie Ehe" zwangsläufig zur "wahren Liebe" führe.

"Die Frau emanzipieren heißt, sie von der entwürdigenden Arbeit in der Küche und Waschküche zu befreien, es heißt, die Dinge dergestalt einzurichten, daß es ihr möglich ist, ihre Kinder zu nähren und großzuziehen, falls ihr das richtig erscheint, und ihr dabei genügend Mußezeit für Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bleibt." (Kropotkin)

Sarah Holmes entgegnet Yarros, daß sie seine Ehekonzeption ablehnt und die unterschiedlichsten Methoden der Verhütung, die Einschränkung der sexuellen Betätigung und die verstärkte Sexualaufklärung fordert. Der Kinderwunsch müsse nicht zwangsläufig zur Abhängigkeit führen, wenn es eine gemeinschaftliche Kindeserziehung gebe.
Der Gedanke der Verhütung wurde auch schon vom anarchistischen Arzt Fritz Brubacher formuliert: er schrieb ein Buch über Verhütungsmethoden (1909). Damit erhoffte er sich einen bewußteren Umgang mit Sex, der konsequenterweise die Rolle der Frau in der Beziehung aufwerten sollte.
Doch nun weiter mit den "Köpfen":
Erich Mühsam (1878-1934) beschreibt im "Versuch über die Befreiung" die Kleinfamilie als Keimzelle des Staates, die Eifersucht als eine zwanghafte Form von Besitzdenken und die freie Vereinbarung zwischen den Menschen als Grundlage jeder (Liebes-) Beziehung.
In der von Mühsam herausgegebenen Zeitschrift Fanal (August 1930) schreibt ein Fritz Müller:
"Ein wichtiges Kapitel ist auch die Geschlechtsmoral! Anarchisten, all Euer Gerede von Freiheit, gar von Körperfreiheit, wird eine banale Lächerlichkeit, wenn Ihr auf Eure Frauen eifersüchtig seid, wenn Ihr bei der Frau den Hauptwert darauf legt, daß sie Euer sei, Euch gehöre! Wo bleiben da Eure Grundsätze von Freiheit und Selbstbestimmungsrecht? Wo sind da die donnernden Worte gegen Tyrannentum? (...) Gerade im eigenen Heim müssen wir die Freiheit aufbauen und die Ungleichheit einreißen, wo sie noch steht."

Von den wenigen Frauen, die viel veröffentlichten, ist Emma Goldmann (1869-1940) sicherlich die bekannteste. Sie lehnt die Ehe und die Eifersucht radikal ab und postuliert die "freie Liebe". Letztere könne aber nur "von sich aus frei sein". Jedoch ist das Verlangen nach Mutterschaft Goldmann zufolge angeboren.
Voltairine de Cleyre (1866-1911), über die Goldmann eine Biographie schrieb, kann als eine weitere wichtige Frau der anarchistischen Geschichte gesehen werden. Ihr wird nachgesagt, die Begründerin des Anarchafeminismus zu sein. Sie forderte die Frauen auf, sich nicht nur von der Ehe loszusagen, sondern auch die emotionale Unabhängigkeit von den Männern anzustreben. Die Freiheit der Frauen könnten nur diese sich erkämpfen, da die Männer sie ihnen nicht zugestehen würden, so de Cleyre. Dabei gelte für die Frauen: "Better the war of freedom than the peace of slavery." In der Verweigerung der Frau liegt nach de Cleyre die größtmögliche Chance der Verwirklichung ihrer Befreiung vom traditionellen Rollenverständnis. Auch die Form eines auch nur familienähnlichen Zusammenlebens lehnt sie ab.
Weiterhin gab es zu dieser Zeit eine Vielzahl von anderen Frauen in der anarchistischen Bewegung, die gegen die herrschende Sexualpolitik mit der Institution Familie gekämpft haben. Um nur einige von ihnen zu nennen: Florence Finch Kelly (1858-1939), Helena Born (1860-1901), Mollie Steimer (1897-1980) oder Milly Witkop.

In dieser Tradition sehen sich auch die Anarchafeministinnen, die heute eine Verknüpfung eines radikalen Feminismus mit dem Anarchismus anstreben. Ihre Vorstellungen beinhalten sowohl die gleichgeschlechtliche wie auch die heterosexuelle Beziehung.
Doch an dieser Stelle schließe ich meinen Exkurs über die "freie Liebe" im Anarchismus. Über Anarchafeminismus, die Rolle der Sexualität im Spanischen BürgerInnenkrieg, der Russischen Revolution (mit Kronstadt, Machnobewegung, etc.) und den zahlreichen, weltweiten anarchistischen Kommuneansätzen seit Mitte des 19. Jahrhunderts will ich keine kurzen Abhandlungen schreiben, da jedes Ereignis und jedes Thema für sich genommen einen viel zu komplexen Zusammenhang bilden. Die genaue Aufarbeitung dieser Kämpfe bezüglich der Sexualpolitik würde

"Ja, die Anarchisten haben immer von freier Liebe gesprochen. Aber schließlich waren sie Spanier, und es ist komisch, wenn Spanier von so etwas reden. Es paßt gar nicht zu ihrem Temperament. Sie hatten das nur aus ihren Büchern. Die Spanier hatten nie etwas übrig für die Befreiung der Frau. Nicht die Bohne. Ich kenne sie in- und auswendig, und ich sage ihnen: die Vorurteile, die sie störten, sind sie rasch losgeworden, aber die ihnen paßten, haben sie sorgfältig gehütet. Mit Buenaventura habe ich allerdings Glück gehabt. (..) Aber er wußte ja schließlich auch, mit wem er es zu tun hatte!" (Emilienne Morin)



einen sehr umfassenden Einblick in die Thematik bzw. die Geschichte des Widerstands gegen Herrschaft geben.

"Nimm Dir ein Beispiel dran. Wenn meine Frau arbeiten geht, mache ich das Haus sauber, richte die Betten her, koche das Essen. Außerdem bade ich meine Kleine und ziehe sie an. Wenn Du meinst, ein richtiger Anarchist muß in der Kneipe oder im Café herumhocken, während seine Frau arbeitet, dann hast Du immer noch nichts begriffen." (Durruti)

Anhand der anarchistischen Diskussion über "freie Liebe" kristallisiert sich die Bedeutung der patriarchalischen Machtverhältnisse gegenüber der Frauen heraus. Ebenso ist sie, als Kind ihrer Zeit, von herrschenden Moralvorstellungen über die heterosexuelle, fortpflanzende Zweierbeziehung und den traditionellen Geschlechterrollen geprägt. Dieser Auseinandersetzung ist sicherlich zugute zu halten, daß Sexualität -wenn auch im beschränktem Maße- aus dem Privatbereich hervorgeholt und thematisiert wurde. Dabei ist in jedem Fall von Proudhon bis Mühsam und von Goldmann bis zum Anarchafeminismus eine Fortentwicklung dieser Auseinandersetzung zu sehen. Leider kann durch die wenigen schriftlichen Zeugnisse jener Diskussion nur ein kleiner Einblick dessen vermittelt werden, was in zahlreichen Kommunen um die Jahrhundertwende versucht wurde, praktisch umzusetzen. So haben die zahlreichen anarchistischen theoretischen wie praktischen Auseinandersetzungen mit "freier Liebe" verdeutlicht, daß die Geschlechterverhältnisse im Kampf um libertäre Befreiung eine zentrale Bedeutung haben. Die Einflüsse der Frauenbewegung werden, ähnlich wie in der marxistischen Geschichtsschreibung, an vielen Stellen deutlich.

SEXUELLE GRADWANDERUNGEN

Die nun folgenden Ausführungen haben einen mehr theoretischen Charakter, der meines Erachtens für die "nicht-theoretische" Auseinandersetzung von großer Bedeutung ist. Drei Gedanken aus Zettelknechts Artikel will ich diskutieren.

1. Der erste Punkt, den ich anhand Zettelknechts Artikel einwerfen will, ist eine Begriffsklärung.

Der von Foucault übernommene Begriff der Unterdrückung der Sexualität ist irreführend. Was genau wird denn da unterdrückt bzw. gibt es eine wahre Sexualität, die es nur zu entfesseln gilt?

Eine diffuse "sexuelle Befreiung" bringt nicht automatisch eine wunderbare, "befreite", "natürliche" Sexualität zum Vorschein. Das ist sicherlich eine der Lehren, die aus der anarchistischen, antiautoritären Geschichte um "freie Liebe" resümiert werden kann. Was nützt die ganze Diskussion um Sexualität und Macht, wenn letztendlich herauskommt, daß wir zu einer "natürlichen" Sexualität zurückfinden wollen und um deren genauen Beschreibung/Klassifizierung sich gestritten wird?

"Der menschliche Körper ist das mikrokosmische Abbild der Gesellschaft, ihrem Machtzentrum zugewandt und in direkter Proportion zum zu- bzw. abnehmen gesellschaftlichen Druck "sich zunehmend" bzw. "Gehen lassend"." (Mary Douglas zit. in Theweleit. Männerphantasien)

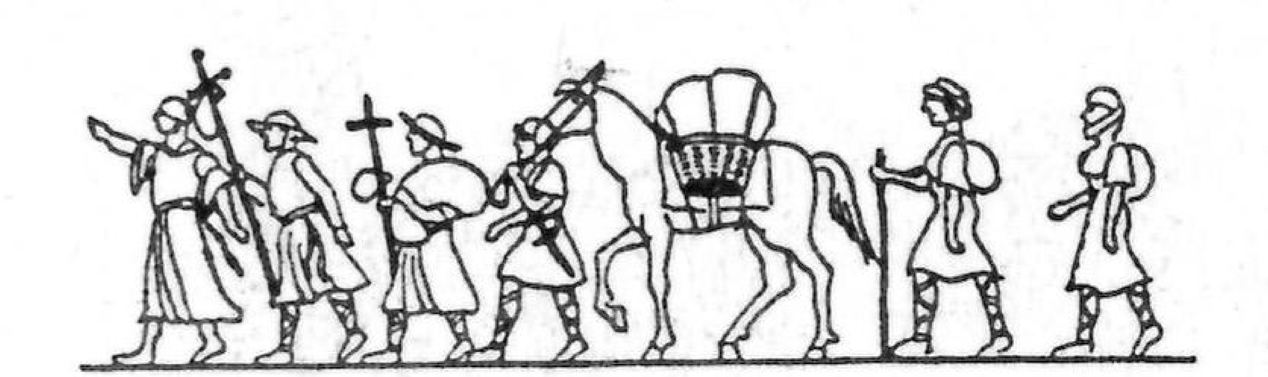
Der "Naturzustand" einer Sexualität, die diffuse menschliche libidinöse Bedürfnisstruktur, insofern davon überhaupt gesprochen werden kann, ist <u>ungeformt</u>. Das heißt, daß unsere anfangs ungeformte Sexualität durch die (machtvolle) Sozialisation geprägt wird. Sie ist zugleich Spiegelbild wie auch Mitproduzentin unserer gesellschaftlichen Umgebung. Von einer "natürlichen", begrifflich vordefinierten Sexualität sprechen nur die Alten + Neuen Rechten. Für die Neue Rechte wird die "instinkthafte, auf Fortpflanzung ausgerichtete" Sexualität von dieser Gesellschaft *entfremdet* und damit *unterdrückt*.

Es gibt also nicht *die* Sexualität, die unterdrückt wird, sondern eine Sexualität, die mehr oder weniger den repressiven Normen unserer Gesellschaft entspricht. Im Falle des Onanieverbotes heißt das, bestimmte sexuelle Praktiken sowie der Diskurs über Sexualität wurden weitgehend unterdrückt. Heutzutage wird Sexualität auf bestimmte Art unter dem Filter herrschender Diskurse öffentlich thematisiert.

2. Das ist auch ein zentrales Moment in Foucaults "Sexualität + Wahrheit". Wie Zettelknecht andeutet, findet nach Foucault die Formung unserer Sexualität *"dadurch statt, daß Sex zum Untersuchungs- und Diskursgegenstand werde. Die Entstehung von Medizin-, Psychatrie- oder Pädagogikfachbereichen, die sich auf das Thema spezialisierten, sei Ausdruck dieser Macht, die Falsches und Richtiges festschreibe."* An dieser Stelle hätte Zettelknecht tiefer in die Thematik eintauchen sollen, um schon unsere bloße Thematisierung von Sexualität klarer als eine Gradwanderung fassen zu können. Foucault stellt in seinem Buch "Sexualität und Wahrheit" die interessante Frage:

(Anmerkung: Diskurs beinhaltet nach Foucault nicht nur die geschriebene und gesprochene Rede, sondern auch die Bedingungen, die uns konstituieren, normieren. D.h., Der Diskurs über Subjekte (z.B. Sexualität) ist für die gelebte und aktuelle Erfahrung eines Menschen konstitutiv, weil er auch die Möglichkeiten artikuliert, in denen sie zum Vorschein kommen.)

"Unterbricht der gegen die Unterdrückung gerichtete kritische Diskurs den Lauf eines bis dahin unangefochtenen funktionierenden Machtmechanismus oder gehört er nicht vielmehr zum selben historischen Netz wie das, was er anklagt (und zweifellos entstellt), indem er es als Unterdrückung bezeichnet?"



Anders gesagt: Wenn wir an dieser Stelle über Sexualität und Herrschaft reden, verleihen wir dadurch der Sexualität die Besonderheit, die wir eigentlich kritisieren wollen. Festigen wir damit die Macht, die sie konstituiert? (Dieser Widerspruch durchzieht im übrigen auch die aktuelle Debatte um Gleichheit und Differenz von "geschlechtlichen" Identitäten.)

Dadurch, daß Sexualität den Status des Besonderen in dieser Gesellschaft hat, wird sie umso leichter in eine Warenform gezwängt. Die Vermarktung von Sex bezieht sich auf eine ambivalente Haltung der KonsumentInnen, die einerseits den diffusen Wunsch nach dem "freien" Ausleben von Sex beinhaltet, andererseits von der Tabuisierung sexueller Praktiken durch den kirchlich-moralischen Diskurs geprägt ist. Das Kokettieren mit dem Tabuisierten, "Verbotenen" gibt der Vermarktung von Sexualität dadurch eine Dynamik, daß sich damit die Energie des Verdrängten nach Freisetzung drängt. Der Anreiz, tabuisierte sexuelle Praktiken durch deren Konsumierung z.B. über Werbung, "erotische" Filmszenen oder ganze Sexfilme ausleben zu dürfen, überschreitet die eigenen und von außen gesetzten Grenzen des Tabus, "Verbots".

Die Subversion, d.h. das Tabu mit anderen "Eingeweihten" zu brechen, vermittelt ein Gefühl von Freiheit, das im Alltag rar geworden ist.

3. Produkte vom Porno bis zum Schokoriegel würden bei weitem keinen so großen Absatz finden, gäbe es nicht die ambivalente halb tabu - halb "freie Liebe"-Einstellung (Doppelmoral) der KonsumentInnen. Die Tabuisierung bestimmter sexueller Praktiken drückt sich vor allem in dem Charakter der Beichte, des Schuldeingeständnisses und der Verdrängung aus. Die Einstellung gegenüber der "freien Liebe", wie sie seit 68 - zuerst von der antiautoritären Linken - verstärkt in der privaten Öffentlichkeit thematisiert wird, beinhaltet all die Wunschvorstellungen, die eigene Sexualität "frei" ausleben zu können.

> "der orgasmus ist aufgebläht worden. er hat die sexualität plattgedrückt. er ist oft das einzige, was von ihr übrig geblieben ist. alles andere wird darüber vergessen, bis hin zur frage, was ein orgasmus eigentlich ist, und welche bedeutung er für die menschliche verständigung haben könnte.
> (Verena Stefan. Häutungen)

Dieses ambivalente Verhältnis zur Sexualität ist mit den patriarchalischen Machtverhältnissen gewachsen und sehr komplex verwoben. Das heißt, daß heute kaum ein Diskurs über Sexualität besteht, der nicht den Wunsch nach "freier Liebe", "Schuldeingeständnisse", die allgemeine sexuelle Verdrängung in den Privatbereich und gleichzeitig die patriarchalischen Machtverhältnisse beinhaltet. Diese Kategorien lassen sich auch problemlos auf viele linksradikale Auseinandersetzungen um Sex anwenden. (So ist beispielsweise in Männergruppen der Beichtcharakter nicht zu übersehen.)

Unter diesem Blickwinkel der genannten Kategorien sollte auch die Pornodebatte geführt werden. Da stimmt es einfach nicht, das Zitat anzuführen, daß die meisten Familienserien im Nachmittagsprogramm sexistischer seien als die meisten Pornos. Daß Pornos, wie Zettelknecht anmerkt, die gesellschaftlichen Geschlechterrollen und damit die sexistischen Machtverhältnisse verfestigen, ist eine Seite. Diese Tatsache trifft gewiß - wenn auch auf andere Weise - auf die meisten Familienserien zu. Doch ging die damalige Pornoauseinandersetzung nicht in erster Linie um die mögliche Verfestigung der Geschlechterrollen, sondern darum, ob Pornographie nun Anleitung zu Vergewaltigung und Mord an Frauen ist oder nicht. So finde ich es zu wenig, wenn Zettelknecht nur fordert, daß sich *"sexuelle Befreiung (..) gegen die Festlegung von uns allen auf Rollen und Identitäten"* richten soll. Die Auflösung der herrschenden Rollen und Identitäten mag in der Konsequenz gedacht ein möglicher Weg gegen Sexismus und Patriarchat sein, aber die alltäglichen und konkreten FrauenLesbenkämpfe gegen patriarchalische Unterdrückung beinhalten weitaus mehr Aspekte; vor allem den der männlichen Gewalt - strukturell wie personell.

> "Bilder sind wahr, führen in die Irre, gestalten sich erst durch die Wahrnehmung, sind Projektionen, sind immer abstrakt, manipulieren, sind unmittelbar, transportieren nicht Beschreibbares - kurz, sie gelten nie absolut, stehen nie für sich, entscheidend ist die ihnen beigemessene Bedeutung."
> Heidrun Uta Ehrhardt in beiträge: Utopie-Richtiges im Falschen?

So zieht mann (Pornos sind meistens für Männer gemacht) sich sein Wissen und sein Umgang mit Sex sicherlich nicht am Freitag nachmittag aus der Familie Feuerstein. "Wie es denn gemacht wird" und welche Rolle Mann und Frau dabei spielen sollen, wird hingegen detailliert und mit viel "Anreiz" im klassischen Porno vorgeführt und beigebracht. In "guten" Pornos gibt es keine Tabus. Genausowenig gibt es die Grenzen, die im alltäglichen Sex immer wieder überschritten werden und somit Vergewaltigungen sind. Pornos sind Lehrfilme, die suggerieren, daß Männer und Frauen "allzeit bereit" sind und daß ein Nein im sexuellen Bereich einfach nicht existiert. Wenn es denn geäußert wird, so heißt das Nein schließendlich doch "Ja". In den meist biederen Familiensendungen hingegen wacht noch hinsichtlich von sexuellen Grenzüberschreitungen eine sich kritisch schimpfende "liberale" Öffentlichkeit mit. Das heißt, es handelt sich hierbei um eine weitaus harmlosere Variante von sexistischem Lehrfilm. Der Begriff Lehrfilm soll nicht heißen, daß Vergewaltigung und Mord an Frauen erst durch Pornos "angezettelt" werden (wäre auch absurd), sondern verstärkende und verfestigende Wirkungen erzielt werden.

Was Sie schon immer über Sex wissen wollten...

Daß bei dem Thema *Gewalt gegen Frauen* nicht gleichzeitig Raum für die (gemischt-geschlechtliche) "lustvolle Auseinandersetzung mit Sex" vorhanden ist, liegt bei aller Spannungsgeladenheit, Verletztheit, Gewalterfahrungen und allem berechtigten Mißtrauen gegenüber "männlicher" Sexualität auf der Hand. Es wäre auch sehr vorschnell, eine "lustvolle" Auseinandersetzung zu beginnen, wenn es noch kaum eine Verarbeitung der gewaltvollen, typisch männlichen Sexualität - vor allem unter uns Männern - gegeben hat. Zu groß sind die Wissenslücken um "männliche" Grenzüberschreitungen beim Sex und zu weit auseinander die unterschiedlichen Ebenen des Miteinander-Kommunizierens.
Die Zielrichtung sollte deshalb die sein, wie sie in der Kirschkerndiskussion in der Interim bereits angedeutet wurde: Nur ausgehend von einer gemeinsamen Patriarchatsanalyse können wir anfangen, eigene Vorstellungen von "gutem" Sex zu entwickeln. So finde ich es auch nicht angebracht, die Ebene der Moral/Ethik, die durch die Sexismus-/Vergewaltigungsdiskussionen geprägt wird, durch die Ebene der "lustvollen Auseinandersetzung" über Sex zu ersetzen. Es geht nicht nur um unsere (gemischtgeschlechtlichen) Utopien um eine - wie auch immer geartete - herrschaftsfreie Sexualität, sondern genauso um "Männerphantasien", "Männersexualität" und FrauenLesbenkämpfe gegen sexistische Unterdrückung.

> Die Hauptfrage der Sexualethik hat sich von den Beziehungen zu Menschen und vom Penetrationsmodell zur Beziehung zu sich selber und zum Erektionsmodell verschoben."
> (Foucault, Von der Freundschaft)

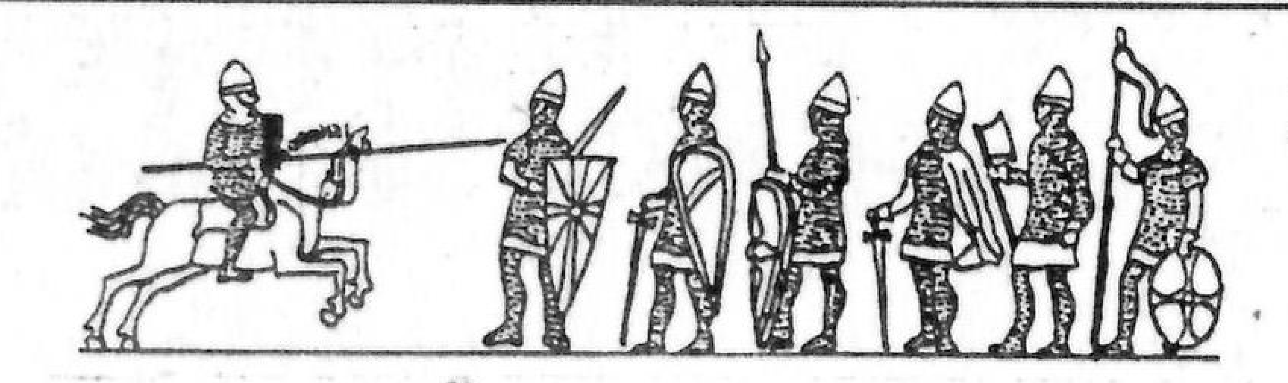
Hinsichtlich anderer, "alternativer" Pornos kann ich nur bemerken, daß es genauso auf die Person ankommt, die ihn konsumiert, wie auf die Gesellschaft, von der sie ausgehen und auf die sich derartige Filme beziehen. Ausgehend von Foucaults Einwand der Thematisierung vom Besonderen (s.o.) eignen wir uns auch hier einen (voyeuristischen) Blick an, Menschen bezüglich ihrer Sexualität, ihren Geschlechtsmerkmalen und dem vorgeführten Schönheitsideal zu klassifizieren. Im Falle der Arranca!-Fotoauswahl zu der aktuellen Ausgabe sollte sich diese Frage auch gestellt werden.
Ob das immer so sein muß oder ob sich ein Pornofilm im Laufe einer gesellschaftlichen Befreiung überflüssig macht, bleibt noch dahingestellt. Jedoch beinhaltet die Diskussion um Pornographie, wie sie ihrerzeit geführt wurde, eine ganze Reihe von Argumentationen, die sich geschickt um die gesamtgesellschaftliche Herrschaftsproblematik herumlavieren. Darin läßt sich auch einiges in Nummerzehns Artikel "Sexuelle Phantasien, Pornographie & Zensur" einordnen, den ich in Teil 2 diskutiere.
Der Schlüssel zur Weiterentwicklung der Sexualitätsdebatte liegt für mich als Mann in der konstruktiven Auseinandersetzung in der Männergruppe. Die begreife ich als unabdingbare Ergänzung zur gemischten Diskussion. Die Lust auf Veränderung und die Hoffnung auf eine andere "befreite" Form der Sexualität zehre ich dabei sicherlich nicht aus einer Beicht- und Bußehaltung. Einerseits ist der Bezug zu antipatriarchalischen FrauenLesben-Kämpfen wichtig, andererseits sollten wir als Männer herausfinden, wo wir stehen und wo wir hinwollen. Ein learning by doing: Selbsterfahrungsansätze zur Selbstveränderung und die politische Auseinandersetzung, um von uns aus den gesellschaftlichen Bezug zu begreifen und praktische Ansätze zu entwickeln.
Ein ausschließlich gemischter Ansatz würde meiner Meinung nach vieles, vor allem Tabuisiertes, Unangenehmes unthematisiert lassen. Da wir aber nunmal in einer gemischten Szene/Gesellschaft leben und gegebenenfalls Hetero-Beziehungen haben, werden diese o.g. Auseinandersetzungen ebenfalls/ausschließlich mehr oder weniger gemischtgeschlechtlich geführt.
Die Frage der Tabuisierung und des Moralinsauren sollte den Gedanken eines anderen Umgangs mit Moral/Ethik beinhalten. Es geht in diesem Fall darum, die Muster, wie wir miteinander kommunizieren auf unsere unterdrückerischen Anteile zu hinterfragen!! Ich will mit einem Zitat von Zettelknecht den Text abschließen:

> "Die neueren Befreiungsbewegungen leiden darunter, daß es ihnen nicht gelingt, ein Prinzip zu finden, auf das sie die Ausarbeitung einer neuen Ethik gründen könnten. Sie brauchen eine Ethik, doch sie finden nichts anderes als eine Ethik, die auf einer vorgeblich wissenschaftlichen Kenntnis des Ich, des Begehrens und des Unbewußten basiert." (Foucault)

"Die Veränderung der Sexualität ist jedoch kein einfaches Hinüberwechseln, sondern ein Prozeß, in dem das Verhalten ständig hinterfragbar ist. Wir sollten sowohl unsere Lust entdecken und darüber reden, als auch unsere Vorstellungen mit ethischen und politischen Maßstäben vergleichen."

Kermit (KM)
(Für eine autonome Strömung!!)

Fortsetzung folgt: Teil2 beschäftigt sich mit Nummerzehns Artikel "Phantasie, Porno & Zensur". U.a. diskutiere ich
Sexualität + gesellschaftskritische Psychoanalyse
Sado-Masochismus
Sexualität + Moral



Keine Redefreiheit für Tötungspropaganda!

Demonstration gegen den Heidelberger Kongreß

Vom 1. bis 5. Mai findet in Heidelberg der internationale Kongreß "Science/Fiction - Fundamentalismus und Beliebigkeit in Wissenschaft und Therapie" statt. Er wird von der internationalen Gesellschaft für systemische Therapie veranstaltet und es werden etwa 1600 TeilnehmerInnen erwartet. Der Kongreß soll Positionen, die unter Begriffen wie "Bio-Ethik" oder Utilitarismus bekannt sind, nun auch TherapeutInnen und SozialpädagogInnen nahebringen. Utilitarismus ist eine Philosophie, die auf einem Kosten-Nutzen-Denken basiert. Beiden Ansätzen geht es darum, Menschen nach verschiedenen Kriterien zu bewerten und dann nach diesen Selektionskriterien für verschiedene Zwecke zur Verfügung zu halten. Die Konsequenz ist, sie zu töten, wenn sie nicht mehr als verwendbar gelten. Der andere Bereich, der eine ebenso große Rolle spielt, ist der Versuch von WissenschaftlerInnen, Gesellschaft mit naturwissenschaftlichen Methoden mathematisch darzustellen, um gesellschaftliche Prozesse vorhersagbar zu machen. Beide Bereiche sollen auf dem Kongreß in Beziehung zueinander gesetzt werden: eine mathematisch berechenbare Gesellschaft und eine Philosophie, die es ermöglicht, Menschen nach bestimmten Kriterien zu selektieren und zu verwerten oder zu vernichten. Wenn man das zusammenfaßt, dann wird damit ein Menschenbild gesellschaftsfähig gemacht, welches wir ablehnen und gegen das wir uns wehren. Der Heidelberger Kongreß ist eine neue Facette in der Umsetzung "bio-ethischer" Inhalte. Daß sich diesmal TherapeutInnen und SozialarbeiterInnen treffen, bedeutet, daß dieses Gedankengut in den ganzen sozialen Bereich hineingetragen werden soll.

Aufsehen erregt hat die Ein- und spätere Ausladung des "Bio-Ethikers" Peter Singer, der mit seinen Vorstellungen zur Bevölkerungspolitik, als Tierschützer und Befürworter der Tötung behinderter Neugeborener bekannt geworden ist. Er ist in Deutschland viel mehr noch als im angelsächsischen Raum oder in Australien, wo er lebt und arbeitet, Symbol für die mit der "Bio-Ethik" und dem Utilitarismus verbundenen Vorstellungen. Seit 1989 ist es uns immer gelungen, seine Auftritte zu verhindern oder sie massiv zu stören, so daß deutlich wurde: seine Denkungsart stößt hier auf Widerstand. Aber auch ohne ihn werden die geplanten Inhalte vertreten und weitergetragen. Denn gleichzeitig sind auf dem Kongreß deutsche "Bio-Ethiker" vertreten, die in ihren Thesen















schon weitergehend argumentieren als Peter Singer dies tut. Nennen wollen wir an dieser Stelle z.B. Norbert Hörster und Dieter Birnbacher, die internationale gesetzliche Regelungen für die "Bio-Ethik" erarbeiten.

Inzwischen gehört das Darstellen von unterschiedlichen Ansätzen und die Einladung von KritikerInnen längst zum Programm der Schaffung gesellschaftlicher Akzeptanz. Es soll der Eindruck entstehen, daß man sich im freien Meinungsaustausch eine Position erarbeiten kann, die allen gerecht wird. Das funktioniert nicht, wenn es um die Selektion von Menschen nach Verwertbarkeitskriterien geht: Ein bißchen Selektion und ein bißchen Töten gibt es nicht. Und genau mit den KritikerInnen, die sie eingeladen haben und dem Recht auf freie Meinungsäußerung argumentieren die VeranstalterInnen dieses Kongresses. Freie Meinungsäußerung wird in diesem Zusammenhang von denen gefordert, die ihre wirklichen Interessen und Meinungen verbergen wollen. Sie lassen andere für sich sprechen. Das Interesse, Menschen zu selektieren, zu vernutzen und eben auch zu töten, soll hinter der "Meinungsfreiheit" verschwinden. Sie wird als Wert an sich gehandelt - das Recht auf Leben hingegen nicht.

Die VeranstalterInnen betrachten unsere gegen ihre Absichten und Ziele gerichtete Demonstration und eine mögliche Verhinderung des Kongresses als Gewalt. Wir meinen, die Gewalt besteht darin, daß wir uns jeden Tag auf den unterschiedlichsten Ebenen von PolitikerInnen, WissenschaftlerInnen und anderen, die den Hebeln der Macht nahe sind, anhören müssen, welche Tötungsstrategien hier entwickelt werden. Das ist Gewalt. Alles was wir dagegen tun, begreifen wir nicht als Gewalt, sondern als Widerstand.

Wir rufen auf zur bundesweiten Demonstration
in Heidelberg
am 1.5.96
um 12.30 Uhr
Kornmarkt

Arbeitskreis gegen Selektion und Bevölkerungspolitik, Hamburg-Bremen
Autonome Antifa Heidelberg

Kontakt: Autonom Leben e.V., Eulenstraße 74, 22763 Hamburg,
fon 040 392555 fax 040 3907078 V.i.S.d.P. H. Witkofski

Protestveranstaltungen:

- *Film: Der Pannwitzblick, 30. April 1996, 20 Uhr, Karlstorbahnhof Heidelberg*
- *Forum gegen die neue Euthanasiedebatte: 1. Mai 1996, 16 bis 20 Uhr, BFW Heidelberg-Wieblingen*
- *Vortrag und Diskussion: AK gegen Selektion und Bevölkerungspolitik Hamburg/Bremen zur Kritk der systematischen Theorie, 2. Mai 1996, 19.30 Uhr, Neue Uni Heidelberg HSI*

LESBENFRAUENVORBEREITUNGSTREFFEN IN BERLIN FÜR DEN BUNDESWEIT ORGANISIERTEN LESBENFRAUENPROZESSTAG IM § 129 A PROZESS GEGEN DIE KURDISCHEN POLITISCHEN GEFANGENEN AZIME, MERYEM UND SAIT AM OLG IN HAMBURG

Am: 6.5.96
Im: Advena, Wienerstr.11 (U-Bahnhof Görlitzer Bhf) Kreuzberg
Um: 20 Uhr

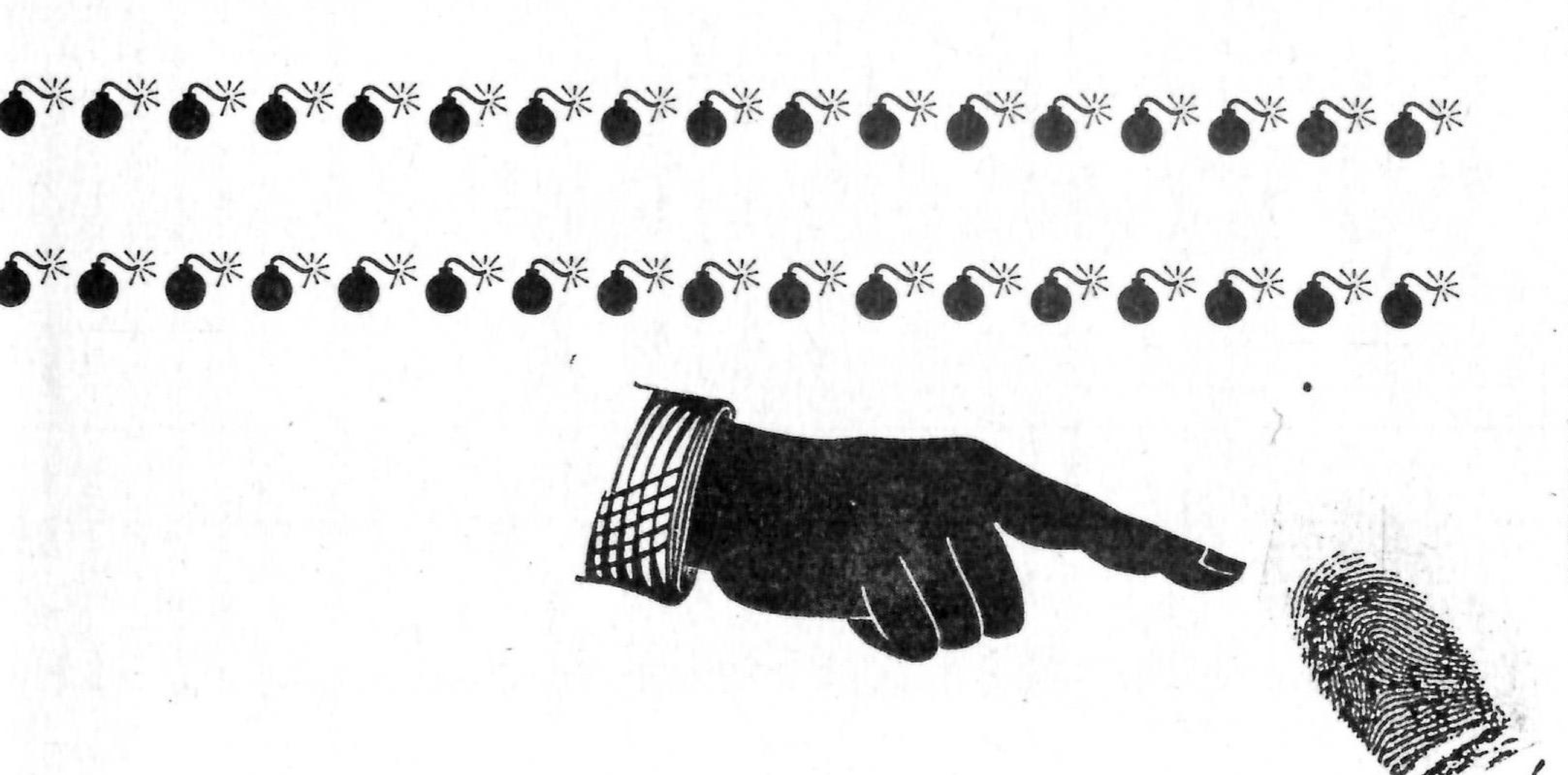
Liebe LesbenFrauen!


Serhildan heißt Volksaufstand

Am Tag vor dem LesbenFrauenprozeßtag am 14.5.96 wird es eine Veranstaltung von internationalistischen Feministinnen in Hamburg geben. Dabei wird es um die Situation und den Kampf der kurdischen politischen gefangenen Frauen, wie z.B. Meryem und Azime hier in der brd gehen und um die gemeinsamen Ziele des Befreiungskampfes der kurdischen Frauen und dem feministischen Befreiungskamof, den wir hier aufbauen und führen.
Am 15.5.95 werden wir gemeinsam als LesbenFrauen den Prozeß, der gegen Azime, Meryem und Sait geführt wird, besuchen. Wir möchten mit vielen LesbenFrauen, auch aus Berlin, daran teilnehmen.
Feministische Solidarität praktisch werden lassen !!


Vereidigung und Verabschiedet von Befeinmskämpfern

HOCH DIE INTERNATIONALE FEMINISTISCHE SOLIDARITÄT !!
SOLIDARITÄT MIT DEM BEFREIUNGSKAMPF DER KURDISCHEN FRRAUEN !!
FREIHEIT JFÜR KURDISTAN, BIJI BIJI YAJK !! (Freihe Traueneinheit Kurdistan)
FREILASSUNG ALLER POLITISCHEN GEFANGENEN FRAUEN UND MÄNNER !!
WEG MIT DEM VERBOT DER PKK !!
FÜR DIE FEMINISTISCHE REVOLUTION WELTWEIT !!



Luftfahrtausstellung mit der Bundeswehr

Die Bundeswehr wird auf der Internationalen Luft- und Raumfahrtausstellung ILA '96 in Schönefeld zu den größten Ausstellern gehören. Vom 13. bis 19. Mai präsentiere sie mehr als zwanzig verschiedene Militärluftfahrzeuge – vom Jagdbomber und Aufklärer Tornado über das Transportflugzeug Transall C160 bis hin zum Panzerabwehrhubschrauber Bo 105. Das teilte die 3. Luftwaffendivision am Dienstag in Berlin mit. Das Flugprogramm werde mit Rücksicht auf die Anwohner reduziert. Erstmalig vorgestellt wird ein von der Nationalen Volksarmee übernommenes und für die Luftbeobachtung im Rahmen von Abrüstungskontrollmaßnahmen umgerüstetes sowjetisches Flugzeug des Typs TU-154 M. Ein Treffen von Chefs europäischer Luftstreitkräfte soll am 14. und 15. Mai stattfinden. dpa

47 Außenminister samt großem Gefolge

NATO-Tagung im Juni in Berlin

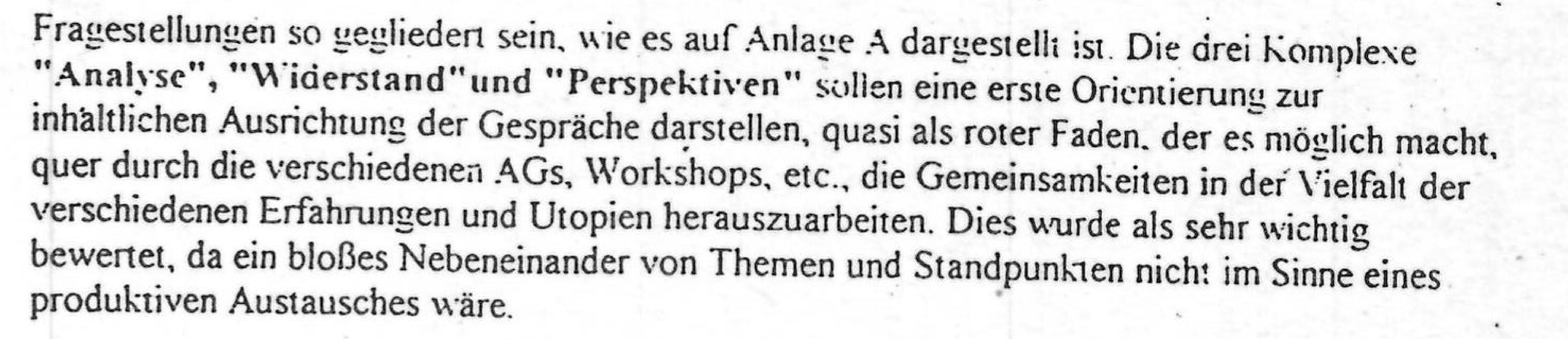
BERLIN (hueb). Große Ereignisse werfen gewöhnlich ihre Schatten voraus. Die Frühjahrstagung des Nordatlantikrats und des Nordatlantischen Kooperationsrates, die am 3. und 4. Juni erstmals in Berlin stattfindet, steht momentan jedoch noch im Schatten eines anderen Großereignisses.

„Vor der Fusionsabstimmung am 5. Mai läuft bei uns in Sachen NATO gar nichts", heißt es etwa im Protokollbüro des Senats. Die Vorbereitungen laufen natürlich trotzdem bereits. Allerdings in Bonn, denn zuständig für die Organisation der NATO-Tagung ist als offizieller Gastgeber das Auswärtige Amt (AA).

Allzu viele Details wollte man dort jedoch nicht preisgeben. Schließlich stellt der Besuch von 47 Außenministern samt Gefolge ein erhebliches Sicherheitsrisiko dar. Es werden bis zu 600 Konferenzteilnehmer und etwa 500 Journalisten erwartet. Tagungsort wird das Hotel Intercontinental in der Budapester Straße sein. Das ICC kam nicht in Frage. Es gilt als zu riskant, die Minister und ihre Delegationen zweimal täglich durch die Stadt zu lotsen.

Am Rahmenprogramm wird derzeit noch gebastelt. Fest steht, daß Außenminister Klaus Kinkel seine Kollegen zu einem festlichen Essen einladen wird. Wo wird allerdings noch nicht verraten. Auch für die mitreisenden Ehefrauen – die meisten Außenminister sind Männer – wird es ein „Damenprogramm" geben. Ob der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen die ausländischen Staatsgäste empfangen wird, ist noch nicht entschieden.

Die Grünen planen zwei Diskussionsveranstaltungen im Vorfeld der Konferenz, können aber genaue Themen und Referenten noch nicht benennen. Eine „Friedenskoordination", aus verschiedenen Initiativen zusammengesetzt, will ein Gegenprogramm veranstalten. Und auch die PDS will das Ereignis nicht unkommentiert verstreichen lassen, ist allerdings im Moment noch zu sehr damit beschäftigt, „die Fusion zu hindern".



Rundbrief zum ersten europäischen Treffen für eine menschliche Gesellschaft und gegen den Neoliberalismus vom 30. Mai bis zum 02. Juni 1996 in Berlin

YA BASTA! Es reicht!
Es ist nicht notwendig, die Welt zu erobern.
Es reicht, sie neu zu schaffen.
Jetzt. Hier. Durch uns.

Liebe Freundinnen und Freunde!



Im Januar gab die Zapatistische Befreiungsarmee EZLN in Mexiko ihren Vorschlag zur Durchführung eines **Interkontinentalen Treffens für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus vom 27.07. - 03.08.96 in Chiapas** bekannt. Zur Vorbereitung schlug die EZLN Treffen auf allen fünf Kontinenten vor, auf denen über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen des Neoliberalismus diskutiert wird.

An verschiedenen Orten Europas wurde von unterschiedlichen Menschen dieser Vorschlag aufgegriffen. Es wurde der Wunsch deutlich, Impulse, die von der zapatistischen Bewegung ausgehen, aufzunehmen und in einen Dialog darüber innerhalb unserer eigenen Wirklichkeit zu treten.

Unter den europäischen Solidaritätsgruppen fanden erste **Treffen zur Vorbereitung** statt, das letzte während der Ostertage in Berlin. Dort wurde festgestellt, daß die Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppen und Ländern nicht so funktioniert wie es sein sollte.

Zum letzten Treffen fanden sich Männer und Frauen aus dem westlichen Teil der deutschen Republik, drei Delegierte aus der Schweiz und drei Delegierte aus Frankreich ein. Aus dem belgischen Liège und aus Toulouse in Frankreich kamen Beiträge via Fax.

Es war nicht möglich, eindeutig zu klären, aus welchen Gründen aus den anderen Ländern nichts vermeldet wurde: Klar wurde aber, daß der 30. Mai (Beginn des Treffens) immer näher rückt und keine vernünftige Organisation vor Ort ohne Rückmeldung von außerhalb möglich ist. Schweren Herzens wurden in diesem kleinen, kaum repräsentativen Kreis die verschiedenen Punkte einer langen Tagesordnung besprochen. Es wurde viel und kontrovers über die inhaltliche Strukturierung des Treffens gesprochen und ein Teil der technischen Fragen geklärt. Konsens gab es darüber, daß die Erwartungen an dieses erste Treffen nicht allzu hoch gesteckt werden sollten. Die extrem kurze Zeit, Lücken im Kommunikationsnetz und die Schwierigkeiten im Umgang mit den von den Zapatisten vorgeschlagenen Fragestellungen, ließen die Anwesenden zu dem Schluß kommen, daß das ganze als eine erste Zusammenkunft für einen hoffentlich dauerhaften, weiterführenden Dialog anzusehen ist.

Im deutschsprachigen Raum ist die Frage weiterhin unbeantwortet geblieben, wie mit dem Begriff **Neoliberalismus** umzugehen sei. Es wurde sogar in Frage gestellt, ob dieser für uns überhaupt gültig sei und wenn, wie er konkret definiert werden soll.
Einig waren sich alle darüber, daß beim europäischen Treffen Angehörige und/oder VertreterInnen aus möglichst vielen sozialen Gruppierungen in einen **gleichberechtigten Dialog** untereinander treten sollten. Dabei könnten inhaltliche Schwerpunkte und Fragestellungen so gegliedert sein, wie es auf Anlage A dargestellt ist. Die drei Komplexe **"Analyse", "Widerstand" und "Perspektiven"** sollen eine erste Orientierung zur inhaltlichen Ausrichtung der Gespräche darstellen, quasi als roter Faden, der es möglich macht, quer durch die verschiedenen AGs, Workshops, etc., die Gemeinsamkeiten in der Vielfalt der verschiedenen Erfahrungen und Utopien herauszuarbeiten. Dies wurde als sehr wichtig bewertet, da ein bloßes Nebeneinander von Themen und Standpunkten nicht im Sinne eines produktiven Austausches wäre.

Konsens bestand darüber, daß die feministische Fragestellung sich durch alle AGs ziehen soll. Zur Zeit wird darüber nachgedacht, wie **begleitende Fragen** aussehen könnten, die jenseits der spezifischen Themen und Darstellungen bei allen Gesprächen und Arbeitsprozessen berücksichtigt werden sollten (z.B. welches Politikverständnis haben wir oder wie kann Widerstand aussehen?). Ideen und Meinungen dazu sind dringend gefragt.

Es wurde außerdem darüber gesprochen, daß alle Arbeitsgruppen und Gesprächskreise ernsthaft ihre **Ergebnisse protokollieren** sollten, da am Ende der zwei Arbeitstage - Freitag 31.05. und Samstag 01.06. -die Ergebnisse zum jeweiligen Thema wie die Überlegungen zu den Leitfragen gesammelt werden und anschließend den Delegierten für das Interkontinentale Treffen vom 27. Juli bis 03. August in Chiapas übergeben werden. Außerdem wird daraus eine Dokumentation für uns erstellt.

So wie die **Delegiertenwahl** (wer reist nach Chiapas) noch offen ist, ist auch der Abschlußveranstaltung bei weitem nicht der letzte Schliff gegeben. Beschlossen ist lediglich, daß diese in Form eines möglichst bunten, lautstarken Umzugs stattfinden wird.

Die Vorbereitung von **Redebeiträgen** ist sehr wichtig und diese sollten selbstverständlich nicht alle aus Berlin kommen. Da der 02. Juni, Abschlußtag des Treffens, mit dem Beginn des Gipfels zur **Osterweiterung der NATO** zusammenfällt, werden auch hier dringend Beiträge und Ideen, ob und wie dazu Stellung zu nehmen sei, gebraucht.

Es wurde auch darüber diskutiert, wie in diesen Tagen mit etwaigen **Manipulations- und Funktionalisierungsversuchen** des Gesprächs und des Austausches umgegangen werden soll. Beim jüngsten Ostertreffen in Berlin wurde der Wunsch geäußert, auch eine klare Verhaltensweise im Falle von nachweislich physischer oder psychischer Gewaltanwendung zu bestimmen. Ebenso wurde für den konsequenten Ausschluß identifizierbarer Vergewaltiger plädiert. Beschlossen wurde außerdem, daß die Teilnahme von Parteien als solche nicht akzeptiert wird, jedoch jedeR, die/der einer Partei angehört, ausdrücklich willkommen ist. Konsens war, daß der Raum für einen Dialog der Frauen und ihre gleichberechtigte Präsenz und Ausdrucksfreiheit umfassend zu garantieren ist. Ebenso, daß die Teilnahme von MigrantInnen und allen Marginalisierten wie auch Menschen aus Osteuropa und dem Balkan nach allen Kräften unterstützt werden soll.

Eine **funktionierende Infrastruktur** soll auf der praktischen Ebene die Verständigung sichern, doch ist es nötig, im Vorfeld Zugang und Raum zu schaffen für alle, die Ausgrenzung erfahren. Es sollte ernsthaft versucht werden, die von uns kritisierten gesellschaftlichen Mißstände nicht selbst zu reproduzieren.

Verbindlich angemeldete AGs sind bisher nur aus dem deutschsprachigen Raum bekannt. Rückmeldungen dazu aus anderen Ländern müßten bis spätestens 30. April eingehen. Die bisher angemeldeten AGs werden im Anhang nebst diagrammatischer Darstellung des Ablaufs aufgelistet.

In der Frage um den Begriff **Neoliberalismus** wurden innerhalb der Berliner Vorbereitungsgruppe verschiedene Positionen vertreten:
-Der Neoliberalismus heißt vielleicht überall was anderes- oder
-Der Begriff reduziert sich zu sehr auf Besitzverhältnisse-; -es wird nur in den Kategorien arm und reich gedacht und läßt z.B. die Kritik patriarchaler Herrschaftsverhältnisse außen vor.-
Die Frage nach Sinn und Unsinn des Begriffs ist für eine kleine, wilde Vorbereitungsgruppe nicht klärbar. Das Vergnügen, den Begriff auf seine Begrenztheit bzw. Brauchbarkeit hin zu untersuchen, möchte die Berliner Vorbereitungsgruppe und die anderen beim Ostertreffen Anwesenden an ALLE weitergeben, da es problematisch sein könnte, dies während der internationalen Zusammenkunft selbst zu diskutieren.



Eine weitere große Herausforderung wird darin gesehen, wie erreicht werden kann, während des Treffens wirklich in einen Dialog über die Möglichkeiten eines **neuen Politikverständnisses** zu treten. Auch hier stellen sich viele sehr ernstzunehmende Fragen:
- Wie können Formen demokratischer Auseinandersetzung gefunden werden, die auf Konsensfindung und nicht auf Ausgrenzung, Machtausübung und Unterdrückung basieren?
- Wie mit den vielen Widersprüchen umgehen und dem Nebeneinander von Wirklichkeiten?
- Inwieweit ist für uns EuropäerInnen die Würde eines jeden Menschen noch die Grundlage bei der Auseinandersetzung mit den wichtigen Fragen, die uns alle betreffen und erst recht bei der Suche nach Möglichkeiten grundlegenden Wandels?

Von allen in Berlin Anwesenden wurde das nähere Eingehen auf diese Fragen für unumgänglich befunden, um während des Treffens nicht nur Kontroversen auszutragen. Das Austragen von schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten im Vorfeld ist Voraussetzung für ein friedliches und ergebnisreiches Treffen. Nur eine konstruktive Verständigung an allen vier Tagen der europäischen Zusammenkunft Ende Mai schafft die Grundlage für über das Treffen hinaus weiterführende Gespräche, Vernetzungen und Initiativen. Auch sollte nicht vergessen werden, daß ein positiver Verlauf der vier Tage große **Bedeutung für die Zapatistas** haben wird. Sie haben uns schließlich mehrfach wissen lassen, daß sie große Hoffnung auf uns setzen.

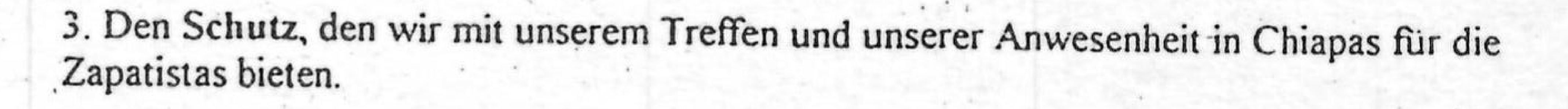
Die Zapatistas erwarten von uns keine Antworten, sondern intelligente Fragen, die wir gemeinsam diskutieren können. Nicht nur mit den Zapatistas, sondern mit allen Menschen, die im kommenden Sommer den Weg in die Selva Lacandona finden werden.

In ihrer räumlichen Isolation, belagert von 60 000 Soldaten, Panzern und ständigen Überflügen der Luftwaffe sind gerade die Zapatistas darauf angewiesen, daß Menschen mit offenen Sinnen und eigenen Ideen zum Diskutieren in den Dschungel kommen. Die Solidarität mit den Zapatistas, die wir mit unserer Teilnahme sowohl am Berliner Treffen als auch am Interkontinentalen Treffen in Chiapas demonstrieren, bedeutet für sie einen wichtigen politischen Schutz. Dabei sollte hier wie dort nicht nur diskutiert sondern auch gefeiert werden, weil dies auch uns einander viel näher bringen kann.

Kurz zusammengefaßt geht es also um drei Achsen, die unserem Treffen in Berlin seinen eigenen Sinn geben:

1. Die **inhaltliche Diskussion** über unsere eigenen Probleme, die nach der Lähmung des sozialen Widerstandes der letzten Jahre längst überfällig ist. Diese Diskussion soll unter den Gesichtspunkten der Analyse, des Widerstandes, der Perspektiven und der Nutzbarmachung des zapatistischen Politikverständnisses für uns geführt werden.

2. Der **gleichberechtigte Dialog** mit den Zapatistas auf dem Treffen in Chiapas, der die Diskussionen unter Punkt 1 voraussetzt und von dem alle Seiten nur profitieren können.



3. Den **Schutz**, den wir mit unserem Treffen und unserer Anwesenheit in Chiapas für die Zapatistas bieten.

So weit, so gut. Dies ist ein Aufruf an das richtige Bewußtsein im Umgang miteinander und bezüglich der Art und Weise des Austausches und des Einsatzes. Im folgenden sind sehr wichtige praktische Dinge zusammengefaßt, die noch zu tun sind, um die nötige Infrastruktur des Treffens zu schaffen.

Praktisches:

Die Fertigstellung von Transparenten, Wandzeitungen u.ä. ist dringend erwünscht. KünstlerInnen, deren Arbeit mit Inhalten und Werten des Treffens in Verbindung gebracht werden kann, können und sollen angesprochen werden.

Finanzen: Alle, aber wirklich alle, sind aufgerufen, sich intensiv für die Beschaffung der nötigen Gelder einzusetzen. Es muß regional möglichst breit für die Verbreitung von Spendenaufrufen gesorgt werden, mittels Anzeigen in den Medien und eventuell mit Flugblättern.

Alle Veranstaltungen sollten nach Möglichkeit dreisprachig organisiert werden (englisch, spanisch und deutsch). Wäre klasse, ihr bringt für die AGs eure ÜbersetzerInnen selber mit. Grundsätzlich rufen wir euch alle dazu auf, nach ÜbersetzerInnen in diesen und in weiteren Sprachen zu suchen, damit allen TeilnehmerInnen eine vernünftige Verständigung ermöglicht wird.

Es sollten Solidarititätsveranstaltungen organisiert werden, deren Einnahmen in den Finanzierungsfond einfließen. Es sollten Stiftungen, Parteien, Verbände, Gewerkschaften u.ä. angesprochen werden.

Kommunikation: Ohne Rückmeldung können die Gruppen, die zur Zeit die Organisation des Treffens tragen, ihren Aufgaben nicht gerecht werden. Verbindlichkeiten und Zuverlässigkeit bezüglich der Kommunikation unter denen, die die Vorbereitung des Treffens tragen, sind kein Zwang, aber doch Bedingung dafür, angesichts der Kürze der Zeit die gesetzten Ziele zu erreichen.

In Anbetracht der kurzen Zeit möchten wir euch nochmals bitten, interessierte Menschen in eurem Umkreis anzusprechen und für das Treffen zu mobilisieren.

Wichtige Hinweise, Adressen und Termine:

Bitte schickt eure Anmeldung als Gruppe oder Einzelne bis zum 10.Mai 1996 an die Vorbereitungsgruppe in Berlin:

Solidaridad Directa und
Mexiko-Guppe im FDCL
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Tel.: 030/694 61 01
Fax: 030/692 65 90

E-Mail-Adresse:
yabasta@contrib.de

Internet-Adresse:
http://www.icf.de/YaBasta

Bürozeiten: Montag, 19.00 - 22.00 Uhr, Mittwoch, 16.00 - 22.00 Uhr



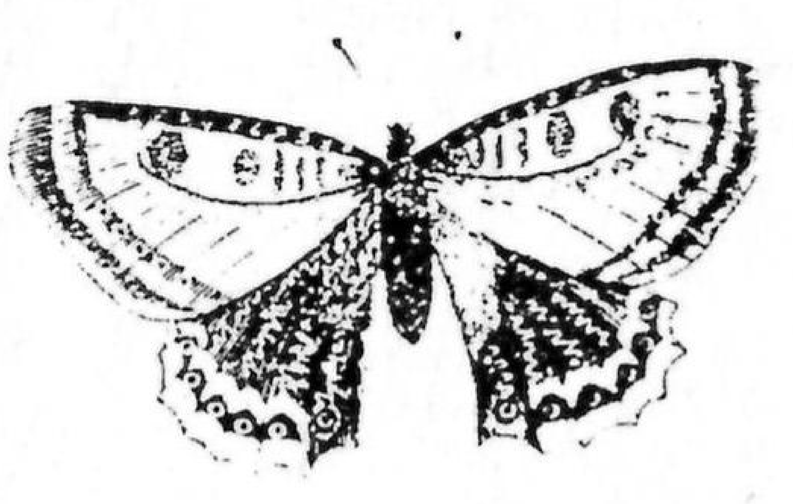
Wer über den entsprechenden Internetzugang verfügt, kann sich auch unter der genannten Internet-Adresse über den aktuellen Stand der Vorbereitungen informieren.

Auch wenn ihr noch nicht wißt, mit wievielen Menschen ihr nach Berlin kommen wollt, bitten wir euch dringend, den beigelegten Abschnitt möglichst bald an die Vorbereitungsgruppe zu senden. Dies erleichtert uns die Vorbereitung sehr.

Bitte schickt
-alle Anregungen, Kommentare, Hinweise und Vorschläge zur Organisation und inhaltlichen Durchführung des Treffens.
-Konkrete Vorschläge für Arbeitsgruppen, Workshops, Informationsveranstaltungen und alle sonstigen Beiträge zum Treffen

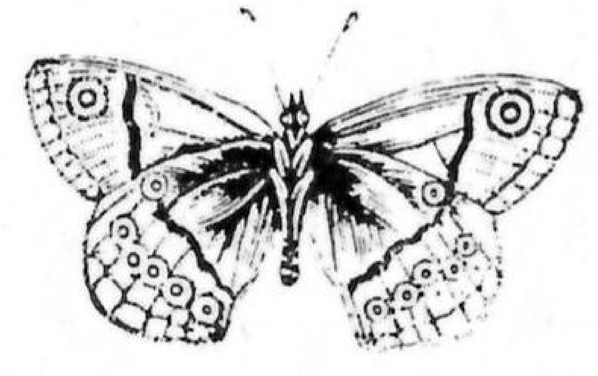
an die Berliner Adresse und in die Schweiz:

Solidaridad Directa
Postfach 8616
CH-8036 Zürich (Schweiz)
Fax: 00-41-1-2719012



Anmeldung

Name: ....
Adresse: ....
Übernachtung erwünscht von .... **bis** .... **für** ...... **Personen**
Kinder, wieviele? .... **Alter:** ....
Übersetzung notwendig ja/nein. Sprache: ....
AGs/Verantaltungen die euch besonders interessieren:
AG (1. Vorschlag): ....
AG (2. Vorschlag): ....
Veranstaltung: ....
Anregungen und Vorschläge: ....
....



Heraus zum revolutionären

1.Mai!

VOLLVERSAMMLUNG zur Demonstration ab Rosa-Luxemburg-Platz

Berichte zum Stand der Vorbereitung, zu den Blöcken, Route, möglichem Bullen- und Nazistreß etc.

Sonntag, 28.4., 20⁰⁰ Uhr
Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a



„SOLIDARITÄT IST EINE WAFFE"

2.MAI 1996, 19.00 Uhr, im KATO (Ubhf. Schlesisches Tor)

Veranstaltung vom Bündnis 129 mit Betroffenen von den § 129-Verfahren gegen die radikal und die Antifa (M).

INFORMATIONEN, zu den Verfahren

HINTERGRÜNDE, der Repression im Zusammenhang mit der aggressiven Außenpolitik des BRD-Imperialismus

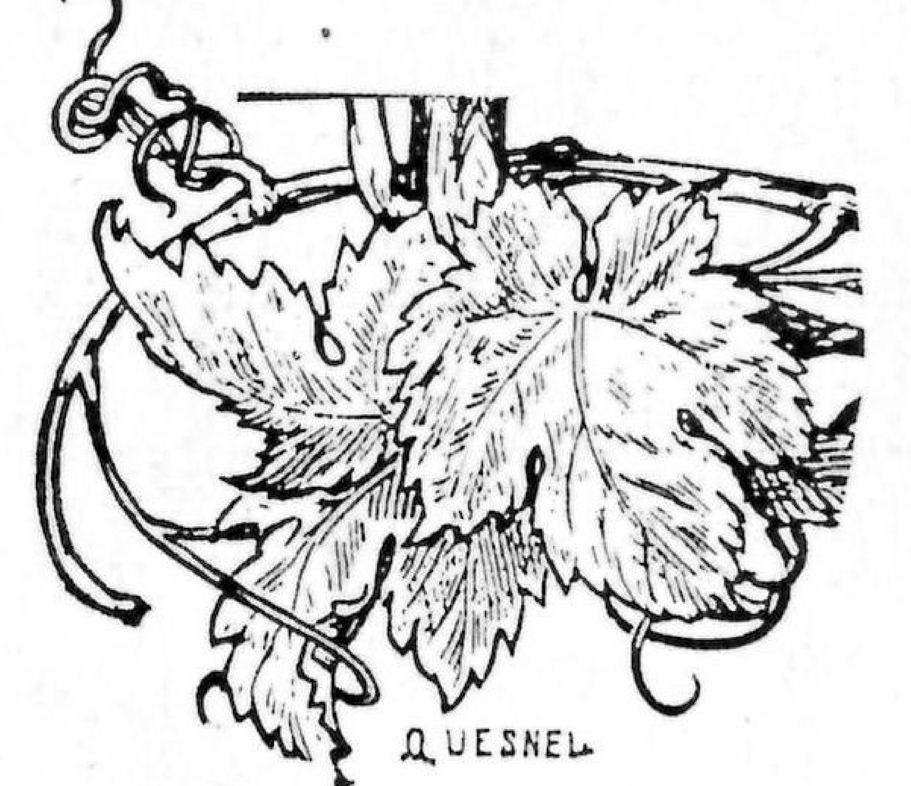
EINSCHÄTZUNGEN, zu Strategien der Anti-Repressionsarbeit und der Prozeßführung

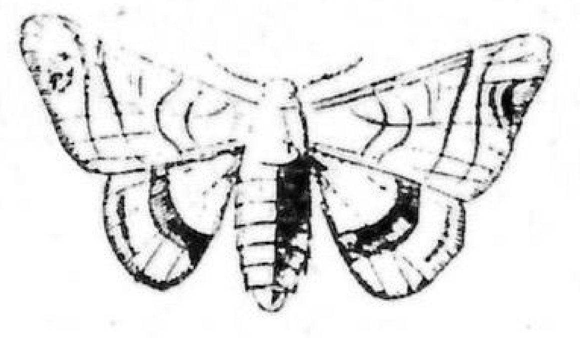


Die Organisierung von Widerstand, der Versuch revolutionäre Politik zur Diskussion zu stellen und zu entwickeln, scheint auch in Zeiten linker Schwäche gefährlich. Die Arbeitsweise und Funktion der Repression in den Zusammenhang mit der staatlichen Umstrukturierung (wie Sozialabbau, Militarisierung...) zu stellen ist ein Ziel dieser Veranstaltung. Besonders gegen Ansätze die Isolation der Linken zu überwinden, gegen die Weiterentwicklung und Radikalisierung von Teilbereichskämpfen und gegen den Aufbau von verbindlicher Organisierung wird zur Zeit vorgegangen. Mit den Momentan stattfindenden Kriminalisierungsversuchen, speziell mit den §/§§ 129, 129a, sollen ganz offensichtlich auch Präzedenzfälle geschaffen werden. Durch die Denunzierung von politischer Organisierung und Öffentlichkeitsarbeit als kriminell wird weiterhin versucht Bündnisarbeit und Solidarität einzudämmen und zu spalten, denn den Herrschenden ist klar: „Die Gefahr für das Ganze geht von den organisierten Menschen aus." (Begründung für den Entwurf eines Strafrechts, 1950).
Trotz (evtl.) inhaltlicher Differenzen müssen wir zusammen gegen die Repression vorgehen. In der Veranstaltung geht es auch darum, wie mit diesen Prozessen politisch gearbeitet, evtl. sogar politischer Gewinn gezogen werden kann, und Prozeßstrategien im Hinblick auf die perspektivische, politische Arbeit diskutiert werden können.

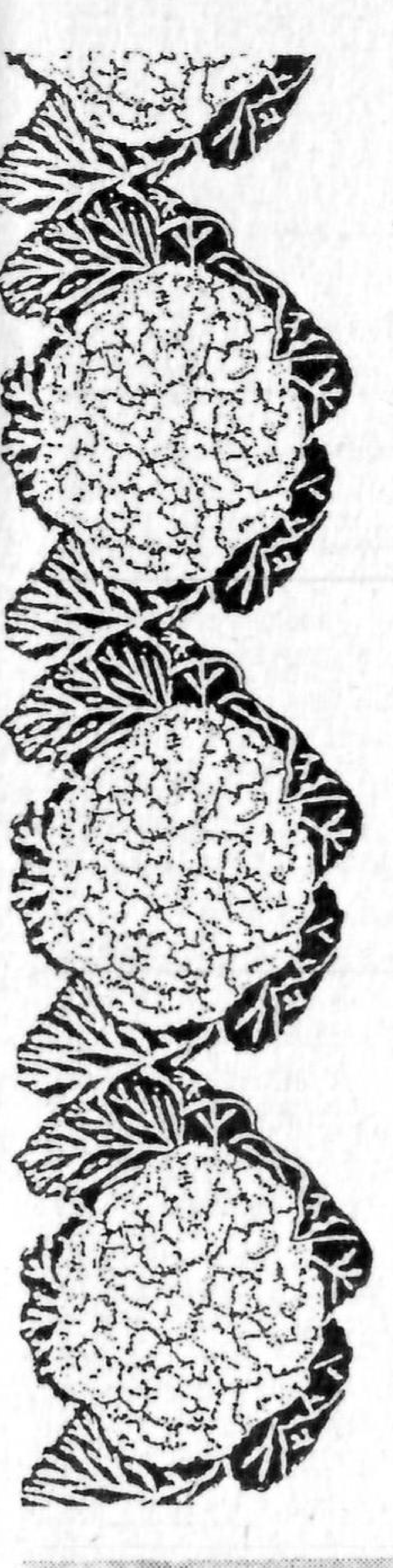
- **KEINE RUHIGE „HEIMATFRONT" FÜR DEN BRD-IMPERIALISMUS**
- **ZUSAMMEN GEGEN DIE Kriminalisierung DES LINKEN WIDERSTANDS VORGEHEN**
- **FREILASSUNG ALLER LINKEN, POLITISCHEN GEFANGENEN**
- **WEG MIT DEN §/§§ 129, 129a**
- **SOFORTIGE EINSTELLUNG DER § 129-VERFAHREN GEGEN DIE radikal UND DER ANTIFA (M), GÖ**











„20 Jahre radikal“

Buchvorstellung mit Diskussion

Samstag, den 27.4.96 um 19.00 (!) Uhr im EX (Kneipe im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a)

Anhand von ausgewählten Textstellen aus dem soeben erschienenen Buch „20 Jahre radikal - Geschichte und Perspektiven autonomer Medien“ wird auf der Veranstaltung durch die 20jährige Geschichte der „radikal“ sowie allgemein sogenannter „grauer Medien“ geführt. Anschließend wollen wir sowohl über das Buch als auch über Sinn, Zweck und Zukunft autonomer Medien diskutieren.

Das Buch „20 Jahre radikal“ (Großformat, ca. 250 Seiten) ist seit dieser Woche in jedem gutsortiertem linken Buch- und Infoladen für 29,80 DM erhältlich. Da es sich um ein Gemeinschaftsprojekt von vier linken Verlagen handelt, hat das Buch auch 4 ISBN-Nummern: 3-928300-44-X (Unrast-Verlag); 3-922611-54-0 (Verlag libertäre Assoziation); 3-924737-31-0 (Schwarze Risse - Rote Straße) und 3-89408-057-4 (ID-Verlag).
Das vierfarbige A1-Plakat „20 Jahre radikal“ mit ca. 18 Titelbildern aus den Jahren 1976 - 1996 wird extra vertrieben und ist ebenfalls in den Buch- und Infoläden oder direkt über den Unrast-Verlag (Postfach 80 20 in 48043 Münster; Telephon: 0251/666293 und Telefax: 0251/666120) für 10.-DM plus Porto und Verpackung erhältlich.

Wiederbewaffnung
illegale KPD
Atomtod
Notstandsgesetze
konkret
Bambule
Vietnam
RAF
Stammheim

Ulrike Meinhof
20. Todestag

Foto: Max Elac

mit
Monika Berberich
Ali Jansen
Johann Kresnik
Ralf Reinders
Karl-Heinz Roth (angefragt)
Monika Seifert
Christian Ströbele
Klaus Wagenbach
Moderation: Halina Bendkowski

Podiumsgespräch
Freitag
3. Mai '96, 19 Uhr Einlaß 18 Uhr

TU Berlin
Audimax
Veranstalter: Asta TU

Technische Universität Berlin, Straße des 17. Juni 135, U-Bhf. Ernst-Reuter-Platz

Geist der Freiheit



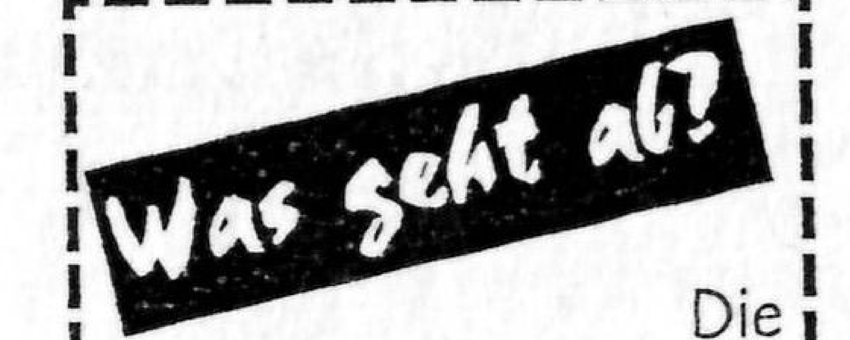
A-Flugschrift - *Kreis Bergstraße*
15. Jahrgang, Nr. 71 / April 1996

Themen: Demoaufruf zu Biblis • Frühjahrsputz im Wendland • Castortransport Greifswald - Paks • Braune "Christen" - die Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland (Gruppe Südhessen) • Nachbetrachtung und Reaktionen zu HbW • News aus Sachsen/Dresden • To heil with Shell •

Kostet 1.- & Porto 1,50 DM.

Kontakt:
GdF - c/o Infoladen Moskito - im AZ Heidelberg - Alte Bergheimer Straße 7a - 69115 Heidelberg

Nr. 72 erscheint Ende Mai 1996
Redaktionsschluß: 20.05.96



Die
Antifa-Nachrichten-Doku

Jeden Monat gibt diese Zeitung einen Überblick über rechtsextreme Aktionen und Strukturen, über antifaschistische Aktivitäten und zum Thema Asyl.
Die "Was geht ab?" ist ein Blatt für aktive Antifas und Interessierte. Mit jeweils über 100 Berichten wird ein möglichst großer Überblick geboten, der das Durcharbeiten anderer Zeitungen erspart.
Eine Probenummer für 3,50 kriegste hier:

Was geht ab?
Postfach 110 331
10833 Berlin

Ermittlungsausschuß Gorleben informiert:

Obwohl es bisher keine Verurteilungen von Atomkraftgegnern gegeben hat und sich die Anklagen der Staatsanwaltschaft zumeist als haltlos herausstellten, rollt die Prozeßlawine weiter:

★ **Do., 18. 4., 9.00 und 13.00 Uhr:** Pilotverfahren wg. Ordnungswidrigkeit Castornix, 22. 4. 95

★ **Fr., 19. 4., 11.00 Uhr:** Fortsetzung Strafverfahren gegen Klaus/HH

★ **Mo., 22. 4., 9.00 Uhr:** evtl. gegen Ortrud wg. Versammlungsgesetz

★ **Mo., 29. 4., 10.00 Uhr:** gegen Harald wg. Merkel-Nix

Die Angeklagten brauchen unsere Unterstützung bei den Prozessen. Volle Bänke!!!

Die Termine können sich kurzfristig verschieben, erkundigt Euch vorher beim EA* (0 58 43) 74 36.

Kennst Du schon die Solidaritätsrechtsschutzkasse? SRSK mit 5,– DM per Dauerauftrag bist Du dabei. Konto: EA Gorleben, VB Clenze (BLZ 258 619 90) Kto. 12 945 300.

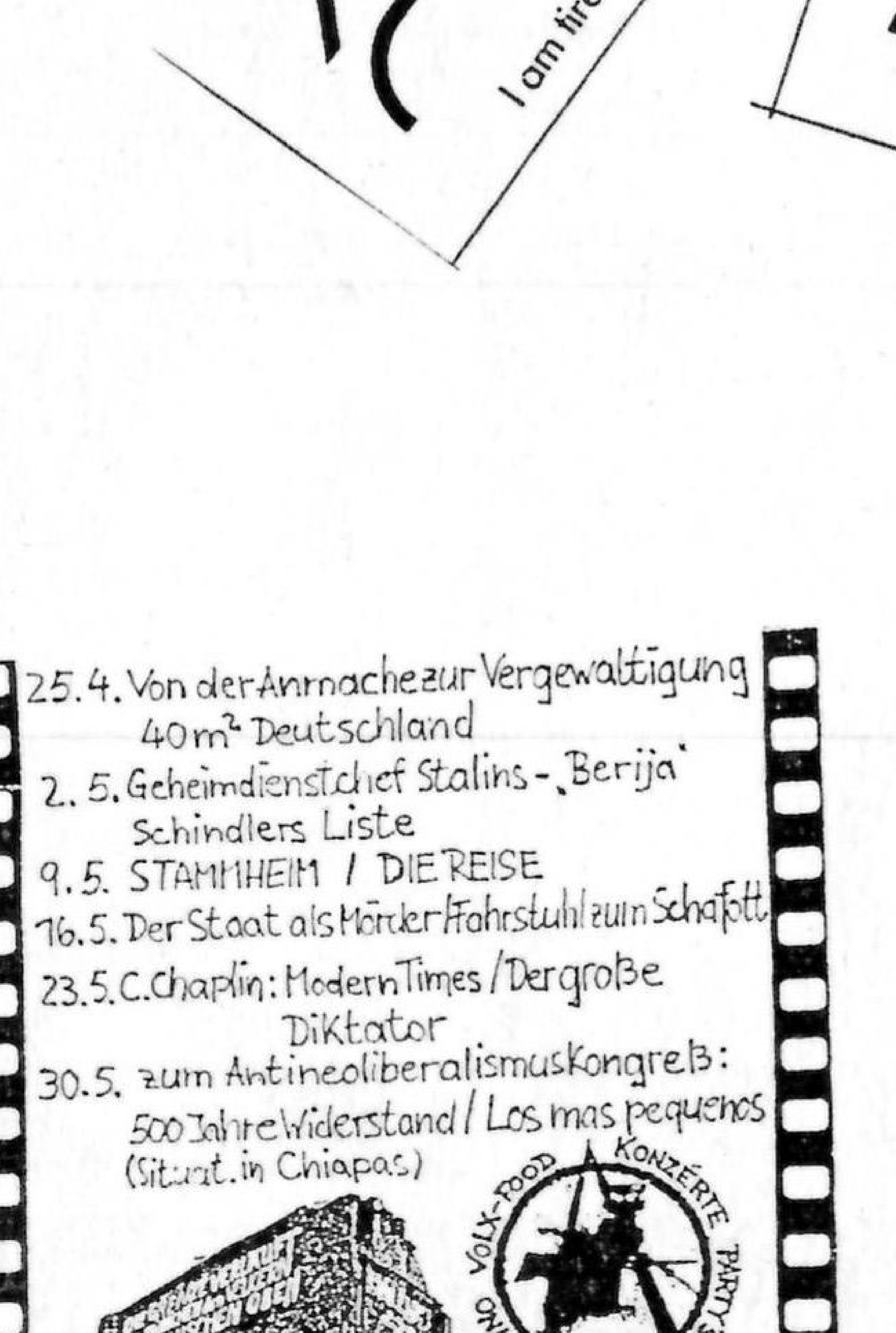
* Tel. z. Z. EA bei Aktionen (0 58 43) 76 42

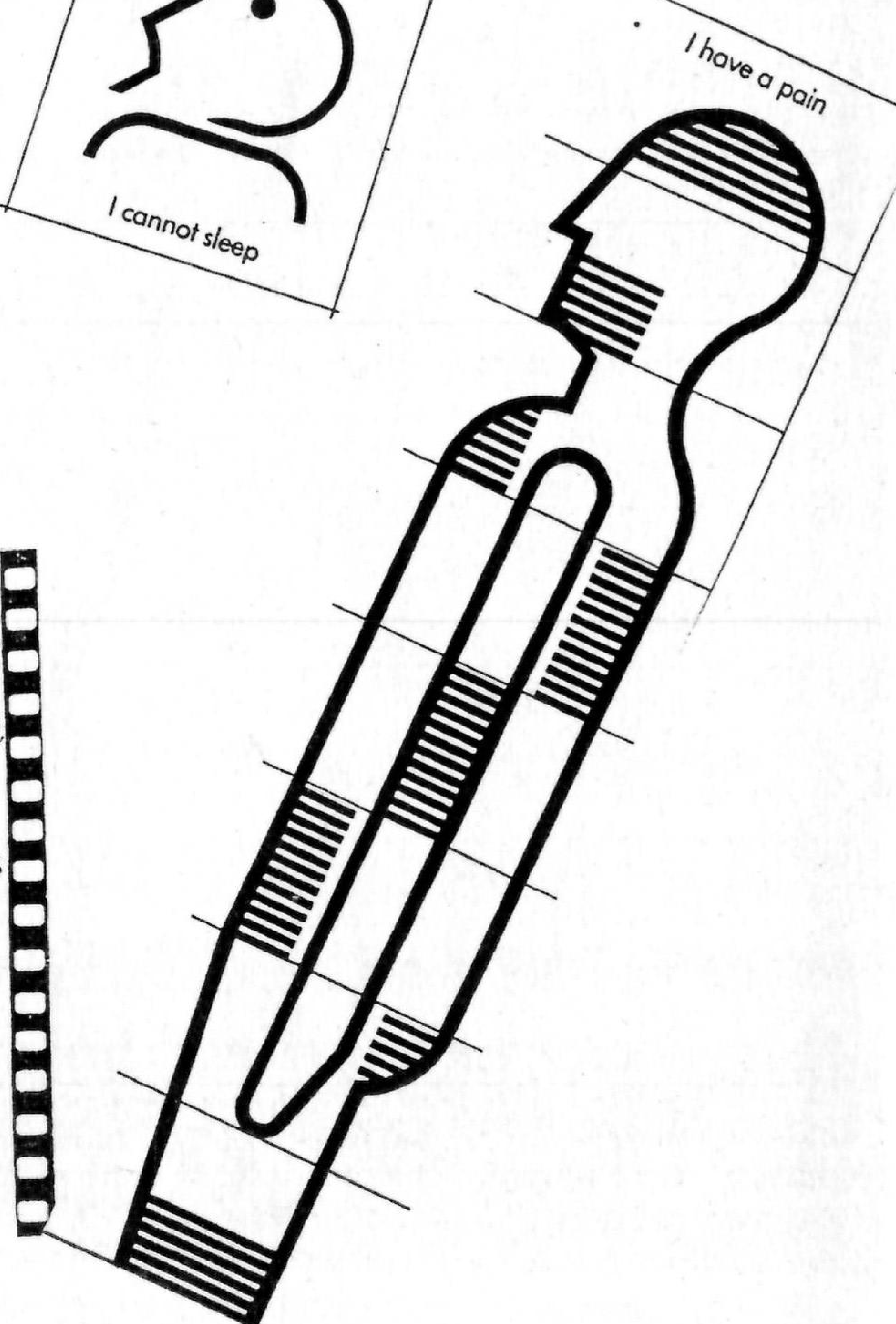
JETZT ERSCHIENEN • BROSCHÜRE:

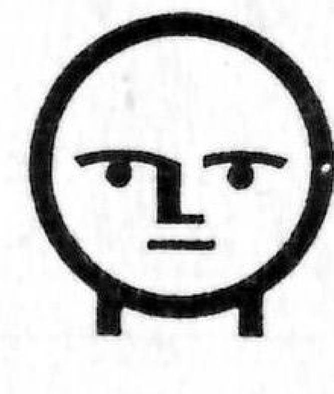
wacht auf, verdammt e

gegen
sozialabbau
faschismus
kriegsgefahr

JARAMA!
ERHÄLTLICH BEI
POSTF. 1205 • 55002 MAINZ
1 Ex. 2,- 5 Ex. 8,- 10 Ex. 15,- DM
VORAUSKASSE zuzüglich PORTO







+ Termine + Termine + Termine + Termine + Termine +

Donnerstag, 25.04.
17.00 Köpi, Köpenickerstr. 137, Mitte
Film: 40 qm Deutschland.
19.00 TU-Berlin, Audimax, Straße d. 17. Juni 136, Chaotenburg
Infoveranstaltung: Ausstieg aus der Atomindustrie
19.30 Kato, u-bhf Schlesisches Tor, X-Berg
Infoveranstaltung: Stattgeld statt Geld?
19.30 Café Cralle, Hochstädterstr.10a, Wedding
Datenverschlüsselung PGP. Nur für FrauenLesben

Freitag, 26.04.
17.30 Verein f. Intern. Freundschaft, Silbersteinstr. 96, HH 1.Stock, Neukölln
Türkisch-Deutsche Diskussionsveranstaltung zu Aussageverweigerung, Verrat, Beugehaft + Folter
19.30 FHSS, Raum 301, Goltzstr.?
Veranstalungsreihe. Gewalt ist kein Zufall. - "Situation der von Gewalt betroffenen ImmigrantInnen"
20.00 bapob, Jagowstr.12, Moabit
Infoveranstaltung + Film: "Francos Erbe"- Ist der spanische Faschismus tot?

Samstag, 27.04.
16.00 TU-Berlin, Hauptgebäude, H-104, Straße des 17. Juni 136, Karottenburg
"Gegen Chauvinismus-Für Völkerfreundschaft" Podiumsdiskussion zu türk. Nationalismus, türk. Faschistische Bewegung + die MHP, KurdInnen, Minderheiten + türk. Chauvinismus.
19.00 im Ex, Gneisenaustr. 2a, X-Berg
"20 Jahre radikal"-Buchvorstellung mit Diskussion
20.00 Drugstore Potse, Potsdamerstr. 180
Info-Veranstaltung zum rev. 1.Mai, ab 22.00 Disco m. HipHop-Crossover-Punk.
20.00 Syndikat, Weisestr. 56, Neukölln
Party in den Mai, 3 DM Eintritt.
21.00 Baobab-Fete, Winsstr. 53, Prenzlberg

Sonntag, 28.04.
10.00 El Locco, Kreuzbergstr. 43, X-Berg
Anarchistisches Palaver Frühstückstreff - der AnarchistInnen und Interessierte.
17.00 Köpi, Köpenickerstr. 137, Mitte
"Zaunkämpfe-AntiAtomWiderstand" + aktuelle Infos zum Castor. Infoveranstaltung mit Film.
20.00 Versammlungsraum im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a.,2. HH, X-Berg
Vollversammlung zur 1.Mai Demo am Rosa-Luxemburgplatz.

Dienstag, 30.04.
18.00 Alexanderplatz
Frauen-Lesben-Mädchen Demo zur Walpurgisnacht
20.00 Alte TU-Mensa, Hardenbergstr., nahe Zoo
FrauenLesben-Walpurgisnacht-Fest. (5.-/10.-/12.-)
19.00 El Locco (s.o.)
Film + Vortrag: "Das Recht auf Faulheit" Perspektiven + Utopien.
21.00 El Locco, (s.o.)
Film: "Das Recht auf Arbeit nehmen wir uns selbst" Fabrikkämpfe in Frankreich.

Mittwoch, 01.05.
10.00 Engeldamm 70, X-Berg
Treffen des "Bündnis von unten" zum HBV-Block
10.00 bis 19.00 Buntes 1.Mai-Fest am Humannplatz, s + u bhf. Schönhauser Allee
Mit Bands, Kinderprogramm, Diskussionsforen...
13.00 1.Mai-Demo, Rosa-Luxemburg-Platz!!
20.00 El Locco, Kreuzbergstr. 43, X-Berg
Film: "Der unsichtbare Aufstand"
Heidelberg: 12.30 Kornmarkt
Bundesw. Demo gegen den Heidelberger Kongreß

Freitag, 03.05.
19.00 TU-Berlin, Audimax, (s.o.)
Ulrike Meinhof, 20.Todestag. Podiumsgespräch.
19.30 FHSS, Raum 301, Goltzstr.?
Veranstalungsreihe. Gewalt ist kein Zufall. "Gesundheitliche Folgen sexueller Gewalt"
22.00 Ex (s.o.)
"Rhythm activism" - Rock'n Roll Cabaret/Rebel News Orchestra aus Canada.

Samstag, 04.05.
14.00 Festplatz a.d. Havel in Zehdenick
Volxfest mit Infoständen, Theater, Kinderprogramm, u.v.m., ab 18.00 Bands.
20.00 El Locco, (s.o.)
Film: "Projekt Arthur" (Geschichtsbeitrag zum bewaffneten Kampf i.d. BRD)

Sonntag, 05.05.
17.00 Köpi, Köpenickerstr. 137, Mitte
Infoveranstaltung zu Totalverweigerung.
20.00 El Locco, (s.o.)
Film: "Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur - Mauricio Rosencof"

Donnerstag, 02.05.
17.00 Köpi, Köpenickerstr. 137, Mitte
Filme: Geheimdienstchef Stalins- "Berija" + Schindlers Liste.

Mittwoch, 08.05.
19.30 FHSS, Raum 301, Goltzstr.?
Veranstalungsreihe: Gewalt ist kein Zufall. "Vom Umgang des brd-Rechts mit dem Problem der sexuellen Gewalt"
20.00 El Locco, (s.o.)
Infoveranstaltung: Polizei und Verfassungsschutz. Geschichte und Gegenwart. Mit Otto Diedrichs von Cilip.

Donnerstag, 09.05.
17.00 Köpi, Köpenickerstr. 137, Mitte
Filme: Stammheim + Die Reise.

+ Termine + Termine + Termine + Termine + Termine +

Frauen Lesben Mädchen

DEMO

zur Walpurgisnacht





30.4.

ALEXANDERPLATZ

mit dem erlös wird der notruf für vergewaltigte frauen lesben mädchen finanziert.

Eintritt: 5,-/10,-/12,-